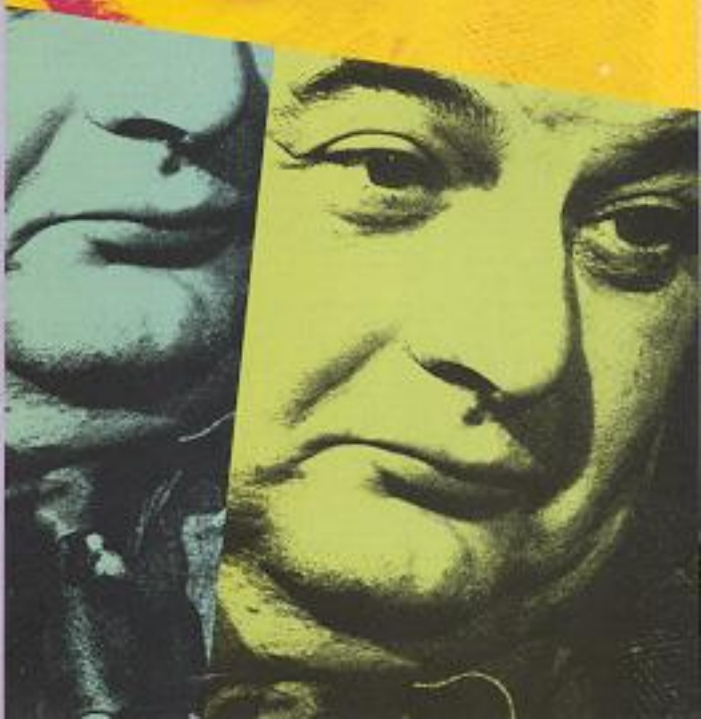
Heft 5 Mai 1990 8,– DM

konkret

Konkret: Politik & Kultur

- Das Gesicht der Revolte: Die Apo feiert Silberhochzeit
- Korruption: Die Krauses als Krupps
- Mafia: Das desorganisierte Verbrechen
- Olympia in Berlin – Allen Spiels heil'ger Sinn: Vaterlandes Hochgewinn
- Sozialismus, Kapitalismus, Müllnotstand



in konkret Mai 1993

von Konkret

an konkret

Die Krauses als Krupps von Hermann L. Gremliza

Das Gesicht der RevolteSchluß mit lustig von Boris Gröndahl

Merkwürdig zurückhaltend sind sie ausgefallen, die Feierlichkeiten zur Silberhochzeit von Apo und Staat. Zu offensichtlich ist wohl die Blamage der selbsternannten Zivilisierer der deutschen Gesellschaft, nun, da diese wieder mal in den Krieg zieht. Ein Blick auf die Folgen der 68er Revolte von den Nachgeborenen Boris Gröndahl, Andreas Fanizadeh, Sabine Grimm, Gerhard Henschel (alle Ex-BRD) und Sahra Wagenknecht (Ex-DDR)

Das Gesicht der RevolteSimulierte Opposition von Andreas Fanizadeh

Merkwürdig zurückhaltend sind sie ausgefallen, die Feierlichkeiten zur Silberhochzeit von Apo und Staat. Zu offensichtlich ist wohl die Blamage der selbsternannten Zivilisierer der deutschen Gesellschaft, nun, da diese wieder mal in den Krieg zieht. Ein Blick auf die Folgen der 68er Revolte von den Nachgeborenen Boris Gröndahl, Andreas Fanizadeh, Sabine Grimm, Gerhard Henschel (alle Ex-BRD) und Sahra Wagenknecht (Ex-DDR)

Das Gesicht der RevolteAlles 68er? von Sabine Grimm

Merkwürdig zurückhaltend sind sie ausgefallen, die Feierlichkeiten zur Silberhochzeit von Apo und Staat. Zu offensichtlich ist wohl die Blamage der selbsternannten Zivilisierer der deutschen Gesellschaft, nun, da diese wieder mal in den Krieg zieht. Ein Blick auf die Folgen der 68er Revolte von den Nachgeborenen Boris Gröndahl, Andreas Fanizadeh, Sabine Grimm, Gerhard Henschel (alle Ex-BRD) und Sahra Wagenknecht (Ex-DDR)

Das Gesicht der RevolteSchlampinchens Erbe von Gerhard Henschel

Merkwürdig zurückhaltend sind sie ausgefallen, die Feierlichkeiten zur Silberhochzeit von Apo und Staat. Zu offensichtlich ist wohl die Blamage der selbsternannten Zivilisierer der deutschen Gesellschaft, nun, da diese wieder mal in den Krieg zieht. Ein Blick auf die Folgen der 68er Revolte von den Nachgeborenen Boris Gröndahl, Andreas Fanizadeh, Sabine Grimm, Gerhard Henschel (alle Ex-BRD) und Sahra Wagenknecht (Ex-DDR)

Das Gesicht der RevolteVor dem Wandel von Sahra Wagenknecht

Merkwürdig zurückhaltend sind sie ausgefallen, die Feierlichkeiten zur Silberhochzeit von Apo und Staat. Zu offensichtlich ist wohl die Blamage der selbsternannten Zivilisierer der deutschen Gesellschaft, nun, da diese wieder mal in den Krieg zieht. Ein Blick auf die Folgen der 68er Revolte von den Nachgeborenen Boris Gröndahl, Andreas Fanizadeh, Sabine Grimm, Gerhard Henschel (alle Ex-BRD) und Sahra Wagenknecht (Ex-DDR)

Wir haben es immer gewollt von Wolfgang Pohrt

Als »eine der wenigen Ordnungsmächte dieser heillosen Erde« sind die Deutschen am 8. April zum dritten Mal in diesem Jahrhundert in einen Krieg gegen Serbien eingetreten

Reißmüllers Appartement von Peter Hetzler

Hat sich die RAF bei ihrem Anschlag auf den Gefängnis-Neubau bei Weiterstadt in der Adresse geirrt?

»Jeder ist uns der Nächste« XVI von Archiv für Sozialpolitik

Sechzehnter Teil einer unvollständigen Chronik der Gewalttaten gegen Ausländer im wiedervereinigten Deutschland

Die ehrenwerte Gesellschaft»Illegal ist unsozial« von Joachim Bruhn

Lauschangriff, verdeckte Ermittler, härtere Strafen usw. – die systematisch geschürte Hysterie wg. »Organisierter Kriminalität« dient hierzulande dem Ausbau des starken Staates. Sie ignoriert dabei sowohl das Wesen der bürgerlichen Gesellschaft als auch die Daten der Kriminalstatistik. Bereits Marx beschrieb den Nutzen des Verbrechens für die bürgerliche Gesellschaft – Joachim Bruhn stellt seine »Abschweifung (über produktive Arbeit)« vor. Henner Hess zeigt dann am Beispiel des Drogenhandels, daß, statt von »Organisierter Kriminalität«, richtiger von »desorganisierter« die Rede sein sollte

Die ehrenwerte GesellschaftDesorganisierte Kriminalität von Henner Hess

Lauschangriff, verdeckte Ermittler, härtere Strafen usw. – die systematisch geschürte Hysterie wg. »Organisierter Kriminalität« dient hierzulande dem Ausbau des starken Staates. Sie ignoriert dabei sowohl das Wesen der bürgerlichen Gesellschaft als auch die Daten der Kriminalstatistik. Bereits Marx beschrieb den Nutzen des Verbrechens für die bürgerliche Gesellschaft – Joachim Bruhn stellt seine »Abschweifung (über produktive Arbeit)« vor. Henner Hess zeigt dann am Beispiel des Drogenhandels, daß, statt von »Organisierter Kriminalität«, richtiger von »desorganisierter« die Rede sein sollte

Kapitalismus, Sozialismus, Müllnotstand von Dietmar Düe, Karl Hermann Tjaden

Daß die menschliche Arbeit ein Prozeß sei, »worin der Mensch seinen Stoffwechsel mit der Natur durch seine eigene Tat vermittelt, regelt und kontrolliert« (Marx) – davon hat der untergegangene Sozialismus so wenig wissen wollen, wie der real existierende Kapitalismus auch weiterhin wissen will. Beide Gesellschaftsformationen haben sich außerstande gezeigt, ihre Produktion menschen- und naturgerecht zu steuern

Bonjour Tristesse von Bernhard Schmid

Der Ausgang der Parlamentswahlen vom 21. und 28. März hat sichtbar gemacht, daß es gegenwärtig in Frankreich eine wie diffus auch immer geartete »Reform-Alternative« nicht gibt

Schwächemessen in Moskau von Ernst Lohoff

Das Ende des Realsozialismus und seine Folgen haben nicht nur das linke Weltbild gründlich durcheinandergebracht. Den Apologeten von Marktwirtschaft und Demokratie geht es kaum besser, die politische und ökonomische Entwicklung im Osten überfordert ihre Vorstellungskraft. Ein Beitrag zum Stand der Reformkatastrophe in Rußland und zum Anteil, den Boris Jelzin an ihr hat

Groll zeigt Flagge von Erwin Riess

Der Rhein-Main-Donau-Kanal und das Ende der österreichischen Neutralität. Eine Feiertagsgeschichte

»Flamme empor!« von Stefan Ripplinger

»Welch ein schönes Mittel, ein ganzes Volk zu leiten und seine Liebe zu erwerben!« – Bei ihrem Bemühen, die Olympiade des Jahres 2000 nach Berlin zu holen, können die deutschen Planer auf einen reichhaltigen Fundus historischer Erfahrungen zurückgreifen: Nicht nur den Fackel-Staffellauf – der im wesentlichen der Route von 1936 folgen soll – haben die Nazis erfunden

ex libris von Klaus Bittermann

Daniel Cohn-Bendit/Thomas Schmid: Heimat Babylon. Hoffmann und Campe Verlag, 384 Seiten, 39 Mark

ex libris von Sabine Bredy
Diedrich Diederichsen, Boris Penth, Natalie Wörner, Christel Dormagen: Das Madonna Phänomen. KleinVerlag, 117 Seiten, 34 Mark

ex libris von Gerhard Henschel
Eugen Drewermann/Felizitas von Schönborn: Sind Propheten dieser Kirche ein Ärgernis? Piper, 74 Seiten, 12,90 Mark

ex libris von Klaus Bittermann
Ruth Klüger: weiterleben – Eine Jugend. Wallstein Verlag, 285 Seiten, 38 Mark

ex libris von Kurt Hübner
Georg Fülberth: Eröffnungsbilanz des gesamtdeutschen Kapitalismus. Vom Spätsozialismus zur nationalen Restauration. Konkret Literatur Verlag, 160 Seiten, 22 Mark

ex libris von Ludger Weß
Thomas Powers: Heisenbergs Krieg. Hoffmann und Campe Verlag, 764 Seiten,78 Mark

Vom Niveau zur Gurgel von Otto Köhler
Über die Bemühungen des westdeutschen Historikers Heinrich August Winkler, das Historische Institut der Ostberliner Humboldt-Universität zu säubern

Mit Gott und den Faschisten VII von Karlheinz Deschner

Ich habe gelesen von Bernd Rauschenbach

Ballaballa von Frieder Kern
Dietrich Schulze-Marmeling hat ein Buch über den Fußballsport geschrieben. Um zu belegen, daß allein der proletarische Kick den Fußball adelt, begeht er schon mal ein verstecktes Foul

Rasse, Klasse, Gene von Ludger Weß
In der US-amerikanischen Administration sind während der Bush-Ära wissenschaftliche Initiativen in Gang gekommen, die die Entwicklung neuer Sozialtechnologien zum Ziel haben, mit denen Polizei und Verwaltung die Unruhe in den innerstädtischen Slums in den Griff bekommen wollen. Dabei werden zunehmend biologische Erklärungsansätze herangezogen. An diesen Programmen sind das Justiz- und das Gesundheitsministerium, aber auch eine Reihe von universitären Forschungseinrichtungen beteiligt. Die neue Kriminalbiologie bedient sich dabei modernster Methoden, hinter denen ein ausgeprägter Rassismus steckt

Verletzte Verletzer von Robert Gernhardt
Böll gegen Henscheid, Engholm gegen »Titanic«, Höhler gegen KONKRET – Flüchten oder Rand halten?

Überleben im Verteilungskrieg von Sabine Horst
Filme, in denen in drastischer Weise Gewalt dargestellt wird und die bislang in Off-Kinos und der Videoszene als Geheimtip kursierten, sickern in die Mainstream-Filmkultur ein. Die antwortet mit einer Debatte, in der wie gewohnt das gesellschaftliche Substrat der gewalttätigen Bilder aus dem Blick gerät

Gremlizas express von Hermann L. Gremliza

Konkret 05/93, S. 4

von Konkret

»Menschen im Hotel« hieß ein Beitrag von Peter Hetzler in KONKRET 11/88 über den Knast in Darmstadt-Weiterstadt, der nun erst mal nicht bezogen werden kann. Hetzler kommentiert in diesem Heft die Reaktionen auf den RAF-Anschlag. Die Erklärung der RAF dazu ist auch der KONKRET-Redaktion zugegangen. Da sie bereits in der April-Ausgabe des »ak« vollständig veröffentlicht worden ist, verzichten wir auf ihren Abdruck.

Justiz I – Die »Vivisektion der Professorin Höhler« (»Spiegel«), die Eckhard Henscheid in KONKRET 3/93 anhand von Fotos aus einer Werbekampagne vorgenommen hatte, gefiel der Sezierten gar nicht. KONKRET und Henscheid sahen sich gezwungen, eine Unterlassungserklärung abzugeben, die uns verbietet, die schönsten Formulierungen hier noch einmal zu wiederholen. In diesem Heft kommentiert Robert Gernhardt die Fälle Böll vs. Henscheid, Engholm vs. »Titanic« und Höhler vs. KONKRET.

Justiz II – »Eine Anzeige« brachte die Redaktion in KONKRET 2/93 den Staatsanwälten im Verbreitungsgebiet der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« zur Kenntnis. Mit Schreiben vom 24. März 1993 teilt uns die Staatsanwaltschaft beim Landgericht Frankfurt mit:

Das Ermittlungsverfahren gegen den Hochschullehrer Eike Libbert in Rostock und den verantwortlichen Redakteur Dr. Wilfried Wiegand in Frankfurt am Main wegen Verdachts der Volksverhetzung u.a. wird gemäß § 170 Abs. II Strafprozeßordnung eingestellt.

Gründe:

In der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom Donnerstag, dem 07. Januar 1993 wurde auf Seite 26 eine Abhandlung des Beschuldigten Eike Libbert unter der Überschrift »Wie auseinanderwächst was zusammengehört« veröffentlicht. Der Beschuldigte Dr. Wiegand ist verantwortlicher Redakteur für die Abteilung Feuilleton der Frankfurter Allgemeinen Zeitung. (...)

Der von den Anzeigeerstattern als strafbar empfundene Absatz des Artikels lautet: »Die hohe Kriminalität unter Ausländern und Asylbewerbern ist bekannt. Dabei stehen die Rumänen mit Abstand an der Spitze. Genau das sind die Sinti und Roma, die illegal über Polens grüne Westgrenze strömen und zu Hunderten vor der hoffnungslos überfüllten Zentralen Aufnahmestelle für Asylbewerber in Lichtenhagen kampierten. Und das in einem dichtbesiedelten Wohngebiet, in dem es gärte und kochte! Dort entfalteten sie ihren Anteil einer multikulturellen Gesellschaft: bettelten, lärmten, liebtensich, belästigten Frauen und Kinder. Die Grünflächen versanken in Unrat und Kot. Verbrechen grassierten: Betrug, Diebstahl, Einbruch, Körperverletzungen, Vergewaltigungen grausamster Art.«

Es trifft nicht zu, daß durch diese Ausführungen Sinti und Roma *pauschal* verunglimpft werden. Gemeint sind nur die Sinti und Roma, die illegal über Polens grüne Westgrenze in die Bundesrepublik Deutschland einreisen.

Die Ausführungen des Autors, des Beschuldigten Libbert, sind durch Art. 5 GG (Recht auf freie Meinungsäußerung) gedeckt. Keiner der apostrophierten Personen oder Gruppen wird das Recht auf ungeschmälertes Zusammenleben im Rahmen unserer Gesellschaft abgesprochen. Dies wäre Voraussetzung für die Annahme des § 130 StGB (Volksverhetzung). Es ist auch nicht Absicht der Ausführungen, durch unlautere Formulierungen Haßgefühle gegen die Personen bzw. Gruppen hervorzurufen. Es geht allein darum, Gründe für die explosionsartig auftretenden Gewalttaten aufzuzeigen:

»In Lichtenhagen brodelte der Zorn wie in zahllosen Gemeinden ganz Deutschlands. Unzählige Beschwerden und Eingaben an den Rostocker Senat und die Landesregierung blieben erfolglos. Sachsens Innenminister Eggert kommentiert: Wenn es keine politische Lösung der Probleme gibt, bleibt nur die radikale.«

Bei einer durch Art. 5 GG gerechtfertigten Äußerung könnte eine Beleidigung nur dann vorliegen, wenn sich diese aus der Form der Äußerung ergibt. Dies ist vorliegend jedoch nicht der Fall.

Klein

Oberstaatsanwalt

Das sollte man sich merken. Etwa für Fälle, in denen nicht pauschal die deutschen Staatsanwälte als völkisches Gesindel verunglimpft werden, sondern nur die, sagen wir: bei dem Landgericht Frankfurt am Main.

»Was tun?« – Die Planung des KONKRET-Kongresses, der vom 11.-13. Juni in Hamburg stattfindet, geht in die heiße Phase. Weiterhin erbitten wir Spenden auf das **KONKRET-Kongreßkonto 1186539300 bei der BfG Hamburg, BLZ**

20010111. Die Kongreßzeitung erscheint am 30. April mit Texten zur Vorbereitung auf den Kongreß; wer sich zum Kongreß angemeldet und seinen Beitrag eingezahlt hat, erhält die Zeitung per Post. Sie ist außerdem im Zeitschriftenhandel für 2 Mark erhältlich.

KONKRET unterwegs: Hermann L. Gremliza liest im Mai im In- und Ausland aus »Ein Volk gibt Gas« und aus den kulturkritischen Texten, die demnächst unter dem Titel »Ganghofer im Wunderland« erscheinen werden: Am 2. Mai um 16 Uhr im Kulturzentrum Saray, Berlin-Köpenick; am 3. Mai um 20 Uhr in der Buchhandlung am Bebelplatz, Kassel; am 4. Mai in der Buchhandlung Neuer Weg, Würzburg; am 5. Mai um 20 Uhr im Komm-Festsaal, Nürnberg; am 10. Mai um 19.30 Uhr an der Universität Siegen; am 11. Mai um 20 Uhr im Café-Théâtre Le Villon, Luxemburg; am 12. Mai um 20 Uhr im Vorderhaus, Freiburg; am 13. Mai um 20 Uhr im Foyer an der Blauen Brücke, Tübingen; am 19. Mai im schweizerischen Fribourg; am 21. Mai im Waldheim-Clara Zetkin-Haus, Stuttgart; am 24. Mai um 20 Uhr im Kulturzentrum Utopia, Innsbruck; am 25. Mai im Zakk, Düsseldorf; am 26. Mai in Marburg und am 27. Mai im Landesfilmdienst Sachsen, Leipzig. Bitte beachten Sie für eventuelle kurzfristige Änderungen der Anfangszeiten oder Veranstaltungsorte die Hinweise in der Lokalpresse.

Konkret 05/93, S. 6

an konkret

Prompte Bedienung

Urlaubsgrüße

Heute morgen fuhr ich mit dem Fahrrad zu einem neu eröffneten Kiosk in dem Dorf in Norddeutschland, in dem ich gerade Urlaub mache. Mit den Worten »Drei Brötchen, normal, eine Frankfurter Rundschau und die Kinder-FAZ« legte ich meine Bestellung vor. Ohne jegliche Nachfrage erhielt ich von dem Kioskinhaber drei Brötchen, normal, die »Frankfurter Rundschau« und die »TAZ«.

Das fand ich schön.

Dirk Herbrechter

z.Zt. Saterland-Ramsloh

PS.: Im Verlauf der z.Zt. stattfindenden Dreharbeiten der Serie »Die Drombuschs« muß ein Schauspieler folgenden Satz sagen: »Kann eine Teilwahrheit gültig sein für eine schlimme Wahrheit im Ganzen?«

Der Autor ist ein Herr Stromberger, aber das hilft auch nicht weiter.

Bißchen pubertär

KONKRET 3/93: »Eine Dienstfahrt« von Oliver Tolmein

Oliver mag es ja für einen Akt revolutionärer Prinzipientreue halten, sich mit dem Herrn Benz vom Kölner Amt zusammenzusetzen, mit ihm nicht zu dialogisieren (sondern nur richtigzustellen), um umgehend die eigene Unbestechlichkeit der Öffentlichkeit präsentieren zu können. Ich finde das ein bißchen pubertär, aber ansonsten ok. Mein journalistisches Prinzip war immer, mit (fast) allen zu reden und das, was für die – in diesem Fall auf ein paar hundert Personen zusammengeschmolzene – Öffentlichkeit irgendwie von Interesse sein könnte, möglichst authentisch zu veröffentlichen. Dieser Grundsatz schlug sich des öfteren in länglichen »TAZ«-Interviews mit der klügeren Schlapphut-Fraktion nieder. Diese Veröffentlichungen wurden interessanterweise von jenen mit der größten Aufmerksamkeit (und ich denke: mit »Gewinn«) konsumiert, von denen ich die meisten Prügel bezog.

Ein anderes Prinzip, das ich offenbar mit Oliver teile, ist das des »drüber Redens«, mit Freunden, mit Bekannten, mit allen, die es interessieren könnte. Es ist dies vermutlich die einzige Möglichkeit, bei Kontakten zum Staatsschutz nicht in falschen Verdacht zu geraten. Insofern wäre es mir lieber gewesen, Oliver hätte mich auch namentlich als Ex-»TAZ«ler kenntlich gemacht, der ihm die Gelüste des Herrn Benz mitteilte. Ob ein solcher Anruf bei einem mir seit Jahren persönlich bekannten Kollegen unter den Links-Straftatbestand »Freie Mitarbeit beim Verfassungsschutz« fällt, mag jede/r für sich selbst entscheiden. Übrigens: Als freier Mitarbeiter der Atomwirtschaft bin ich bisher nicht enttarnt worden, obwohl diese Herrschaften ebenfalls und erheblich häufiger zu meinen »Kontaktpersonen« zählen. Aber was nicht ist, kann ja noch werden.

Gerd Rosenkranz

Berlin

Eigentorserie

KONKRET 4/93: »Biologisch abbaubar« von Christel Dormagen

»Kein Satz übrigens beschreibt die« Rezensentin »selber so gut wie« der, just oben drüber, in welchem sie gesteht, weder Sexualität noch Natur je zu Gesicht bekommen zu haben.

Und mit keinem räumt sie so deutlich ihre eigene Urteilsunfähigkeit ein wie mit dem, in welchem sie kokett erzählt, daß sie »um Werke« '»großer Weltliteratur von Homers ›Odyssee‹, Ovids ›Metamorphosen‹ und Euripides' ›Bakchen‹ über Spensers ›Faerie Queene‹ und Miltons ›Verlorenem (sic!) Paradies‹ bis zu Versepen, Balladen und Gedichten von Blake, Coleridge, Byron, Keats, Swinburne etc.«) *»wegen ihrer Lesezumutung...* einen entschiedenen Bogen machte«.

Wenn Ms. Paglia mit einem einzigen Buch imstande ist, eine solche amüsante Eigentorserie auszulösen, dann hat sie etwas sehr Schönes geschafft. Der armen Christel Dormagen dagegen wünsche ich, daß sie künftig nicht mehr solche dicken Werke zu verdauen versuchen muß. Vielleicht hätte man ihr von Flaubert rein lesezumutungstechnisch abraten sollen.

Pieke Biermann

Berlin

Wes Brot ich eß...

KONKRET 3/93: »Juden erkennen wir nicht an« von Olaf Groehler

Ich frage mich, warum Ihnen so sehr an Herrn Groehlers Behauptungen gelegen ist, in der DDR habe es antisemitische Repressionen gegeben, so daß Sie ihn damit wiederholt seitenlang zu Wort kommen lassen. War das nicht schon vor allem von Grossweiler gehörig kommentiert worden? Die Behauptungen von Herrn Groehler stützen sich überwiegend auf Eindrücke, Empfindungen, vage Wahrnehmungen und z.B. auf die unsägliche Behauptung Hermlins, die er am 10. September 1992 (warum nicht ein bisserl eher?) öffentlich gemacht hatte, daß viele »sinnlose, irrationale Feindschaften« von Genossen ihm gegenüber vermutlich antisemitische Gründe hatten. Nun ja, die einen gehen jetzt als Stasiopfer, die anderen als rassisch Verfolgte – vielleicht sollte Hacks es mal als vertriebener Schlesier versuchen?

Daß jüdische Gemeinden in den fünfziger Jahren von der DDR nicht sonderlich gefördert wurden, ebensowenig wie Gemeinden anderer Glaubensgemeinschaften, sollte von einem sozialistischen, also atheistischen Staat nicht anders zu erwarten gewesen sein. Ich war sehr erstaunt, als ich bei meinen Besuchen in der späten DDR bemerkte, wie relativ ungeniert sich dort kirchliches Leben tummelte, in schön hergerichteten Gotteshäusern.

Das baufällige Geburtshaus von Moses Mendelssohn hingegen sei abgerissen worden? Ja, leider wurden viele erhaltenswerte Gebäude in der DDR nicht instandgesetzt oder sogar abgerissen, z.B. die Berliner Schloßruine. Ich bedaure das. Eine Gedenktafel für Moses Mendelssohn und für Kurt Weill wünschte ich mir ebenso wie Herr Groehler, allerdings nicht, weil die beiden Juden waren, sondern weil der eine einer der bedeutendsten deutschen Aufklärer war und der andere ein tüchtiger Komponist und Mitarbeiter von Brecht. So rassistisch bin ich nun nicht, daß ich die jüdische Abstammung der beiden über ihre Leistungen stellte. Man setzt das Werk eines Menschen herab, wenn man ihm einen Judenbonus gibt. Ich möchte auch keinen Frauenbonus haben. – Übrigens hat die DDR das Ephraimspalais, das einer jüdischen Banquiersfamilie gehörte, sorgfältig nachbauen lassen. Es sah halt so schön aus.

Wenn es da heißt »...im Prinzip lief die gesamte Diskussion darauf hinaus, Rassismus und Antisemitismus zu abgeleiteten Phänomenen des Klassenkampfes und des Antikommunismus herunterzuinterpretieren«, so möchte ich das »herunter« erklärt haben. Müßte es nicht eher heißen »herauf«? Denn mit dieser Interpretation bekommen die Opfer doch einen hochpolitischen Status, und bekanntlich ist das der höchste Status, den Marxisten zu vergeben haben. Oder möchte der Autor vielleicht lieber den deutschen Faschismus und die Judenverfolgung gar nicht so genau erklärt haben? Möchte er die lieber mit einer Aura umgeben wissen, die sich a priori aller Denkanstrengung und Deutbarkeit entzieht als ein quasi vom Himmel Gefallenes, das nicht von dieser Welt wäre?

Was nun den Autor, Herrn Groehler selbst, angeht, so ist der ehemalige stellvertretende Direktor im Zentralinstitut für Geschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR jetzt Mitarbeiter eines Förderprogrammes für die neuen Bundesländer in der Max Planck-Gesellschaft. Wes Brot ich eß... Die eifrigsten Herrschaftserfüller in unseren ehemaligen Kolonien waren leider oftmals Eingeborene. Sie bekamen dafür Bonbontüten, Glasperlenketten und mitunter einen Studienplatz an einer unserer Kaderschulen. Freie Spalten in unseren linken Zeitschriften bekamen sie, glaube ich, nicht.

Heidi Urbahn de Jauregui

Montpellier/Frankreich

Schön und richtig

KONKRET 4/93: »Spielmaterial für ein Endspiel«; Gespräch mit Hermann Peter Piwitt

Im Interview mit mir in 4/93, mit dem Foto aus dem Jahr 2015, steht der Satz: »Zum Gelingen eines Kunststücks gehört auch, daß es nicht von dieser Welt ist«. Gesagt habe ich das Gegenteil, nämlich »daß es nicht *aus der* Welt ist«. Auch heißt der genannte Dichter nicht »von«, sondern »van Hoddis«.

Sonst ist alles sehr schön und richtig.

Hermann Peter Piwitt

Hamburg

Konkret 05/93, S. 9

Hermann L. Gremliza

Die Krauses als Krupps

Ich sah, daß man Worte wie Keuschheit und Reinheit, moralische Grundsätze, sittliches Verhalten und Nächstenliebe im Munde führen und dabei sein schmutziges Einkommen aus den baufälligen Mietskasernen des Negerviertels ziehen konnte – schmutzstarrenden Bruchbuden, die man nicht einmal Schweinen als Behausung angeboten hätte.
Thomas Wolfe

Irgendwer würde von der Wiedervereinigung was haben, das war gewiß, und daß es weder die Leipziger Armleuchter noch die vietnamesischen Vetragsarbeiter wären, ließ sich denken. Profitieren sollten die Krupps, ein Synonym für die großen Kapitalisten und kleinen Spekulanten aus dem Westen, und die Krauses, dies aber nicht ein Synonym für die Massen ostdeutscher Arbeiter und Bauern, sondern der Name einer einzelnen Familie aus dem Mecklenburgischen, an der sich die Wünsche und Hoffnungen von sechzehn Millionen Doppelzentner Heldenvolk aufs wunderbarste erfüllen sollten.

Herr Günther Krause und Frau Heidrun haben getan, was ihre Mitbürger auch gern getan hätten und nicht gekonnt haben. In den drei Jahren nach der friedlichen Konterrevolution haben sie größeren privaten Reichtum erworben als das ganze Politbüro der SED in vierzig Jahren. Herr Krause, der Bundesminister, bringt zu jedem Monatsende 30.000 Mark plus Spesen nach Hause, Frau Krause, die Grundbesitzerin, zieht von seinen Geschäftspartnern für einen zum Büro umgewidmeten Stall monatlich 19.000 Mark Miete ein und verkauft auch mal für die eine oder andere Million einen Teil eines Ackers, den Herr Krause, der Gemeinderat, zum Bauland erklären läßt. Wenn Krause, der Sohn, schwach in Englisch ist, bringen Vati und Mutti ihn auf Kosten der Luftwaffe (180.000 Mark) nach San Francisco zur Schule. Frau Krause, die Gattin des Ministers, erlöst beim Kauf eines 50.000 Mark teuren Autos, mit dem der 16jährige Sohn des Ministers in Börgerende den Schulweg unsicher machen will, auf Vorlage eines Diplomatenpasses einen Rabatt von 25 Prozent, was aber schon deshalb not tut, weil das Rostocker Arbeitsamt für die Putzfrau der Krauses nur 700 von den 800 Mark Monatslohn übernimmt und das Haushaltsgeld durch die Monatsmiete von 780 Mark für das von Krause, dem Staatssekretär der DDR, kurz vor der Wende requirierte Anwesen am Müggelsee fast so sehr angegriffen ist, daß die Familie in Versuchung geraten könnte, ihr Budget mit Provisionen für die preiswerte Vergabe von Konzessionen für Autobahnraststätten aufzufüllen, die Krause, der Verfasser des Staatsvertrags, in den letzten Tagen der DDR vergeben hat.

Es wird jedoch, das darf man Herrn Krause glauben, »alles nach Recht und Gesetz« zugegangen sein, und auch zwischen seinem Engagement bei der Privatisierung eines DDR-Baukonzerns und den Millionen, die seine Frau von den frisch Privatisierten erlöst hat, dürfte es, wie der Minister versichert, »keinen anfechtbaren Zusammenhang« geben, sondern nur einen unanfechtbaren. Die Krauses werden sich nicht anders verhalten haben als die Krupps, die ihnen vierzig Jahre lang als Vorbilder freien Unternehmertums hinübergefunkt worden waren – ein bißchen hektischer und ruppiger vielleicht, wie man das von Leuten kennt, die neu im Geschäft sind, aber strikt nach den Gesetzen der freien Marktwirtschaft und, weil in den Grenzen, die das Strafrecht zieht, ohne jenes schlechte Gewissen, das viele Kollegen Krauses nötigt, den halben Arbeitstag mit der Camouflage ihrer Nebeneinkünfte zu verbringen.

Warum dann aber trifft die Krauses eine Entrüstung, als hätten sie kleine Kinder gegrillt? Frau Matthäus-Meier von der SPD spricht dem Minister »die charakterliche Eignung« ab, die »Bild-Zeitung« verlangt seine Entlassung, die »Berliner Zeitung« seinen Rücktritt, »der politischen Hygiene wegen«, ein Hamburger Wochenblatt schimpft ihn die »Personifizierung des neudeutschen Raffke, gierig, prinzipienlos, egoistisch«, ein Herausgeber der »FAZ« greift wie im Traum in die Sprache, in die ein Herausgeber der »FAZ« stets wie im Traum greift, wenn er sich von einem Kumpan bis aufs Blut distanzieren möchte: »Was Krause zeigt, ist Chuzpe«, und der Gemeindepfarrer von Börgerende klagt, »der alte Grundsatz, daß Gemeinnutz vor Eigennutz geht«, habe seine Wirkung verloren.

Der alte Grundsatz war die Parole einer Bewegung, die zur Wiederherstellung der politischen Hygiene der Nation das Land von gierigen, prinzipienlosen Raffkes zu reinigen versprach, aber das braucht ein deutscher Gemeindepfarrer sechzig Jahre später nicht zu wissen, um doch, traumhaft sicher wie ein Fack, das in die Zeit passende Wort zu finden. Wieder ist die Verwertung des Kapitals so schwierig, daß seine christlichen Medizinmänner schon feindlichste Götter anrufen. Denn ginge der Gemeinnutz tatsächlich vor Eigennutz, wäre die private Aneignung des gesellschaftlichen Produkts ja abgesagt, das herrschende System over and out. So war es natürlich nie gemeint, und wie es gemeint war und ist, konnte man damals bei Hugenberg lesen wie heute bei Springer: »Jenseits von Werteverfall und Normenbeliebigkeit steht fest, daß ein freiheitliches System wie das unsere sofort zusammenbrechen würde, wenn alle seine Glieder wert- und vorbildfrei den Spielraum nutzen und ausfüllen würden, den ihnen die Gesetze lassen.«

Solange die Kapitalverwertung funktioniert, ist jeder Beteiligte verpflichtet, bei Strafe der Pleite oder des Rauswurfs jede sich bietende Chance zu nutzen. Wer den größten Erfolg hat, ist der Wertvollste und das Vorbild – in den Siebzigern waren

es »die Japaner« (namenlos), in den Achtzigern Rausschmeißer wie Iacocca und Lopez, die jeden Spielraum genutzt und ausgefüllt haben, den ihnen die Arbeits- und Sozialgesetze ließen. Doch seit materielle Erfolge kaum mehr zu erringen sind, ist der Bedarf an Idealen steil angestiegen. Die Renner sind Solidarität, Patriotismus, Glaubwürdigkeit, Ehrlichkeit, Bescheidenheit. Die hohen Kurse, zu denen die ideellen Werte gehandelt werden, zeigen an, wie tief die materiellen stehn.

Was soll es bedeuten, daß die in Redaktionen versammelte Lumpenbourgeoisie, die noch keinen Veilchenstrauß zum Muttertag gekauft hat, den sie nicht von der Steuer hätte absetzen können, Ehrenkodici für Politiker erschwitzt und dafür dreimal mehr Zeilen und Sendeminuten verbraucht als für Deutschlands dritten Kriegseintritt in diesem Jahrhundert? Es bedeutet, daß da jemand glaubt, er werde von der Moralisierung der Politik etwas haben. Das glauben zwar auch die Journalisten, die aber so wenig wie die Leipziger Kerzenhalter wissen, wer sie gerade für sich leuchten läßt. Die Bourgeoisie, die diese nicht nur intellektuell bankrotte Meinungsmacherei bezahlt, tut es, weil sie erkannt hat, daß die Moralisierung der Politik ihr in der Stunde der Not das so lange entbehrte Mittel, mit dem das nicht mehr verwertbare Kapital entsorgt werden kann, zurückzugeben verspricht: den Krieg. Physisch möglich gemacht hat ihn die Kapitulation der sozialistischen Staaten, um ihn psychisch erträglich zu machen, müssen aus Politikern, die nichts sind als bezahlte Vertreter von Interessen, selbstlose, »glaubwürdige« Apostel der Menschheit und ihrer unveräußerlichen Rechte werden – solchen wird man folgen, heute nach Sarajevo, morgen nach Berg-Karabach.

Einen Bosnien-Boom, vergleichbar dem Korea-Boom, der die Ökonomie der USA für ein Jahrzehnt saniert hat, können die Awacs-Einsätze nicht bringen. Wenn es aber gelänge, die Moralisierung der Politik gegen die eigenen, eigenhändig korrumpierten Streibls, Waigels, Schwätzers, Stoibers undsoweiter durchzusetzen – denn es ist zwar süß und ehrenvoll, für das Vaterland zu sterben, nicht aber für den Amigo – , wenn also moralische Aufrüstung den Politikern jene »Glaubwürdigkeit« gäbe, nach der die Bürgerpresse verlangt, könnte auch Größeres in Angriff genommen werden.

Noch gibt es auch andere Hoffnung. Einer Umfrage zufolge »kennt mehr als die Hälfte der 18- bis 25jährigen keinen vertrauenswürdigen Politiker mehr«. Das ist doch was. Und dann ist da die Familie des Ministers Günther Krause. Solange er durchhält, ragt sie wie ein Fels der Aufklärung aus der Schlammflut öffentlicher Moral.

Konkret 05/93, S. 10

Boris Gröndahl

Das Gesicht der Revolte
Schluß mit lustig

Merkwürdig zurückhaltend sind sie ausgefallen, die Feierlichkeiten zur Silberhochzeit von Apo und Staat. Zu offensichtlich ist wohl die Blamage der selbsternannten Zivilisierer der deutschen Gesellschaft, nun, da diese wieder mal in den Krieg zieht. Ein Blick auf die Folgen der 68er Revolte von den Nachgeborenen Boris Gröndahl, Andreas Fanizadeh, Sabine Grimm, Gerhard Henschel (alle Ex-BRD) und Sahra Wagenknecht (Ex-DDR)

Jetzt wird's ernst. Die Kinder müssen endgültig ins Bett. Deutschland steht vor neuen Aufgaben, die zu groß sind, als daß es sich noch den Luxus leisten könnte, ein paar ausgedienten Studentenführern vorzumachen, sie hätten – wenigstens partiell – einen Sieg errungen. Die Zeiten sind härter geworden.

Vor fünf Jahren, zum Zwanzigsten der Revolte, wurde es üblich, zwischen zwei Seiten ihrer Folgen zu unterscheiden. Auf der einen Seite war es offensichtlich, daß kein einziger politischer Programmpunkt der 68er erfüllt war: Der Springer-Clan herrschte über »Bild«, keine Räte weit und breit, geschweige denn im Besitz aller Macht; selbst Klaus Schütz erfreute sich bester Gesundheit. Auf der anderen Seite gab es Mitglieder des deutschen Bundestages, die in Turnschuhen und mit offenem Hemdkragen zum Rednerpult schritten, es gab die sprichwörtlichen Linken Lehrer, die ihre Schüler mit Brecht traktierten, und daß es das beste sei, über Konflikte miteinander zu reden, fand sogar der Bundeskanzler. Diese Erscheinung wurde auf die Formel gebracht, daß das, was »68« bewirkt habe, eine Modernisierung gewesen sei, die die BRD dringend benötigte, um zu einem »normalen« westlichen Kapitalismus zu reifen.

Gestritten wurde noch über die Bewertung. Nahmen die einen die Tätigkeit alter 68er als Minister, Professoren, Chefredakteure oder Werbefritzen zum Beweis für deren völlige Unschädlichkeit, so belegte derselbe Sachverhalt den anderen, wie gründlich sie die BRD geändert hätten. Es sah so aus, als könnten letztlich alle damit zufrieden sein; der Titel »68er« war so hoffähig, daß sich sogar CDU-Angestellte mit ihm schmückten.

Zwischen dem Zwanzigsten und dem Fünfundzwanzigsten der Revolte liegen die deutsche Wiedervereinigung und die weltweite Niederlage des Sozialismus. Anläßlich des ersten Ereignisses haben die 68er die Modernisierungsthese, diesmal allerdings unter dem zeitgemäßeren Titel der »gründlichen Zivilisierung«, nochmals aufgefrischt und sie zur Absegnung des Anschlusses von links verwandt: Daß das Ausland keine Angst mehr vor Deutschland habe und darum der Wiedervereinigung keine allzu großen Steine in den Weg lege, sei ihr Verdienst, Deutschland ihnen also zu Dank verpflichtet.

Das Ende des realen Sozialismus, das 1968 viele für die Voraussetzung des Sieges eines »wahren« Sozialismus hielten, erwies sich nicht nur als Niederlage von Staaten, die man sich wieder angewöhnte »stalinistisch« zu nennen. Mit ihm sank das Ansehen jeglicher antikapitalistischer Kritik rapide. Und wie sich zeigt, war es auch ein schwerer Schlag für die bürgerliche Demokratie. Letzter Schrei des Kapitalismus in Zeiten der Systemauseinandersetzung, ist sie gleichzeitig mit deren Ende zur Disposition gestellt – damit aber auch die, die sich als »Demokratisierer« der Bundesrepublik verkauft haben. Von ihnen muß sich, so die »FAZ«, die »deutsche Politik« »emanzipieren«. Eine »zivile Gesellschaft« zu sein, muß Deutschland nicht mehr behaupten, um sich durchzusetzen, weder vor dem Ausland noch vor seinen Bürgerinnen und Bürgern.

Der Ton, der den 68ern gegenüber angeschlagen wird, klingt zunehmend gereizt. Daß Politik jetzt langsam kein Sandkastenspiel mehr sei, bei dem man auf das zum Schluß so gut einstudierte Zusammenspiel mit den sich zierenden Ex-Revoluzzern Zeit und propagandistische Kraft verwenden könne, diese Botschaft vermitteln die Kommentare zur Silberhochzeit der Apo. Wenig spricht dafür, daß diese Kampfansage die 68er zu der Einsicht bringen wird, wieviel sie selbst dazu beigetragen haben, sich überflüssig zu machen.

Boris Gröndahl, Jahrgang 1967, schrieb in KONKRET 2/93 über die neue »Emma«

Konkret 05/93, S. 11

Andreas Fanizadeh

Das Gesicht der Revolte
Simulierte Opposition

Merkwürdig zurückhaltend sind sie ausgefallen, die Feierlichkeiten zur Silberhochzeit von Apo und Staat. Zu offensichtlich ist wohl die Blamage der selbsternannten Zivilisierer der deutschen Gesellschaft, nun, da diese wieder mal in den Krieg zieht. Ein Blick auf die Folgen der 68er Revolte von den Nachgeborenen Boris Gröndahl, Andreas Fanizadeh, Sabine Grimm, Gerhard Henschel (alle Ex-BRD) und Sahra Wagenknecht (Ex-DDR)

Joschka Fischer: »Ich bin dagegen, daß wir jetzt einfach sagen, wir ziehen wieder in den Krieg ... Da bin ich einfach dagegen.«
Zwischenruferin: »... in zehn Jahren wohl noch!«
Fischer: »Ja, Entschuldigung! Ich hoffe, daß wir nach zehn Jahren noch diskutieren, ob wir in den Krieg ziehen. Ist es denn mittlerweile wieder soweit, daß In-den-Krieg-Ziehen so selbstverständlich ist, daß es hier keine Frage mehr ist?«
Aus einer Diskussionsveranstaltung im Frankfurter Römer zum 25jährigen Jubiläum der 68er Revolte

Auch Joschka Fischer weiß natürlich, daß das militärische Eingreifen deutscher Soldaten irgendwo auf der Welt nach dem Einschluß der DDR in den Staatsverband der BRD keine kontroverse innenpolitische Frage mehr ist. Auch er weiß, daß unklar lediglich ist, zu welchem Zeitpunkt und in welcher Bündniskonstellation ein deutscher Militäreinsatz stattfinden soll, und daß dies durch die Bonner Diplomatie zur Zeit außenpolitisch abgeklärt wird. Daß, wenn es denn bald soweit wäre und Sozialdemokraten und Grüne sich immer noch so glücklich schätzen sollten, die nationale Regierungsgewalt nicht ausüben zu müssen, deren ganzer Widerstand darin bestehen würde, zusammen mit dem DGB das Verfassungsgericht in Karlsruhe anzurufen, damit es entscheiden möge, wann und wo deutsches Militär mit dem Segen aller eingesetzt werden darf.

Das alles ist auch für den hessischen Umweltminister Joschka Fischer keine Frage. Warum brachte ihn die Zwischenruferin im Frankfurter Römer bei einer öffentlichen Diskussionsveranstaltung unter »Radikalen Träumern« (»25 Jahre ‘68«) dennoch in Rage? Brach sich hier jener rebellische Charme unverhofft Bahn, der den Abgeordneten Fischer einst im Bundestag ab und zu erträglich machte (»Mit Verlaub, Herr Präsident, sie sind ein Arschloch!«)? Mitnichten.

Ein anderer »Radikaler Träumer« hatte in Frankfurt Fischers Äußerung veranlaßt. Daniel Cohn-Bendit nutzte die Zusammenkunft derer, die sich durch ihn und eine Jahreszahl definieren, um der Gemeinde seine neuesten militärpolitischen Erwägungen zu offenbaren. Wer damals gegen den imperialistischen Krieg der USA in Vietnam gewesen sei, müsse heute für die militärische Intervention gegen »die« Serben im zerfallenen Jugoslawien eintreten. »Die Bundesrepublik Deutschland«, so Cohn-Bendit, »gehört gottlob zur westlichen Zivilisation und hat auch jetzt ihren Part an Verantwortung zu tragen.« Aber leider »hat die westliche Welt Angst«: Wohin der Grüne Stadtrat auch schaut – er sieht nur »Feiglinge«.

Feigling!? Das konnte Fischer nicht auf sich sitzen lassen. Und so hielt er dagegen, man müsse noch »sehr genau prüfen ... wohin wir unsere Söhne schicken«, bevor »wir das Leben unserer Kinder aufs Spiel setzen«. Die deutsche Geschichte sei zu berücksichtigen und ihre politischen Konsequenzen seien erst noch zu ziehen. Vor allem die Frage: »Was will das Uno-Mitglied Deutschland?« müsse noch geklärt werden. Was aber will der Herr Minister, was wollen die »Radikalen Träumer«?

Das Duo Fischer/Cohn-Bendit beherrscht sein Rollenspiel inzwischen recht routiniert. Der ewig jugendliche Cohn-Bendit ist als rasender »Tabubrecher« und Einpeitscher seit 25 Jahren eine Karikatur seiner selbst – mit dem immergleichen erregten Tonfall, der immergleichen empörten Mimik. 1968 hat er sich einmal im Fernsehen gesehen, und dieses Erlebnis läßt ihn seither nicht mehr los. So schreit es seit Jahr und Tag aus ihm heraus, setzen sich die Arme wild fuchtelnd in Bewegung, färbt sich das Gesicht puterrot; ein dauerbetroffener Moralist und Demagoge. Im Römer schrillt er: Serben = Völkermörder; deutsches Land = zivilisiertes Land (»In Frankfurt haben wir eine Lichterkette organisiert«). Deutsche seien nicht besser als Nordamerikaner oder Franzosen = alle sollen im Krieg sterben dürfen usw.

Fischer hingegen mimt den weisen und gereiften Elder statesman und tappt langsam und Bedenken tragend hinterdrein. In sich versunken kratzt er sich an der Stirn, blickt kurz nach unten, sammelt und konzentriert sich vor der nächsten Attacke, der verkniffene Blick schweift kurz über etwaige Konkurrenten. Dann hämmert er los: Halbsätze mit maximal fünf Wörtern, dazwischen immer tief Luft holen, Wort für Wort den Zuhörerinnen und Zuhörern an den Kopf. Nicht nur seine Statur hat sich dem verstorbenen Franz Josef Strauß angeglichen. Inhaltlich widerspricht der Populist seinem kriegerischen Kollegen Cohn-Bendit entgegen aller Show an diesem Abend in keinem wesentlichen Punkt.

Fischer und seine Freunde waren immer »dagegen« und wenig später dafür. So war es beim »Ausstieg aus der Atomindustrie« und dem »Umbau der Industriegesellschaft«, so war es bei der Abschaffung des Asylrechts, und so wird es

bei den Kampfeinsätzen deutscher Truppen sein. Das »Ich bin dagegen« ist ihr notorischer 68er-Reflex, unabdingbar für ihre Marktstrategie: die Simulation von Opposition. Darin sind sie unerreicht, und dafür werden sie gewählt. Das hat mit »Verrat« nichts mehr zu tun, weil es nun seit Jahren alle wissen. Für die »Radikalen Träumer« und ihren konformistischen Anhang ist die 68er-Protest-Vita existenznotwendig, da sie sich im richtigen Leben von den Björn »Uwe« Engholms nicht die Bohne unterscheiden.

Auch die bundesrepublikanische Rechte weiß, was sie an ihnen hat. Zumindest solange die Entsorgung der deutschen Geschichte noch nicht völlig abgeschlossen ist, können sie dem Establishment den Trottel machen. Später werden sie dann abserviert. Schönhuber in der »taz« unwidersprochen die Vorzüge des italienischen Faschismus gegenüber dem deutschen anpreisen zu lassen, einer gewendeten Nazi-Rock-Band (am Tag der Frankfurter Lichterkette!) ihre Harmlosigkeit zu attestieren, wie Cohn-Bendit dies tat, das ist ein Geschäft, an dem sich jeder CDUler noch die Finger verbrennen würde. Für die Verschiebung des politischen Selbstverständnisses der Gesellschaft nach rechts eignen sich diejenigen am besten, die durch ihre antifaschistische Pose vor 25 Jahren einmal im In- und Ausland bekannt wurden. Auch während des zweiten Golfkriegs war es ein »68er«, der Saddam Hussein zu »Hitlers Wiedergänger« stilisierte und so den Krieg gegen den Irak mit Hinweis auf die deutsche NS-Vergangenheit legitimierte. Zukünftige direkte militärische Interventionen des NS-Nachfolgestaates Bundesrepublik Deutschland dürften ideologisch ähnlich abgesichert werden. Insofern war die Diskussion über den gerechten Feldzug der westlichen Welt und deren Verbündeter gegen den Irak keineswegs eine »Ausnahme«, sondern eine Generalprobe für den propagandistischen Job der »Radikalen Träumer«.

1968? War da noch was? Darmstadt-Weiterstadt. Rawumms.

Andreas Fanizadeh, Jahrgang 1963, ist Mitherausgeber der Sammlung »Texte der Neuen Linken«,Ed. ID-Archiv

Konkret 05/93, S. 12

Sabine Grimm

Das Gesicht der Revolte
Alles 68er?

Merkwürdig zurückhaltend sind sie ausgefallen, die Feierlichkeiten zur Silberhochzeit von Apo und Staat. Zu offensichtlich ist wohl die Blamage der selbsternannten Zivilisierer der deutschen Gesellschaft, nun, da diese wieder mal in den Krieg zieht. Ein Blick auf die Folgen der 68er Revolte von den Nachgeborenen Boris Gröndahl, Andreas Fanizadeh, Sabine Grimm, Gerhard Henschel (alle Ex-BRD) und Sahra Wagenknecht (Ex-DDR)

25 Jahre nach 1968 hat die Mythenbildung um »die 68er« ein Stadium erreicht, das es schwierig macht, sich eindeutig auf eine Seite zu schlagen: Soll man sie gegen die Rechten, die derzeit den »Kulturkampf gegen 68« ausrufen, verteidigen oder soll man den Konservatismus jener Alt-68er angreifen, die, mittlerweile Minister, Professoren und TV-Stars, sich noch immer als einzig legitime »Linke« gebärden?

An einem Punkt konvergieren der rechte und der linke 68er-Mythos: in der Behauptung einer kulturellen Hegemonie der Linken. Den Rechten gilt 1968 als Beginn einer erfolgreichen Machtübernahme der Linken, die via »Marsch durch die Institutionen« Schule, Universitäten und Medien infiltriert und den Zerfall aller Werte vorangetrieben hätten.

Zur Mythenbildung der Alt-68er gehört es wiederum, sämtliche gesellschaftlichen Veränderungen »seit 68« auf ihr Konto zu buchen. Sie konstruieren ein Kontinuum, demzufolge alle späteren sozialen und subkulturellen Bewegungen entweder in der Logik von 68 stehen oder sich daran abarbeiten müssen. Diese Selbststilisierung – die auch von den Rechten gestützt wird – ermöglicht es den Alt-68ern, auch wenn sie keine linken Positionen mehr artikulieren, sich innerhalb des hegemonialen Diskurses immer wieder als einzig legitime »Linke« zu behaupten und sämtliche Ansätze einer außerparlamentarischen Opposition zu unterbinden bzw. zu marginalisieren.

Während die 68er zunächst den Bruch mit der konservativen Nachkriegsperiode markierten und in den 70ern das »Modell Deutschland« noch kritisierten, wandelten sie sich in den 80ern zu Trägern dieser Gesellschaft. Das letzte Jahrzehnt erwies sich als Modernierungsphase, aus der viele Alt-68er und ihre Mittelklassen-Klientel als Gewinnler hervorgingen. An die Stelle von Kapitalismus- und Herrschaftskritik trat der Urbanitäts- und Zivilgesellschaftstraum von der immerwährenden Prosperität mit Fußgängerzone und »Streitkultur«. Spätestens seit dem Golfkrieg haben sich ideologische Konstellationen herausgebildet, in denen Alt-68er und Konservative sich auf verschiedenen Feldern zuarbeiten. Dabei spielt der gemeinsame Mythos von der kulturellen Hegemonie der Linken eine wichtige Rolle für das derzeit stattfindende Links-Rechts-Crossover.

Die aktuelle Version der rechten Verschwörungstheorie sieht in dem »Tabubruch« der 68er die Ursache für den Rechtsradikalismus der Hoyerswerda-Kids, die in einer völlig »permissiv« gewordenen Gesellschaft nur das »letzte Tabu« brechen (»FAZ«). Durch die Definition der Nazi-Kids als Vertreter einer »neuen Phase des Jugendprotestes« wird dabei zugleich die Jugendkultur insgesamt als immer schon »regressive« Veranstaltung denunziert (über die Gleichung: linke = rechte Gewalt, Ton Steine Scherben = Störkraft). Das bisher absurdeste Erklärungsmuster deutet den Rechtsradikalismus als Folge der »antiautoritären Erziehung«, als Rebellion »ungezogener«, vernachlässigter Kids gegen ihre 68er-Eltern und -Lehrer. Das Schema ist immer das gleiche: erst wird der Mythos einer kulturellen Hegemonie der Linken beschworen, für den allgemeinen »Wertezerfall« verantwortlich gemacht, dann werden rechte Forderungen gestellt.

An der »Neubestimmung jener Grenzen, die jede Gesellschaft aufbauen und beachten muß« (»FAZ«) beteiligen sich auch Alt-68er und Grüne. So vertritt etwa Claus »Multikulti« Leggewie in der »Zeit« die Ansicht, daß es sich bei den rechtsradikalen Jugendlichen um ein »Resultat der Abwesenheit von Erziehung, von Autorität und Tugend« handelt und stimmt in die konservative Klage über den »Zerfall der Familie« ein: »Die in verdächtiger Eile als »Nazi-Kids« gebrandmarkten Gewalttäter sind Erziehungswaisen, Angehörige einer neuen vaterlosen und fatal auf die (hilflosen) Mütter fixierten Generation.«

Während mit den Vorstellungen von antiautoritärer Erziehung immer auch eine Kritik der Familie verbunden war, beteiligen sich Leggewie u.a. an der seit der konservativen »Wende« zu beobachtenden ideologischen Refamiliarisierung, mit der den realen Auflösungstendenzen der Kleinfamilie begegnet wird. Die Rede vom »Zerfall der Familie« verdeckt dabei, daß es sich weniger um einen Prozeß der Deinstitutionalisierung der Familie handelt als vielmehr um ihre »Feminisierung« bei gleichzeitigem Fortbestand der sexistischen Arbeitsteilung: Die (traditionelle) Rolle der »Mutter« wird zu der Instanz, über die sich die »Familie« als Institution reproduziert.

Leggewies reaktionäres Plädoyer für die »Werte« der traditionellen Kleinfamilie ist nur ein Beispiel für den Konservativismus ehemaliger 68er, die den Ordnungsvorstellungen der Rechten und ihrer Forderung nach einer »Emanzipation der Politik von 1968« (»FAZ«) zuarbeiten. Wer an dem kritischen Potential der 68er-Bewegung festhalten will, ist derzeit mit einer doppelten Aufgabe konfrontiert: Den 68er-Mythos der Rechten und den der Alt-68er und sein

patriarchales Erbe gleichermaßen zu kritisieren.

Sabine Grimm, Jahrgang 1962, ist Mitarbeiterin am Institut für Sozialforschung in Frankfurt

Konkret 05/93, S. 13

Gerhard Henschel

Das Gesicht der Revolte
Schlampinchens Erbe

Merkwürdig zurückhaltend sind sie ausgefallen, die Feierlichkeiten zur Silberhochzeit von Apo und Staat. Zu offensichtlich ist wohl die Blamage der selbsternannten Zivilisierer der deutschen Gesellschaft, nun, da diese wieder mal in den Krieg zieht. Ein Blick auf die Folgen der 68er Revolte von den Nachgeborenen Boris Gröndahl, Andreas Fanizadeh, Sabine Grimm, Gerhard Henschel (alle Ex-BRD) und Sahra Wagenknecht (Ex-DDR)

»Ohne eine subversive Verbreiterung in der Gesellschaft werden wir notwendigerweise scheitern. Die Einheit von Arbeitern, Angestellten, Schülern, Bauern und Studenten wird bei uns die entscheidende Voraussetzung für die Gesamtrevolution darstellen«, erklärte Rudi Dutschke 1968 in KONKRET. Ich hingegen schrieb damals in Schönschrift: »So ist es bei Schlampinchen. Alles liegt durcheinander. Der Bleistift ist abgebrochen. Das Buch ist zerissen. Das Heft ist schmutzig. Die Hülle ist leer. Das Mäppchen ist offen. Die Schule ist aus. Es läutet. Die Kinder räumen auf. Den Bleistift in das Mäppchen, das Mäppchen in den Ranzen, den Ranzen auf den Rücken, schnell nach Hause!«

1968 lief ich noch in kurzen Hosen herum, war vom Nacken bis zum Halswirbel sibirisch frisiert und ließ in Schulheften, die sich bis heute erhalten haben, weisungsgemäß noch einmal die Ordnung über die Anarchie triumphieren, die in Gestalt Schlampinchens vorübergehend sogar in den rheinland-pfälzischen Grundschulunterricht Einzug gehalten hatte. Mich erfüllten völlig andere Sorgen, Zweifel und Hoffnungen als Rudi Dutschke und seine Genossen Struwwelpeter und Schlampinchen. Echos der Tumulte an der Peripherie meiner Welt drangen nur selten zu mir durch, zum Beispiel im Rahmen eines von militanten Aufrührern gesprengten Weihnachtsgottesdienstes, dessen Fernsehübertragung wir kurz vor der Bescherung ungläubig staunend verfolgten. Ein historischer Moment vollzog sich, als mein Bruder ca. 1971 jubelnd in den Hobbykeller stürmte und die sensationelle Nachricht verbreitete, daß wir uns die Haare jetzt bis über die Ohren wachsen lassen dürften. Gesagt, getan!

25 Jahre danach ist alles anders, die Schule ist aus, die Apo ist verbeamtet, Peter Glotz überreicht Udo Lindenberg den Rudi-Dutschke-Preis (oder umgekehrt), die Revolution fand versehentlich in Halle an der Saale statt, Schlampinchen ist eventuell Kuschelrockbeauftragte in Gütersloh geworden oder in eine pakistanische Hirsefladensekte eingetreten, und ich selber darf in KONKRET ein paar knallige, Leser zur Empörung und Abonnementkündigung aufstachelnde Thesen zur Silberhochzeit von Staat und Apo ausbreiten. Die Zeiten haben sich geändert, die Linie ist gezeichnet, der Fluch ist gesprochen, die Kinder haben aufgeräumt, und das Fazit fällt überraschend unknallig aus. Denn so schlecht, wie es Kurt Sontheimer und Rainer Langhans machen, scheint mir Schlampinchens Erbe nicht zu sein.

Quatsch, Kitsch, doofe Demonstrationsformen, schlampig redigierte Flugblätter, Weinerlichkeit, grauenhafte Gedichte für den Frieden und die 38einhalb-Stunden-Woche, die Vergötzung törichter, Trödelhändler und Vagabunden verherrlichender Gitarristen mit Trompetenhosen, Petting-Exzesse, Graffitigesaue, Händchenhalten vor Raketenrampen, autonomes Scheißesammeln für Überfälle auf Restaurants, die nicht durch und durch nach Street Credibility und Fritierfett stinken, Rinderwahn, Kinderwahn, Kurdenwahn, Komantschenwahn, Koyaanisqatsiwahn, Kornkreisewahn, Katzen- und Pudelmassage, die Verwandlung endloser WG-Abwasch-Debatten in sogenannte Talkshows und die Verleihung des Udo-Lindenberg-Preises an Walter Jens und Friedrich Schorlemmer sind sicherlich ebenso idiotische Konsequenzen der von Rudi Dutschke angeleierten subversiven Verbreiterung wie der Nulltarifsatz »Es ist deutsch in Kaltland« in Briefen von Frauen, die zuviel essen, an Männer, die alles erbrechen.

Ob Narrenhände Tisch und Wände beschmieren oder Antje Vollmer und Bärbel Bohley sich in einen offenen Liebesbriefwechsel verrennen, ob ergraute Jungsozialisten markant an ihren Pfeifen saugen oder VW-Vorstandsmitglieder sich grünalternativ gerieren – die Erniedrigten und Beleidigten haben nicht viel von diesen nachgelassenen Kitschritualen. Wenn Gisela Marx in Talkshows die These vertritt, daß Frauen von Natur aus friedfertiger, liebenswerter und überhaupt besser seien als Männer, ist der Menschheit ebensowenig geholfen wie durch die modische Anti-Kindesmißbrauchs-Stimmungsmache. Der Verdacht, daß es dabei eher um die Sicherung sozialpädagogischer ABM-Stellen und Marktchancen geht als um Aufklärung, ist durchaus begründet. Der Ausländer als Busenfreund, der gute Wilde, der bioenergetisch voll durchtrainierte Indianer und der schollenverbundene Pumphosenkirgise haben als Objekte linker Solidaritätsbekundungen ebenfalls eine steile Laufbahn hinter sich gebracht. Und niemandem ist damit gedient, daß Günter Grass im Feuilleton sozialpolitisch ambitionierte Sonette lanciert. Wenn Walter Jens Hermann Glaser den Peter-Weiss-Preis verleiht und Hans Christoph Buch mit der Wurst über den Spucknapf springt, wenn der Mops mit dem Büchner-Preis in der Villa Massimo versinkt und René Böll mit dem Papalagi Nicaragua-Kaffee trinkt, liegt wahrscheinlich subversive Verbreiterung vor.

Was darüber hinaus von linksdrehenden Literaturverfilmern, Reinhard Hauff, Margarethe von Trotta, dem zum Ölgötzen erstarrten Herbert Achternbusch, sozialkritischen Blut- und Brodem-Kitschiers, kleinen Fernsehspiel-Langweilern, in den Olymp abgedrifteten Roadmovie-Regisseuren und hochalpinen Schiffeversenkern, inkontinenten Happening-Künstlern,

Joseph Beuys (»Ja, Christentum akzeptiert die Erde voll!«) und seinen Schülern, Nägel-in-Stühle-Kloppern, malfaulen Kinderbuchillustratoren, stereotyp ihrem sinnlosen Handwerk nachgehenden Karikaturisten, Gebrauchsgrafikern und Philosophen des aufrechten Ganges angerichtet worden ist, hat dafür gesorgt, daß es jetzt fast überall aussieht wie bei Schlampinchen unterm Hochbett. Alles liegt durcheinander. Bei genauerem Studium ergibt sich der ernüchternde Befund, daß die Vordenker und Nachbeter der Linken 1968 ff. eine ziemliche Menge Stuß ersonnen und angezettelt haben, als der jüngste Tag wieder einmal lang gewesen, die entscheidenden Voraussetzungen für eine Gesamtrevolution wider Erwarten ausgeblieben und Johnny Walker noch nicht gekommen war.

Aber, und jetzt kommt das große Aber, aber weder die kaisertreuen Wandervögel noch die gefürchteten Halbstarken, weder die Kinder vom Bahnhof Zoo noch die Gameboys und -girls, ganz zu schweigen von Flakhelfern und HJ-Pimpfen, haben in Deutschland so viele grundvernünftige und schöne Dinge hervorgebracht wie die 68er. Wer leichtfertig Schlampinchens Erbe ausschlägt, nur weil auch blöde, kommunal gesponserte Straßenmalwettbewerbe und Massen leerer Sprechblasen und geschliffener Nervensägen dazugehören, sollte zur Strafe den Bleistift in das Mäppchen stecken, das Mäppchen in den Ranzen werfen, den Ranzen auf den Rücken schnallen, schnell nach Hause laufen, von Adenauer regiert werden, sibirische Frisuren und Pepita-Hütchen tragen, Peter-Alexander-Filme kucken müssen, außerehelichem Geschlechtsverkehr entsagen, sich von Blockwarten schurigeln und von Anstandswauwaus verbellen lassen, linealgerade sitzen, Liselotte Pulver anbeten, langweilig leben und dumm sterben.

Will das wer?

Gerhard Henschel, Jahrgang 1962, schrieb in KONKRET 1/93 über Kelly, Bastian und ihre Nachrufer

Konkret 05/93, S. 14

Sahra Wagenknecht

Das Gesicht der Revolte
Vor dem Wandel

Merkwürdig zurückhaltend sind sie ausgefallen, die Feierlichkeiten zur Silberhochzeit von Apo und Staat. Zu offensichtlich ist wohl die Blamage der selbsternannten Zivilisierer der deutschen Gesellschaft, nun, da diese wieder mal in den Krieg zieht. Ein Blick auf die Folgen der 68er Revolte von den Nachgeborenen Boris Gröndahl, Andreas Fanizadeh, Sabine Grimm, Gerhard Henschel (alle Ex-BRD) und Sahra Wagenknecht (Ex-DDR)

Wann immer der heutige linke Zeitgeist über das Jahr 1968 nachdenkt, denkt er – oft genug mit Sympathie und Wohlwollen – an zwei Ereignisse: an die Intellektuellen-Revolte im Westen und an die Gegenrevolution von Prag. Nun soll hier nicht behauptet werden, daß über beide Geschehnisse schlechthin nicht nachzudenken lohnt. Auch Niedergänge wollen auf den Begriff gebracht sein.

Wesentlich interessanter als die Beschäftigung mit vergangenen Untaten ist dennoch die Beschäftigung mit solchen Vorkommnissen unserer sozialistischen Vergangenheit, die Fingerzeige für künftiges Tun enthalten oder zumindest ahnen lassen. Da der erste Sozialismus allerdings zunächst unter Bedingungen verwirklicht werden mußte, die den unsrigen kaum mehr ähneln, und er später dann auf eine Weise verwirklicht wurde, die nur sehr bedingt als nachahmenswert gelten kann, ist seine Geschichte nicht gerade überreich an ins Künftige weisenden Augenblicken. Immerhin aber gibt es sie. Auf der politische Weltkarte des Jahres 1968 finden wir einen solchen nicht in Prag, auch nicht in Moskau und schon gar nicht im Westen, sondern in jenem seltsam anderen, besseren und freundlichen Deutschland, das über 40 Jahre Europas Frieden sichern half, das die Scheußlichkeiten seiner Vergangenheit tief begraben hatte, und das unsinnigerweise heute nun von eben dieser heim ins alte Reich gezerrt wird.

Oberflächlich besehen war das, was 1968 die DDR-Gesellschaft bewegte, kaum aufregend. Man zerbrach sich den Kopf über die weitere Ausgestaltung des NÖS (des Neuen Ökonomischen Systems), beschloß eine Reihe außerordentlich anspruchsvoller Automatisierungsvorhaben sowie eine neuerliche Erhöhung der Akkumulationsrate für die nächsten Jahre, konzipierte Großforschungszentren, führte eine fortschrittliche Hochschulreform durch – alles unter dem recht prosaischen, aber eindeutigen Ziel, den wissenschaftlich-technischen Welthöchststand auf wesentlichen Gebieten zu erreichen bzw. zu überbieten. Weiterhin blieb man seiner selbstbewußten und offensiven Deutschlandpolitik treu, ärgerte den westdeutschen Imperialismus mit immer neuen Vertragsentwürfen und vernünftigen Vorschlägen (auf die er natürlich nie eingehen konnte) und verstimmte Bonn zudem durch die Einführung einer Paß- und Visapflicht und ein Einreiseverbot für Neonazis. Eine geschickte Außenpolitik bereitete die erste Welle diplomatischer Anerkennungen der DDR vor, die dann 1969 einsetzte. Das auffälligste innenpolitische Ereignis in jenem Jahr war die Annahme einer neuen DDR-Verfassung.

In ihr – und daher ist sie ein so bemerkenswertes Dokument – fand jenes DDR-Staats- und Gesellschaftsgefüge, welches sich in den 60er Jahren – deutlich abweichend von dem anderer sozialistischer Länder – herausgebildet hatte, sein vielleicht wichtigstes Abbild und Zeugnis (beide, Verfassungswirklichkeit und Verfassung, stürzten wenig später mit Ulbricht, was die aufsteigende Linie der DDR-Geschichte beendete). Die Debatte über anstehende Veränderungen hatte bereits in den späten 50ern begonnen. Zunächst ging es nur um höhere wirtschaftliche Effektivität, um eine Anpassung des unter den Zwängen der Not und Zerrüttung der Nachkriegszeit entstandenen Wirtschaftsmechanismus an die Ansprüche moderner Produktivkräfte. Das Lösungsangebot – Durchsetzung des Leistungsprinzips, Minderung der zentralen Plankennziffern, Regulierung des Wirtschaftsgeschehens durch ein »System ökonomischer Hebel«, sprich: Wiedereinführung gewisser Marktmechanismen – zog allerdings eine erhebliche Verschiebung im gesellschaftlichen Klassenkräfteverhältnis nach sich. Denn die neue Eigenverantwortlichkeit der Betriebe und die Ersetzung der administrativen Lenkung durch vorwiegend ökonomische Mechanismen stärkte die gesellschaftliche Stellung der Wirtschaftsmanager ungemein und bedeutete zugleich einen gewissen Rückzug des Parteiapparates aus dem unmittelbaren Wirtschaftsgeschehen. In diesem hatte die neue Politik daher naturgemäß nicht nur Freunde.

Vermutlich hatte die DDR damals das gesellschaftliche Grundmuster gefunden, das dem Sozialismus für einen absehbaren historischen Zeitabschnitt die bestmöglichen Bedingungen seiner Entfaltung gesichert hätte. Die zunehmende innere Konsolidierung und Stabilität der DDR-Gesellschaft in den 60er Jahren wie auch ihre in diesem Zeitraum eindrucksvolle wirtschaftliche Entwicklung sprechen jedenfalls dafür. Ideologischer Überbau dieses entdeckten Grundmodells war die Lehre vom »Sozialismus als relativ eigenständiger Formation«, wobei sich die SED immer eindringlicher bemühte, die östlichen Bruderparteien, insbesondere die KPdSU, zur Nachahmung zu bewegen.

Schließlich war es angesichts der modernen Entwicklung von Wissenschaft und Technik unzweifelhaft, daß ein Land von der Größe und Akkumulationskraft der DDR, allein gelassen, selbst bei äußersten Anstrengungen im internationalen Vergleich zurückbleiben mußte. Der Streit um das Für und Wider einer vernünftigen Arbeitsteilung im sozialistischen Wirtschaftsraum, der seit 1962 den RGW lähmte, war freilich nur die Folgeerscheinung tiefer strategischer Differenzen.

Denn der Ulbrichtsche Wirtschaftskurs war anstrengend und mühevoll, sein Gesellschaftsentwurf verlangte Beweglichkeit und äußerstes politisches Geschick. Solange der Sozialismus an dem innenpolitischen Ziel des »Überholens« und dem strategischen Ziel des Weltsozialismus festhielt, mußte er willens sein, all diese Beschwernisse auf sich zu nehmen. Der Kreis derer jedoch, die sich solche Aufgaben überhaupt nicht mehr stellen mochten, wurde zusehends größer.

Dies vor allem, seit der Weltimperialismus zu einer neuen außenpolitischen Strategie übergegangen war. Sie firmierte unter der bekannten Losung »Wandel durch Annäherung« oder nannte sich harmlos »Entspannungspolitik«; im Vergleich zu den eher plumpen Methoden des Kalten Krieges und der offen aggressiven Roll-back-Ideologie sollte sie sich als bedeutend wendiger und gefährlicher erweisen. Vermutlich der in ihr enthaltene Grundsatz einer – vorläufigen – Anerkennung des Status quo veranlaßte die Sowjetführung, sich zunehmend mit ihr zu arrangieren.

1968 waren die Weichen zwar noch nicht endgültig gestellt, aber die sowjetische Reaktion auf die Bildung der Kiesinger-Brandt-Regierung hatte künftige Entwicklungen bereits ahnen lassen. So hatte das sowjetische Zentralorgan jenen CDU-Kanzler mit Nazivergangenheit als einen »Mann des Ausgleichs« gefeiert, dem ein Wille zur »Versöhnung in der internationalen Arena« zuzusprechen sei; und zeitgleich mit dieser Anbiederung war jede lobende Erwähnung der DDR aus der Sowjetpresse verschwunden. Schon 1967 vermochte so ein westdeutsches Institut zu schlußfolgern, »daß die Anerkennung der DDR für Moskau kein vorrangiges Interesse mehr bildet«. In jener Zeit sammelten sich – mit sowjetischer Unterstützung – folgerichtig auch zum ersten Mal die Unfreunde Ulbrichtscher Politik im Innern der DDR. Viele Indizien sprechen dafür, daß zeitweise beabsichtigt war, bereits auf dem VII. Parteitag einen solchen Richtungswechsel durchzusetzen, wie er später dann mit dem VIII. Wirklichkeit wurde. Immerhin sah Ulbricht sich gezwungen, die inhaltliche Parteitagsvorbereitung fast in Gänze über die Köpfe der zuständigen ZK-Abteilungen hinweg zu betreiben.

Was 1966/67 noch bloßes Vorspiel war, wurde nach Bildung der sozial-liberalen Koalition in Westdeutschland sowjetische Strategie. Diese Strategie führte über den Sturz der Ulbrichtschen Politik zum Westberlin-Abkommen und nach Helsinki; von da zum Neuen Denken und schließlich in den Untergang. Eine solche Entwicklung war nicht nur vorhersehbar, sie wurde sogar vorweg beschrieben. Besonders deutlich z.B. in dem 1965 erschienenen Buch »Alternative zur Spaltung« des späteren Reagan-Beraters Brzezinski. Angesichts der Erzeugnisse einiger »linker« Geschichtsaufarbeiter unserer Gegenwart muß Ulbrichts diesbezügliche Lektüre-Empfehlung besonders unterstrichen werden: »Manche, die sich Marxisten nennen, die aber die Gesetze des Klassenkampfes vergessen haben oder sie nicht begreifen können, sollten sich dieses Buch zu Gemüte führen.«

Sahra Wagenknecht, Jahrgang 1970, schrieb in KONKRET 1/93 über die Zukunft der PDS

Konkret 05/93, S. 15

Wolfgang Pohrt

Wir haben es immer gewollt

Als »eine der wenigen Ordnungsmächte dieser heillosen Erde« sind die Deutschen am 8. April zum dritten Mal in diesem Jahrhundert in einen Krieg gegen Serbien eingetreten

Als am Gründonnerstag das Bundesverfassungsgericht der Regierung die Erlaubnis gab, zum dritten Mal in diesem Jahrhundert in einen Krieg gegen Serbien einzutreten, nannten Voreilige das einen historischen Augenblick. Sie sollten das monumentale Wort nicht an Bagatellen verschwenden. Die historischen Augenblicke kommen noch. Statt aus dem Gerichtssaal wird das Fernsehen dann von Schlachtfeldern berichten, und die Zuschauer werden nicht enttäuscht sein.

Nicht daß die Landsleute sich frohen Herzens und mit Hurra-Gebrüll in das Abenteuer stürzen würden. Gierig und triebhaft zwar, aber auch gequält und mürrisch sehen sie dabei aus, fast wie Katzen, die nicht lassen können von der heißen Milch, an der sie sich immer wieder die Zunge verbrennen. Scheinheilig trauern sie inzwischen sogar den Verhältnissen nach, die ihnen früher die Hände banden. »1988 waren die Westdeutschen glücklich und zufrieden. Sie hatten keine ernsthaften Sorgen«, meinte rückblickend Anfang 1993 die »FAZ«. »Wir haben«, erinnerte sich wehmütig ein anderes Blatt, vor der Wiedervereinigung »in anormalen Zeiten gelebt. Es war eine sehr schöne Zeit. Jetzt aber holt uns die ›Normalität‹ eines europäischen demokratischen Staates ein. Es hat keinen Sinn, die Augen davor zu verschließen.«

Im Gegenteil, denn furchtlos den Tatsachen ins Gesicht zu schauen heißt, sich mit dem Gedanken anzufreunden, »gerade das Erbe Hitler-Deutschlands gebiete es, daß Deutschland künftig an vorderster Front mitkämpfe, wenn es darum geht, Aggressoren zu wehren«. Deutschland ist, »ob wir es wollen oder nicht, auf dem Wege, eine der wenigen Ordnungsmächte dieser heillosen Erde zu werden«.

Die Traumkarriere verhieß den Machthungrigen und den Ehrgeizigen im Land die Erfüllung einer alten Sehnsucht. Anfangs der 80er Jahre hatten sie das muskelschwache Vaterland auf andere Weise zum Weltmeister machen wollen, durch einen Titelgewinn in den Disziplinen Abrüstung und Gewaltverzicht. Dank der Wiedervereinigung winkte nun der Sieg in einem gewinnträchtigeren Spiel. Den Stahlhelmern in der CDU schlossen sich Veteranen aus der Protestbewegung mit der Parole an, daß statt der Internationale die Bundeswehr das Menschenrecht erkämpfen solle, zum dritten Mal in diesem Jahrhundert auf dem Balkan.

Freudig verwundert stellte die »Stuttgarter Zeitung« vom 11.3.1993 daher fest: »In der Debatte um Moral und Gewalt, um Krieg und Frieden haben sich neue, überraschende Fronten gebildet.« Da stünden zum Beispiel auf derselben Seite »Grüne, die alternative ›tageszeitung‹ und die konservative ›Frankfurter Allgemeine‹, die ebenfalls fast gleichlautend unisono die Tatenlosigkeit des Westens beklagen, die das Zusehen bei Grausamkeiten für Komplizenschaft halten und ein militärisches Eingreifen fordern, um dem Völkermord in Bosnien ein Ende zu bereiten.«

Auch der Papst war mit von der Partie. »Macht den unsagbaren Grausamkeiten ein Ende«, sprach er, »mit denen die Würde des Menschen verletzt und Gott, der gerechte und barmherzige Vater, beleidigt wird.« Das war am Ostersonntag. Anderntags düsten die himmlischen Heerscharen los, geflügelte Engelmacher vom Typ F-15, F-16 und Mirage 2000. Gerade hatte man unter Anleitung der Presse Bosnien durchgenommen und Srebrenica, Zepa, Gradacac bustabieren gelernt. Jetzt kam Nordost-Italien mit den Nato-Basen Aviano, Cervia, Istrana, Villafranca, Vicenca hinzu. Gründlicheren Geographieunterricht als den täglichen Frontbericht gibt es nicht.

»Ein historischer Augenblick«, meinte US-Admiral Mike Boorda – einerseits. Andererseits aber so aufregend wieder nicht. Schließlich habe man, bekannte der General, »für diesen Einsatz 41 Jahre lang geübt«. Auch der deutsche Ober-Kinkel verplapperte sich. Daß nun deutsche Soldaten serbische Flugzeuge als Ziele für den Abschuß orten dürften, und zwar mit ausdrücklicher Billigung des Bundesverfassungsgerichts, sei »das, was wir immer gewollt haben«.

War es das? Von Anfangserfolgen auf den Endsieg zu schließen, kann ein Trugschluß sein, nicht nur, weil das Sprichwort sagt, es lache am besten, wer zuletzt lacht. Auch die Erfahrung lehrt, daß immer dann, wenn die Deutschen nach Europa griffen, der lachende Dritte Amerika hieß. Fest steht einstweilen nur, wer bislang die Hauptverlierer waren: die Menschen in den ehemaligen Ostblockstaaten, jene zumal, die in Banden- und Bürgerkriegen umkamen, jene, die auf der Flucht oder im tiefsten Elend sind.

Doch während die Nato triumphierend meint, daß ihr die Welt gehöre, und während die Deutschen meinen, daß ihnen die Nato bald gehören wird, sind beide im Innern von Verfall gezeichnet, dessen Kompensation der Zweck ihrer militärischen Unternehmungen ist. Sie werden damit nur die gesellschaftliche, ökonomische und politische Krise verschärfen, die Europa ohnehin bedroht. Man habe sich daran gewöhnt, stand in der Zeitung, »daß im Osten und Südosten Europas nach dem Zusammenbruch des Kommunismus zahlreiche neue Staaten entstanden sind, auch die Trennung zwischen Tschechen und Slowaken haben wir achselzuckend hingenommen«. Allerdings wäre es, fuhr in mißbilligendem Ton der Kommentator fort, »eine groteske Folge der neuen Unübersichtlichkeit, wenn der überall zu beobachtende bedrohliche Rückzug auf sich selbst

dazu führen würde, daß im Westen gewachsene Länder wie die Schweiz zerfallen. In Italien droht übrigens das gleiche Schicksal.«

Nicht nur dort. Der Nato-Einsatz in Bosnien, ausgerechnet von Italien aus, könnte der Beginn einer Jugoslawisierung Europas sein, und vielleicht ist es eben dies, was die Deutschen schon zweimal versuchten, und was ihnen beim dritten Mal eventuell gelingen wird. Das wäre immerhin eine Erklärung für die unwiederstehliche Anziehungskraft, welche die Schluchten des Balkans für die Landsleute seit Karl May zu besitzen scheinen, und für einen Haß auf die Serben, der von Heldenverehrung fast nicht mehr zu unterscheiden ist.

Wolfgang Pohrt schrieb in KONKRET 4/93 über die Gemütslage einer Gesellschaft ohne Hoffnung

Konkret 05/93, S. 16

Peter Hetzler

Reißmüllers Appartement

Hat sich die RAF bei ihrem Anschlag auf den Gefängnis-Neubau bei Weiterstadt in der Adresse geirrt?

Es kam, wie es kommen mußte. Kaum hatte die RAF das Hochsicherheitsgefängnis in Weiterstadt eine Woche vor dem Erstbelegungstermin in eine abbruchreife Ruine verwandelt, da entdeckte die Presse ihr Herz für Gefangene: »Eine Vorzeigeanstalt für humanen Haftvollzug« (»FR«), »ein Gefängnis mit Appartements« (»FAZ«), »ein Synonym für den humanen Umgang mit Menschen« (»FR«, alle 29.3.93), »ein Reformprojekt im rot/grünen Hessen war Ziel des Anschlags, kein Gefängnisbunker in Bayern oder Baden-Württemberg« (»FR«, 30.3.93). Die hessische Justizministerin Hohmann-Dennhardt: »Es ist ein Irrsinn.« Der Leiter der JVA Frankfurt I, Hermann Kipper: »Wir sind erschüttert.« Auch der Vorsitzende der grünen Landtagsfraktion in Hessen, Rupert von Plottnitz, reihte sich in die Trauergemeinde ein, bescheinigte dem Kommando Katharina Hammerschmidt »außergewöhnlichen kriminellen Stumpfsinn« und wertete den Anschlag als schweren Rückschlag für einen an »aufgeklärten und humanitären Maßstäben orientierten Untersuchungshaft- und Strafvollzug«.

Hatte sich die RAF in der Adresse geirrt?

Es schien so. »Deutschlands modernstes und humanstes Gefängnis« sollte durch »ein neuartiges Vollzugskonzept den Untersuchungshäftlingen weitgehende persönliche Freiheiten lassen, ihnen aber auch Gelegenheit zur Arbeit, Bildung und sozialem Training bieten. Die Insassen sollten während ihrer Freizeit Schlüssel für ihre Zellen erhalten und sich in der Gemeinschaftsküche, die auf jedem Flur vorgesehen ist, selbst verpflegen können.« »Sogar ein Schwimmbad gibt es. Schon für die erste Belegung standen Ärzte, Psychologen und Sozialarbeiter bereit. Dort hätte es bereits in dieser Phase des Strafvollzugs Therapiemöglichkeiten gegeben« (»FR«, 29.3.93). Das Resümee der »Rundschau«: »Ein Gefängnis und eine Hoffnung sind zerstört.« Selbst die »FAZ«, normalerweise nicht gerade als Vorreiterin für einen liberalen Strafvollzug bekannt, weinte dem Weiterstädter Wunderwerk aus Technik und Therapie, in dem »den Gefangenen soviel Eigenverantwortung und Bewegungsfreiheit wie möglich« (29.3.93) belassen werden sollte, viele Zeilen nach. Es klang, als hätte Herausgeber Johann Georg Reißmüller bereits eines der modernen »Appartements« für seinen nächsten Erholungsurlaub gebucht.

Aber nicht nur Weiterstadt war Anlaß der herzerweichenden Humanismus-Renaissance – die Frankfurter Leitartikler entdeckten plötzlich, daß es in Frankfurt-Preungesheim ein Gefängnis mit einer »menschenfeindlich empfundenen Architektur« gibt, in dem die ständige Überbelegung, »die unbelüfteten Gänge« und »der fehlende Blick nach draußen bei vielen (Gefangenen) zu Asthma, Herzbeschwerden und anderen psychosomatischen Leiden« führt (»FR«, 30.3.93). Der Plan, durch Verlegung von Preungesheimer Gefangenen nach Weiterstadt Platz für eine Renovierung des Preungesheimer Altbaus zu schaffen, mußte nach dem Anschlag begraben werden. Das »Darmstädter Echo« folgerte: »Die Zeche bezahlen vor allem die Steuerzahler und die Untersuchungsgefangenen in Frankfurt-Preungesheim, die jetzt noch auf Jahre unter wahrhaft unmenschlichen Haftbedingungen leiden müssen« (31.3.93). Diese »wahrhaft unmenschlichen Haftbedingungen« in Preungesheim hatten die Redaktionen der regionalen Presse in den vergangenen 20 Jahren wenig gekümmert.

Doch damit nicht genug: Die »FR« fand heraus, daß nicht nur die Preungesheimer Knackis, sondern auch die Gefängnisanwohner – »durchweg Justiz- und Polizeibedienstete« – unter der RAF-Aktion leiden müssen: »Einer der Anwohner hat jetzt vor dem Frankfurter Verwaltungsgericht auf Schadensersatz geklagt, weil er sich durch den Lärm (der Gefangenen) in seiner Gesundheit beeinträchtigt sieht. Sein Anwalt legte dem Gericht Atteste von Ärzten vor, wonach der Justizbedienstete durch nächtliche Schreie der Häftlinge aus den Zellenfenstern und Klappern mit Eßgeschirren psychosomatische Störungen davongetragen hat, die zu Angstneurosen und Leistungsstörungen geführt hätten« (30.3.93). Zynismus als höchste Stufe des Humanismus.

Was ist dran an dem Gejammer über die weggebombte Chance eines »menschenwürdigen Strafvollzugs«? Es ist zwar richtig, daß in Weiterstadt ganze Heerscharen von »Ärzten, Psychologen und Sozialarbeitern« auf die Untersuchungsgefangenen gewartet haben, um sie in Kleingruppen, den sogenannten »Wohngruppen«, zu »therapieren«. Doch wozu?

Therapie setzt Krankheit voraus. Krank – nach herkömmlichem Verständnis – ist, wer gesellschaftliche Normen nicht akzeptiert. Wer illegal Abtreibungen vornimmt, Militärtransporter blockiert, Atommüll-Tourismus verhindert, Fascho-Veranstaltungen auflöst oder seine Sozialhilfe durch einen Banküberfall aufbessert, hat nicht mehr alle Tassen im Schrank – sagen die Therapeuten. Nach bisheriger Praxis wäre eine Strafe verhängt worden, nach deren Verbüßung der Gefangene – unabhängig davon, wie kooperativ er mit dem Anstaltspersonal zusammengearbeitet hat – entlassen worden wäre. In Weiterstadt hätte der Gefangene zunächst an seiner geistigen Gesundung arbeiten müssen.

Kritik? Na klar – aber nur im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen. Wer nicht einsehen wollte, daß gesellschaftliche Mißstände nur durch friedliche Demonstrationen, Lichterketten, Unterschriftensammlungen oder Bundestagswahlen zu ändern sind, hätte in Weiterstadt lange auf seinen Zellenschlüssel, den Schwimmbadbesuch oder die Zweidrittel-Entlassung warten können. Zur erwarteten aktiven Mitarbeit an der »Therapie« gehören außerdem Tips über Verhaltensabweichungen von Mitgefangenen in der Wohngruppe. Die ausgeklügelte Mischung aus Gruppendynamik und Isolationshaft, die das Leben in der Wohngruppe für jeden unerträglich machen sollte, der nicht aktiver Teil seines eigenen Gehirnwäscheprogramms ist, wurde bereits im Berliner Frauenknast Plötzensee erprobt. Die sozialen Gefangenen in der Plötze fanden den Wohngruppenvollzug so »human«, daß sie in mehreren Hungerstreiks dagegen gekämpft haben. Er wird weiter praktiziert. Ähnlich ist es im Knastneubau Zweibrücken, ähnliches ist für das Gefängnis geplant, das demnächst in der Nähe von Würzburg entstehen soll und ähnlich soll auch die JVA Frankfurt-Preungesheim architektonisch umgerüstet werden.

Entsprechend dem Prinzip, den eigenen Widerstandswillen nachträglich als Geisteskrankheit akzeptieren zu sollen, werden bis heute auch die politischen Gefangenen behandelt. Weil sie ein psychiatrisches Gutachten ablehnten (das nicht mal gesetzlich vorgeschrieben ist), wurden Christine Kuby, Karl-Heinz Dellwo, Hanna Krabbe und Lutz Taufer nach mehr als 15 Jahren Haft nicht entlassen. Auch Bernd Rössner, durch langjährige Isolationshaft todkrank, wird nicht entlassen, sondern – im oben beschriebenen Sinne – »therapiert«, obwohl Ri-chard von Weizsäcker als ranghöchster Humanist der Nation seine Begnadigung zugesagt hatte.

Beim Weiterstädter Knast kommt – wie bereits in KONKRET 11/88 detailliert beschrieben – hinzu, daß dieses Wunderwerk kapitalistischer Sozialkultur auf dem HCH-verseuchten Acker mit seinem integrierten Hochsicherheitstrakt (Einzelisolation), dem Krankenhaus (Aids-Quarantänestation), dem Mehrzweckgebäude (Gerichtsverhandlungen) und der strategischen Anbindung an zwei Autobahnen und den Frankfurter Flughafen zur modernsten Selektionsmaschine Europas geworden wäre. Die technische und personelle Ausstattung dieser 500 Gefangene fassenden Apparatur hätte es ermöglicht, im Sinne der Sozialhygiene flexibel auf alle hierzulande in Zukunft ausbrechenden gesellschaftlichen Konflikte zu reagieren. Nicht nur im Asylbereich.

Die RAF hatte sich keineswegs in der Adresse geirrt, als sie sich am 27. März »auf ausgesprochen intelligente Weise« (»taz«, 29.3.93) zu Wort meldete. Das Geheuchel über die Überbelegung hessischer Gefängnisse ist blöd bis zum Anschlag. Würde man alleine die Gefangenen, die wegen Drogen- und Beschaffungsdelikten sitzen (rund 50 Prozent aller Inhaftierten bundesweit) schrittweise entlassen, weil kranke Menschen nicht ins Gefängnis gehören, wäre schon viel gewonnen. Den Weiterstädter Knast bräuchte man dann jedenfalls nicht.

Zusätzliche Informationen über Weiterstadt und das Thema »Behandlungs- und Wohngruppenvollzug« in der aus aktuellem Anlaß neu aufgelegten Weiterstadt-Broschüre der Bunten Hilfe Darmstadt, Wilhelm-Leuschner-Str. 39, W-6100 Darmstadt, Tel.: 06151-20480. Zu beziehen gegen Vorkasse von 9 Mark (incl. Porto) auf Konto 111034150 bei der Sparkasse Darmstadt, Stichwort »Weiterstadt«.

Peter Hetzler schrieb in KONKRET 10/90 über den Hungerstreik der politischen Gefangenen

Konkret 05/93, S. 18

Archiv für Sozialpolitik

»Jeder ist uns der Nächste« XVI

Sechzehnter Teil einer unvollständigen Chronik der Gewalttaten gegen Ausländer im wiedervereinigten Deutschland

Mitteilung des LKA Baden-Württemberg vom 28.1.93

1992 wurden in Baden-Württemberg 736 fremdenfeindliche Straftaten registriert, darunter ein vollendetes und fünf versuchte Tötungsdelikte, 43 Angriffe gegen Personen, 83 Brand- und Sprengstoffanschläge, 199 Fälle von Sachbeschädigung und 405 sonstige Straftaten (u.a. Bedrohung, Nötigung und Beleidigung). Die Täterschaft ist zu mehr als 90 Prozent männlich und unter 30 Jahre alt. Zu etwa gleichen Teilen werden die Taten einzeln oder in Gruppen begangen.

Pressemitteilung des Bayerischen Staatsministeriums des Innern vom 6.1.93

1992 wurden in Bayern 429 fremdenfeindliche Straftaten registriert, darunter 15 Angriffe gegen Personen, 29 Brand- und Sprengstoffanschläge, 65 Fälle von Sachbeschädigung.

Mitteilung des LKA Niedersachsen vom 13.1.93

1992 wurden in Niedersachsen 1.261 fremdenfeindliche Straftaten registriert. Niedersachsen differenziert in Straftaten gegen Asylbewerberunterkünfte und Straftaten gegen Ausländer und deren Besitz. Zur ersten Kategorie zählten 81 Brandanschläge, 207 Fälle von Bedrohung, sechs Propagandadelikte und 131 »sonstige Straftaten«; zur zweiten 12 Brandanschläge, 48 Fälle von Bedrohung, 169 Propagandadelikte, 14 Fälle von Volksverhetzung, 45 von Körperverletzung und 65 »sonstige Straftaten«.

Mitteilung des LKA Sachsen vom 15.2.93

1992 wurden in Sachsen 291 fremdenfeindliche Straftaten registriert, darunter 54 Brandanschläge, dreimal die Drohung mit Waffengewalt, 29 Fälle von Körperverletzung, vierundvierzigmal die Verwendung verbotener Kennzeichen, 16 Fälle von Landfriedensbruch, 58 Sachbeschädigungen und 87 andere Straftaten. Brandanschläge und Landfriedensbruchsdelikte häuften sich besonders im August und September.

Mitteilung des LKA Schleswig-Holstein vom 25.1.93

In Schleswig-Holstein wurden 1992 265 fremdenfeindliche Straftaten registriert. Dabei entfielen auf Anschläge gegen Asylbewerberunterkünfte, Wohn- und Gewerbeobjekte von Ausländern 128 Straftaten, davon 35 Brand- und Sprengstoffanschläge, 30 Straftaten gegen Leben und körperliche Unversehrtheit, 61 sonstige Straftaten, wie Drohung, Beleidigung usw., 46 andere Straftaten, wie z.B. Farbschmierereien.

Aus dem Jahresbericht 1992 des Landeskriminalamtes Saarbrücken:

Insgesamt wurden 1992 im Saarland 93 fremdenfeindliche Straftaten registriert, davon 90 in der zweiten Jahreshälfte. Bei den Straftaten handelte es sich um einen versuchten Sprengstoffanschlag, sechs Brandanschläge, elf Körperverletzungsdelikte, 30 Fälle von Sachbeschädigung, 29 Bombendrohungen und fünf Beleidigungsfälle. In 18 Fällen konnten die Täter ermittelt werden. Von den 33 Tatverdächtigen waren elf Personen Jugendliche und 14 Heranwachsende im Alter zwischen 18 und 21 Jahren.

Geografische Schwerpunkte der fremdenfeindlichen Straftaten waren der Stadtverband Saarbrücken und der Landkreis Saarlouis.

Mittwoch, 3.3.1993 –

In ihrer Antwort auf eine kleine Anfrage der PDS/Linke Liste teilt die Bundesregierung mit, daß im Januar 507 ausländerfeindliche Straftaten gemeldet wurden. Darunter waren 32 Brandanschläge, 55 Angriffe gegen Personen und 420 sonstige Straftaten. In diesem Zeitraum seien 72 Tatverdächtige vorläufig festgenommen und gegen acht Tatverdächtige sei Haftbefehl erlassen worden.

Donnerstag, 11.3. –

Der 1. Strafsenat des Cottbusser Bezirksgerichts verurteilt zwei 24 und 27 Jahre alte Männer wegen gefährlicher Körperverletzung, schweren Landfriedensbruchs und räuberischer Erpressung zu drei Jahren bzw. drei Jahren und neun Monaten Freiheitsstrafe. Die Angeklagten hatten im Oktober 1990 mehrere Polen zusammengeschlagen und im September 1992 ein Asylbewerberheim in Lubbenau angegriffen.

Freitag, 12.3. –

In Grimmen bei Greifswald versuchen Jugendliche, eine Lichterkette zu stören. Sie rufen ausländerfeindliche Parolen und bedrohen Demonstranten mit Schreckschußpistolen. Die Polizei nimmt fünf Personen im Alter zwischen 18 und 25 Jahren

vorläufig fest, gegen zwei wird Haftbefehl erlassen. –

Das Innenministerium Baden-Württemberg schließt die Bibliothek im »Haus der Heimat Baden-Württemberg«, nachdem bekannt wurde, daß die Bibliothek Werke rechtsextremer Verlage führt und dort ein Hetzflugblatt gegen Asylbewerber ausliegt. –

Das Landgericht Münster verurteilt zwei 22 und 25 Jahre alte Männer, die im November eine Asylbewerberunterkunft in Vreden in Brand gesetzt hatten, wegen vollendeter schwerer Brandstiftung zu Freiheitsstrafen von über zwei Jahren.

Sonntag, 14.3. –

In Güstrow/Mecklenburg-Vorpommern schlagen sechs junge Deutsche einen türkischen Asylbewerber zusammen. Er erleidet einen Handgelenkbruch, Prellungen und Schürfwunden.

Montag, 15.3. –

Nach Angaben des Sprechers der Landespolizeischule in Brandenburg, Michael Rossow, wurden gegen drei Polizeidienstanwärter Ermittlungen wegen mutmaßlicher Beteiligung an rechtsextremistischen Ausschreitungen eingeleitet. –

Das Landgericht Lübeck verurteilt einen 22jährigen Mann wegen schwerer Brandstiftung zu einer Freiheitsstrafe von viereinhalb Jahren und einen 21jährigen zu zwei Jahren Jugendstrafe auf Bewährung. Die Angeklagten hatten im September 1992 Brandanschläge auf ein Mehrfamilienhaus und zwei italienische Restaurants in Grönitz verübt.

Dienstag, 16.3. –

Nach Angaben von Bundesinnenminister Seiters ist die Zahl rechtsextremistischer Gewalttaten zurückgegangen. Im September 1992 seien 518, im Januar noch 70 Gewalttaten registriert worden. Insgesamt habe der Verfassungsschutz bis zum 7. März 1993 141 rechtsextremistische Gewalttaten registriert. –

Die Staatsanwaltschaft Itzehoe erhebt Anklage gegen vier Musiker der Skinhead-Band »Kraftschlag« wegen Volksverhetzung und Aufstachelung zum Rassenhaß. –

Das Jugendschöffengericht Lübben verurteilt die 21jährige Jeanette P. wegen gemeinschaftlicher schwerer Brandstiftung zu einer Jugendstrafe von 22 Monaten, die für drei Jahre zur Bewährung ausgesetzt wird. Sie war im Juli 1992 an einem Brandanschlag auf das Asylbewerberheim in Lübben beteiligt.

Mittwoch, 17.3. –

Brandanschlag auf ein türkisches Lokal in Höhr-Grenzhausen/Rheinland-Pfalz. Eine in dem zweistöckigen Wohnhaus lebende Türkin muß mit starken Rauchvergiftungen ins Krankenhaus eingeliefert werden. –

Das sowjetische Ehrenmal auf dem Cottbusser Nordfriedhof wird erneut geschändet. –

Das Landgericht Berlin verurteilt einen 31jährigen Arbeiter wegen des Bombenanschlags auf ein jüdisches Mahnmal im August 1992 und wegen eines weiteren Anschlags auf ein Asylbewerberheim zu fünf Jahren und neun Monaten Haft. Der 35jährige Mitangeklagte, der »Schmiere gestanden« hatte, wird zu zwei Jahren und neun Monaten Haft verurteilt.

Freitag, 19.3. –

Brandanschlag auf eine Asylbewerberunterkunft in Mölln/Schleswig-Holstein. Die Täter werfen zwei Molotowcocktails auf die aus zehn Wohncontainern bestehende Unterkunft. –

Bombenanschlag auf eine Asylbewerberunterkunft in Sarstedt/Landkreis Hildesheim. Es gibt keine Verletzten.

Samstag, 20.3. –

Nach Angaben der Staatsanwaltschaft Lübeck sind zwei 15 bzw. 19 Jahre alte Jugendliche wegen des Brandanschlags in Mölln am 19. März festgenommen worden. Sie haben die Tat gestanden.

Montag, 22.3. –

Brandanschlag auf eine Geschäftsstelle der »Mittelbayerischen Zeitung« in Wörth an der Donau. An Scheibe und Eingangstür werden Hakenkreuze gemalt. Der entstandene Sachschaden beträgt 10.000 Mark. Die Polizei nimmt drei Tage später einen 18jährigen fest, der die Tat gesteht. Als Begründung gibt er an, aus »Widerstand gegen die derzeit von den Zeitungsverlegern betriebene Aktion für Ausländer« gehandelt zu haben. –

Das Jugendschöffengericht Magdeburg verurteilt im vierten Prozeß wegen des Skinhead-Überfalls auf die Magdeburger Gaststätte »Elbterrassen« zwei junge Männer wegen Landfriedensbruchs und Körperverletzung zu Freiheitsstrafen von 16 bzw. zehn Monaten. Ein dritter Jugendlicher wird zu zehn Monaten Haft auf Bewährung verurteilt.

Dienstag, 23.3. –

In Teltow bei Potsdam schlagen mehrere Skins einen vietnamesischen Händler zusammen. –

Das Landgericht Magdeburg verurteilt den 22jährigen Dirk H. aus Quedlinburg/Sachsen-Anhalt wegen Beteiligung an den ausländerfeindlichen Krawallen im September 1992 zu einer Freiheitsstrafe von zwei Jahren auf Bewährung.

Mittwoch, 24.3. –

Im Ostberliner Bezirk Prenzlauer Berg schlagen Jugendliche einen 38jährigen Engländer mit einer Eisenstange zusammen und beschimpfen ihn als »Scheißausländer«. Der Mann wird mit schweren Kopfverletzungen ins Krankenhaus eingeliefert. –

Einwohner der Gemeinde Eichhof/Mecklenburg-Vorpommern blockieren die Straße in ihren Ort und verhindern die Durchfahrt von drei Bussen mit 156 Asylbewerbern, die in einem Gebäude der ehemaligen Nationalen Volksarmee untergebracht werden sollen. Die Busse müssennach Hinrichshagen in die überfüllte zentrale Aufnahmestelle zurückkehren. Ein Asylbewerberheim würde den Plan für ein Naherholungszentrum zunichte machen, heißt es in Eichhof.

Donnerstag, 25.3. –

Das Münchner Amtsgericht verurteilt einen 24jährigen Neonazi wegen öffentlichen Zeigens des sogenannten »Kühnen-Grußes« zu einer Geldstrafe von 800 Mark.

Freitag, 26.3. –

Nach Angaben des Bundesinnenministers Rudolf Seiters registrierte der Verfassungsschutz bis Mitte März 1993 insgesamt 173 rechtsextremistische Gewalttaten. Im gleichen Zeitraum 1992 seien es 283 Straftaten gewesen. Es gebe allerdings auch in diesem Jahr bereits zwei Tötungsdelikte mit rechtsextremistischem Hintergrund. –

In Berlin wird ein 28jähriger Angolaner von drei unbekannten Männern, vermutlich von Skinheads, niedergestochen. Das Opfer muß in ärztliche Behandlung.

Samstag, 27.3. –

In Großräschen/Kreis Senftenberg schänden vier unbekannte Jugendliche einen Ehrenhain zum Andenken an die im Zweiten Weltkrieg gefallenen sowjetischen Soldaten. Sie beschmieren einen Gedenkstein mit einem Hakenkreuz und werfen zahlreiche Blumenschalen um.

Sonntag, 28.3. –

In Ballenstedt im Harz stürmen rund 30 Skinheads eine Diskothek und schlagen mit Baseballschlägern und Eisenstangen auf das Mobiliar ein. Einer der Beteiligten ist Dirk H., der am vergangenen Dienstag wegen Beteiligung an den Quedlinburger Krawallen zu einer Bewährungsstrafe verurteilt worden war. Im Prozeß hatte er ausgesagt, daß er sich im September 1992 von der Skinheadszene losgesagt habe.

Montag, 29.3. –

Die Staatsanwaltschaft Kiel erhebt Anklage gegen zwei Polizisten wegen gefährlicher Körperverletzung im Amt. Einem Beamten wird vorgeworfen, einen Esten während eines Einsatzes in einem Asylbewerberheim ohne Anlaß geschlagen und getreten zu haben. Der andere Beamte habe tatenlos zugesehen. –

Die rechtsextremistische Gruppe um den Mölln-Attentäter Michael Peters ist nach Ansicht des Oberlandesgerichts Schleswig-Holstein keine terroristische Vereinigung. Die Bundesanwaltschaft gibt deshalb das Verfahren gegen die zehn Beschuldigten, denen u.a. Überfälle auf Asylbewerberheime vorgeworfen werden, an die Staatsanwaltschaft in Lübeck ab. Von der Entscheidung unberührt bleibt die Anklage gegen die beiden Mölln-Attentäter Peters und Christiansen.

Dienstag, 30.3. –

Im Ostberliner Bezirk Prenzlauer Berg werden mehrere Polizisten aus einem Wohnhaus beschossen, von dessen Fassade sie eine Hakenkreuzfahne entfernen wollen. Der Schütze wird festgenommen. –

Gegen zwei Mitarbeiter der Kfz-Zulassungsstelle im Kraftverkehrsamt Berlin werden disziplinarische Ermittlungen eingeleitet. Sie sollen als Geburtsort einer 38jährigen in Berlin lebenden Türkin »Dönertown« anstelle von »Istanbul« in die Datei des Amtes eingetragen haben. –

Das Nürnberger Landgericht verurteilt vier Mitglieder der Skinhead-Band »Radikahl« wegen Verbreitung von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen zu Geldstrafen zwischen 7.200 und 10.800 Mark.

Donnerstag, 1.4. –

Laut Angaben der Bundesregierung registrierte das Bundeskriminalamt im Februar 1993 insgesamt 429 ausländerfeindliche Straftaten, davon 18 Brandanschläge und 56 Angriffe gegen Personen. 75 Tatverdächtige wurden vorläufig festgenommen, bei vier weiteren wurde Haftbefehl erlassen. 74 Personen wurden bei ausländerfeindlichen Taten verletzt. –

Die Staatsanwaltschaft Frankfurt/Oder erhebt Anklage gegen die drei Polizisten, die im November 1990 in Eberswalde nicht eingriffen, als eine Gruppe Skinheads den Angolaner Antonio Amadeu so schwer mißhandelte, daß er an seinen Verletzungen starb.

Samstag, 3.4. –

Brandanschlag auf ein Asylbewerberheim im Kreis Grimmen/Mecklenburg-Vorpommern.

Dienstag, 6.4. –

In Göttingen werden zwei Obdachlose bei dem Versuch verletzt, zwei Ausländer vor einem Angriff durch zwei Skinheads in Schutz zu nehmen. –

Unter Berufung auf die »Schweriner Volkszeitung« meldet die »Ärztezeitung«, daß von einem Greifswalder Mediziner in Mecklenburg-Vorpommern der Nachweis der deutschen Staatsangehörigkeit verlangt werde. Hierzu reiche der bundesdeutsche Reisepaß nicht aus, sondern man benötige einen speziellen »Staatsangehörigkeitsausweis«, der lückenlos nachweise, daß »seine Vorfahren seit 1914 im Reichsgebiet als Deutsche lebten oder mindestens wie Deutsche behandelt wurden«. So schreibe es ein Erlaß des ehemaligen Innenministers Kupfer vor.

Außerdem:

Montag, 15.3. –

Ein 17jähriges Mädchen aus der rechten Szene in Erfurt schlägt eine Gleichaltrige zusammen und beraubt sie. Die Überfallene muß in ärztliche Behandlung. Die 17jährige wird vorübergehend festgenommen.

Dienstag, 16.3. –

Ein 17jähriger Lehrling wird in einem Brandenburger Wohnheim von drei anderen Lehrlingen mißhandelt und zu »Heil-Hitler«-Rufen gezwungen. Der Mißhandelte muß ins Krankenhaus eingeliefert werden.

Montag, 22.3. –

In Potsdam wird ein 16jähriges Mädchen, das den Hitlergruß verweigert, von zwei Jugendlichen geschlagen und mit Messerstichen in Oberschenkel und Gesicht verletzt.

Dienstag, 6.4. –

In Anklam/Mecklenburg-Vorpommern mißhandeln vier jugendliche Skinheads seit Tagen Schüler einer Lernbehindertenschule. Wie die Polizei bestätigt, sind die Skins namentlich bekannt. Fortgesetzte Körperverletzung sei bei Jugendlichen und Heranwachsenden jedoch kein Haftgrund.

Das Archiv für Sozialpolitik/Frankfurt erstellt diese Chronik für KONKRET seit Dezember ‘91

Antisemitische Angriffe

Montag, 15.3. –

In Cottbus/Brandenburg wird das Mahnmal für die Opfer des Nationalsozialismus geschändet. Die unbekannten Täter beschmieren das Denkmal mit der vier Meter langen Aufschrift »Judas verrecke« und malen den drei Sandsteinfiguren jeweils einen Davidstern auf die Brust.

Sonntag, 28.3. –

In Oranienburg beschädigen Unbekannte mit Farbbeuteln eine Gedenktafel »Zur Erinnerung an das erste Konzentrationslager Deutschlands«.

Freitag, 2.4. –

Die Staatsanwaltschaft in Potsdam teilt mit, daß wegen des Brandanschlags auf die »Jüdische Baracke« in der Gedenkstätte des ehemaligen Konzentrationslagers Sachsenhausen zwei mutmaßliche Täter im Alter von 19 und 22 Jahren gefaßt wurden. Gegen einen wurde Haftbefehl erlassen, der andere wird noch dem Haftrichter vorgeführt. Die beiden Tatverdächtigen sollen den Anschlag gemeinsam mit etwa 15 weiteren Personen der Skinheadszene verübt haben.

Dienstag, 6.4. –

In Konstanz wird wegen der Schändung eines jüdischen Friedhofs und einer KZ-Gedenkstätte im Oktober 1992 gegen fünf junge Männer Anklage erhoben.

Konkret 05/93, S. 20

Joachim Bruhn

Die ehrenwerte Gesellschaft »Illegal ist unsozial«

Lauschangriff, verdeckte Ermittler, härtere Strafen usw. – die systematisch geschürte Hysterie wg. »Organisierter Kriminalität« dient hierzulande dem Ausbau des starken Staates. Sie ignoriert dabei sowohl das Wesen der bürgerlichen Gesellschaft als auch die Daten der Kriminalstatistik. Bereits Marx beschrieb den Nutzen des Verbrechens für die bürgerliche Gesellschaft – Joachim Bruhn stellt seine »Abschweifung (über produktive Arbeit)« vor. Henner Hess zeigt dann am Beispiel des Drogenhandels, daß, statt von »Organisierter Kriminalität«, richtiger von »desorganisierter« die Rede sein sollte

Abschweifung (über produktive Arbeit)

Ein Philosoph produziert Ideen, ein Poet Gedichte, ein Pastor Predigten, ein Professor Kompendien usw. Ein Verbrecher produziert Verbrechen. Betrachtet man näher den Zusammenhang dieses letztren Produktionszweiges mit dem Ganzen der Gesellschaft, so wird man von vielen Vorurteilen zurückkommen. Der Verbrecher produziert nicht nur Verbrechen, sondern auch das Kriminalrecht und damit auch den Professor, der Vorlesungen über das Kriminalrecht hält, und zudem das unvermeidliche Kompendium, worin dieser selbe Professor seine Vorträge als »Ware« auf den allgemeinen Markt wirft. Damit tritt Vermehrung des Nationalreichtums ein. Ganz abgesehn von dem Privatgenuß, den, wie uns ein kompetenter Zeuge, Prof. Roscher,]sagt, das Manuskript des Kompendiums seinem Urheber selbst gewährt.

Der Verbrecher produziert ferner die ganze Polizei und Kriminaljustiz, Schergen, Richter, Henker, Geschworene usw.; und alle diese verschiednen Gewerbszweige, die ebenso viele Kategorien der gesellschaftlichen Teilung der Arbeit bilden, entwickeln verschiedne Fähigkeiten des menschlichen Geistes, schaffen neue Bedürfnisse und neue Weisen ihrer Befriedigung. Die Tortur allein hat zu den sinnreichsten mechanischen Erfindungen Anlaß gegeben und in der Produktion ihrer Werkzeuge eine Masse ehrsamer Handwerksleute beschäftigt.

Der Verbrecher produziert einen Eindruck, teils moralisch, teils tragisch, je nachdem, und leistet so der Bewegung der moralischen und ästhetischen Gefühle des Publikums einen »Dienst«. Er produziert nicht nur Kompendien über das Kriminalrecht, nicht nur Strafgesetzbücher und damit Strafgesetzgeber, sondern auch Kunst, schöne Literatur, Romane und sogar Tragödien, wie nicht nur Müllners »Schuld« und Schillers »Räuber«, sondern selbst »Ödipus« und »Richard der Dritte« beweisen. Der Verbrecher unterbricht die Monotonie und Alltagssicherheit des bürgerlichen Lebens. Er bewahrt es damit vor Stagnation und ruft jene unruhige Spannung und Beweglichkeit hervor, ohne die selbst der Stachel der Konkurrenz abstumpfen würde. Er gibt so den produktiven Kräften einen Sporn. Während das Verbrechen einen Teil der überzähligen Bevölkerung dem Arbeitsmarkt entzieht und damit die Konkurrenz unter den Arbeitern vermindert, zu einem gewissen Punkt den Fall des Arbeitslohns unter das Minimum verhindert, absorbiert der Kampf gegen das Verbrechen einen andern Teil derselben Bevölkerung. Der Verbrecher tritt so als eine jener natürlichen »Ausgleichungen« ein, die ein richtiges Niveau herstellen und eine ganze Perspektive »nützlicher« Beschäftigungszweige auftun.

Bis ins Detail können die Einwirkungen des Verbrechens auf die Entwicklung der Produktivkraft nachgewiesen werden. Wären Schlösser je zu ihrer jetzigen Vollkommenheit gediehn, wenn es keine Diebe gäbe? Wäre die Fabrikation von Banknoten zu ihrer gegenwärtigen Vollendung gediehn, gäbe es keine Falschmünzer? Hätte das Mikroskop seinen Weg in die gewöhnliche kommerzielle Sphäre gefunden (siehe Babbage) ohne Betrug im Handel? Verdankt die praktische Chemie nicht ebensoviel der Warenfälschung und dem Bestreben, sie aufzudecken, als dem ehrlichen Produktionseifer? Das Verbrechen, durch die stets neuen Mittel des Angriffs auf das Eigentum, ruft stets neue Verteidigungsmittel ins Leben und wirkt damit ganz so produktiv wie strikes auf Erfindung von Maschinen. Und verläßt man die Sphäre des Privatverbrechens: Ohne nationale Verbrechen, wäre je der Weltmarkt entstanden? Ja, auch nur Nationen? Und ist der Baum der Sünde nicht zugleich der Baum der Erkenntnis seit Adams Zeiten her? Mandeville in seiner »Fable of the Bees« (1705) hatte schon die Produktivität aller möglichen Berufsweisen usw. bewiesen und überhaupt die Tendenz dieses ganzen Arguments: »Das, was wir in dieser Welt das Böse nennen, das moralische so gut wie das natürliche, ist das große Prinzip, das uns zu sozialen Geschöpfen macht, die feste Basis, das Leben und die Stütze aller Gewerbe und Beschäftigungen ohne Ausnahme; hier haben wir den wahren Ursprung aller Künste und Wissenschaften zu suchen; und in dem Moment, da das Böse aufhörte, müßte die Gesellschaft verderben, wenn nicht gar gänzlich untergehen.«

Nur war Mandeville natürlich unendlich kühner und ehrlicher als die philisterhaften Apologeten der bürgerlichen Gesellschaft.

aus: Karl Marx, Theorien über den Mehrwert, Erster Teil (=MEW Bd. 26/1), S. 363f.

*

Selbsterkenntnis, heißt es gemeinhin, sei der erste Schritt zur Besserung: eine schöne Maxime, deren Pferdefuß allerdings in der stillschweigenden Unterstellung liegt, das »Selbst« berechtige eigentlich zu den schönsten Hoffnungen und werde sich letzten Endes nicht als geradezu unverbesserlich herausstellen. Was aber, wenn der Weg zur Wahrheit über die eigene Leiche führt? Auf die bürgerliche Gesellschaft trifft die Devise daher nicht zu. Denn ihr »Selbst«, das Kapital als Kern ihrer Identität, verweigert sich jedem Aufklärungsversuch, dessen therapeutische Konsequenz auf anderes hinausliefe als auf seine Abschaffung. Wie die marxistische Kritik der politischen Ökonomie zeigt, ist die Erkenntnis des kapitalen Wesens unmittelbar mit seiner Liquidation als eines Unwesens identisch; nichts anderes also hätte Selbsterkenntnis zu bedeuten als die Vorbereitung des Selbstmords.

Kein Wunder daher, daß die Bürger sich genötigt fühlen, den fundamentalen Unterschied zwischen Erkenntnis und Selbsterhaltung zu lernen. Wo die Krisen noch nicht genügten, da half der Klassenkampf nach – und irgendwann zu einem nicht genauer bestimmbaren Zeitpunkt um 1848 fingen sie das Lügen an und erfanden sodann die sog. »subjektive Wertlehre«. Das ordinäre »notwendig falsche Bewußtsein« reichte nicht mehr aus, denn die Ideologie hatte doch – und zuletzt in den Arbeiten des englischen Nationalökonomen David Ricardo – in aller wissenschaftlicher Unschuld »die Arbeit« als zumindest eine Quelle des Reichtums identifiziert und somit allerhand Gelegenheit zur Verteidigung proletarischer Ansprüche geboten, und sei es auch in Form der Forderung nach einem »gerechten Lohn«. Die subjektive Wertlehre räumte nun mit jeder Fundierung des Wertes in der Verausgabung von Arbeitszeit auf und gründete ihn einzig auf die je individuelle »Wertschätzung« von »nützlichen Dienstleistungen«. Der Kardinalpunkt der klassischen Ökonomie, die Konstitution des Geldes als objektiver sozialer Form, war damit erledigt, und so gibt es heute kaum noch einen Ökonomen von Profession, der nicht noch stolz darauf wäre, nicht nur keinen blassen Dunst davon zu haben, was das Geld zum Geld macht und worin der Grund liegt, daß nicht jeder sein eigenes drucken darf, sondern der nicht eben diese intellektuelle Kapitulation zum Triumph der Forschung erklären würde.1

Als Marx 1862/63 an den »Theorien über den Mehrwert« arbeitete, wollte er der Ideologiekritik des »Kapitals« eine Geschichte der Ideologie illustrierend zur Seite stellen. Die »Theorien« geben den Forschungsprozeß wieder, der in die »Kritik durch Darstellung« mündete. Aber die Radikalisierung der Ideologie zur Lüge war schon fast vollzogen – und Lügen ließen sich nicht mehr mit dem Anspruch auf Erkenntnis des wirklichen Tatbestandes analysieren. An die Stelle der Forschung trat daher die Denunziation des Interesses.

In diesem Zusammenhang mag, in einem Augenblick des vollendeten Überdrusses, die Glosse über den Nutzen der Kriminalität für das bürgerliche Leben entstanden sein. Die »Abschweifung (über produktive Arbeit)« parodiert den traurigen Sachverhalt, daß die Bürger unter dem Niveau der Kritik liegen und daß es daher der Kritiker ist, dem die Drecksarbeit zufällt, das Bewußtsein der Totalität, das nach Hegel und Ricardo abhanden kam, selbst zu erzeugen. Denn was den Richtern, Staatsanwälten und Polizisten die Verfolgung des organisierten Verbrechens heute so sauer werden läßt – die *omertà* als höchster Ausdruck der Ganovenehre – , das ist nichts anderes als das erste Gebot der bürgerlichen Gesellschaft: eisernes Schweigen über die organisierte Ausbeutung des Unterschieds zwischen dem Preis der Ware Arbeitskraft und den wertschaffenden Potenzen des lebendigen Arbeitsvermögens. Wenn also, so Marx' Argument, diese kriminelle Verschwörung gegen die Wahrheit dazu führt, allem, was »nützlich« ist, auch »Wert« zuzusprechen und sich damit um die Anerkennung des Doppelcharakters der Arbeit herumzuschummeln – was eigentlich hindert diese ehrenwerte Gesellschaft daran, die Mörder und Betrüger zu bezahlen?

In der Logik der Nationalökonomie, wenn sie wenigstens hier einmal konsequent wäre, läge es, den gerechten Preis von Mord und Totschlag zur Sache von Tarifverhandlungen zu erklären und die Gewerkschaft der Taschendiebe zur Aufnahme in den DGB vorzuschlagen. Dieser Gedanke erscheint kabarettistisch, und er ist doch die Form, in der der bürgerlichen Gesellschaft die unterschlagene Totalität unterkommt – als Zynismus, den sie zur Satire verharmlosen muß, um ihn auszuhalten. Ob Jonathan Swift oder Bernard de Mandeville – wer mehr als die erbauliche Sonntagsweisheit zu sagen wußte, wonach, wo viel Licht ist, auch viel Schatten sein muß, wurde der Schwarzmalerei bezichtigt und einer schlechten Meinung vom Menschen. Und obwohl Mandeville mitten im Aufbruch zur bürgerlichen Gesellschaft nur deren Gerede beim Wort nahm, die radikale Konkurrenz bis aufs Messer brächte wie von selbst das allgemeine Wohl hervor, wurde er als »schwarzer Denker« verschrien, denn er tat das Unverzeihliche: Er schloß von der Handlung auf die Motivation. Das verfehlte den kapitalen Zusammenhang ebenso wie es doch das Urteil sprach: »Private Laster, öffentliche Vorteile« (so der Untertitel der »Bienenfabel«) vermag nur der zum System gewordene Zynismus zusammenzudenken. Das ganze hört auf eine Melodie, und die Verhältnisse selbst sind es, die sich zum Tanzen bringen, indem sie sich ihre eigene Katzenmusik vorspielen:

Der Allerschlechteste sogar
Fürs Allgemeinwohl tätig war.

So herrscht im ganzen Einigkeit,

wenn auch im Einzelnen oft Streit,

Wie der Musik harmon'sche Schöne
*Entsprießet aus dem Streit der Töne.*2

Da mag man sich vorstellen, was Mandeville davon gehalten hätte, daß der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit und dem Arbeits- und Sozialministerium als Motto ihrer neuesten Hatz auf Schwarzarbeiter und Steuerbetrüger kein besseres Motto einfällt als eben dieses: »Illegal und Unsozial«.3

Anmerkungen:

1 Diese Kapitulation bis ins einzelne nachzuzeichnen, hat sich als einer der wenigen linken Ökonomiekritiker, die keine Ökonomen sein wollen, Hans-Georg Backhaus gewidmet – siehe nur sein »Zur Marxschen Revolutionierung« und »Kritik« der Ökonomie: die Bestimmung ihres Gegenstandes als Ganzes »verrückter Formen«, in; Mehrwert. Beiträge zur Kritik der politischen Ökonomie Nr. 25, Berlin 1984, S. 7ff.

2 Bernard de Mandeville, Die Bienenfabel oder private Laster, öffentliche Vorteile. Mit einer Einleitung von Walter Euchner, Frankfurt 1980, S. 84f.

3 Siehe die Anzeige im »Spiegel« vom 5.4.93

Joachim Bruhn schrieb in KONKRET 10/92 über die propagandistische Zurichtung der Roma und Sinti zum Objekt deutschen Hasses

Konkret 05/93, S. 22

Henner Hess

Die ehrenwerte Gesellschaft
Desorganisierte Kriminalität

Lauschangriff, verdeckte Ermittler, härtere Strafen usw. – die systematisch geschürte Hysterie wg. »Organisierter Kriminalität« dient hierzulande dem Ausbau des starken Staates. Sie ignoriert dabei sowohl das Wesen der bürgerlichen Gesellschaft als auch die Daten der Kriminalstatistik. Bereits Marx beschrieb den Nutzen des Verbrechens für die bürgerliche Gesellschaft – Joachim Bruhn stellt seine »Abschweifung (über produktive Arbeit)« vor. Henner Hess zeigt dann am Beispiel des Drogenhandels, daß, statt von »Organisierter Kriminalität«, richtiger von »desorganisierter« die Rede sein sollte

Die Hauptstoßrichtung des Nationalen Rauschgiftbekämpfungsplans und des kürzlich verabschiedeten Gesetzentwurfs zur Bekämpfung des illegalen Rauschgifthandels und anderer Erscheinungsformen der Organisierten Kriminalität (Org KG) richtet sich auf die Ebene des Handels. Ziel ist es, den Warenstrom zu unterbinden oder zu drosseln, die Preise zu erhöhen, Personen aus dem Verkehr zu nehmen, Organisationen zu zerschlagen, Gewinne zu konfiszieren.

Die Rauschgiftsicherstellungen von Zoll und Polizei sind beträchtlich. Dennoch machen diese Sicherstellungen wahrscheinlich nicht mehr als zwischen 5 und 20 Prozent des tatsächlichen Handelsvolumens aus. Der Handel wird dadurch nur geringfügig gestört. Er kann eben aus so reicher Quelle schöpfen, daß auch höhere Aufgriffe nicht zu einer echten Versorgungskrise führen würden.

Ebensowenig zu einer spürbaren Erhöhung der Preise, die den Absatz bremsen könnte. Die Kriminalisierung treibt die Preise zwar hoch, aber die zusätzliche Verstärkung der Strafverfolgung treibt sie nicht viel höher. Sieht man sich die Tabelle über die Preissteigerungen vom Erzeuger zum Endverbraucher an, so wird das deutlich. Drogen sind im Ursprungsland relativ billig und im Moment ihres Eintritts in die Verbraucherländer immer noch nicht besonders wertvoll.Erst danach vervielfältigt sich über viele Stufen und Verschneidungen der Preis (vgl. Tabelle S. 23). Der Endpreis ist also an jener Stelle, wo große Aufgriffe immerhin am ehesten möglich sind, beim Zoll oder beim Großhandel, nur wenig zu beeinflussen. Denn selbst wenn eine Verteuerung der Ware im Großhandel zu erreichen wäre, wirkte sich das auf den Einzelhandelspreis nur minimal aus, weil mindestens 75 Prozent, vielleicht 90 Prozent des Preises auf den Stufen des Zwischen- und Verteilerhandels zustandekommen. Zusätzlicher Erzwingungaufwand ist mit einem abnehmenden Grenznutzen verbunden. D.h. man wird mit zusätzlichen Verfolgungsanstrengungen immer geringere zusätzliche Erfolge erzielen.

Bleibt, wenn die verstärkte Repression den Warenfluß und die Preise nur wenig wird beeinflussen können, der Zugriff auf die Personen. Nationaler Rauschgiftbekämp-fungsplan und OrgKG haben da einen ganz bestimmten Gegner im Auge: die »Drogenmafia«, die »internationalen Rauschgiftkartelle mit ihrem aggressiven Expansionsstreben«, die »Rauschgift-Handelsorganisationen«, die »bandenmäßige Betäubungsmittelkriminalität als Kern der Organisierten Kriminalität«, die »international organisierten Drogensyndikate«.1 Dieser Gegner ist nicht neu. So erklärte die Bundesregierung 1971 in der Begründung des Betäubungsmittelgesetzes (BtMG): »Diese Regelung bildet ein wichtiges Instrument namentlich zur Bekämpfung der illegalen Händler. Diese Menschen, die gewissenlos am Unglück der anderen Menschen profitieren, sollen in Zukunft die ganze Schärfe des Gesetzes erfahren. Beobachtungen zeigen, daß sie sich in zunehmendem Maße auch in der Bundesrepublik Deutschland zu Banden zusammenschließen, die wie Spionagedienste organisiert sind. Dabei werden auch Kinder und Jugendliche auf der untersten Stufe des Bandennetzes eingesetzt. In der Regel sind diese bereits süchtig und werden mit sog. Stoff bezahlt, so daß sie willfährige Werkzeuge der Bandenführer darstellen.«

Trotz der Hoffnung, schon bisher mit dem BtMG ein »wichtiges Instrument« gegen die »wie Spionagedienste« organisierten Banden in der Hand zu haben, waren die Verfolgungsbehörden beim Aufspüren und Überführen dieser Straftäter ziemlich erfolglos. Von den 103.629 Straftaten gegen das BtMG, die die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) von 1990 aufführte, waren nur 201 Verstöße gegen den Paragraphen 30 Abs. 1 Nr. 1 (Anbau, Herstellung und Handel als Mitglied einer Bande), das sind 0,2 Prozent. Von den 23.170 im Jahre 1989 nach BtMG Verurteilten wurden 20, das sind aufgerundet 0,09 Prozent, nach dem genannten Paragraphen verurteilt, darunter ein Jugendlicher und zwei Heranwachsende. Die Täter scheinen nicht besonders gefährlich gewesen zu sein. Von den 17 Erwachsenen erhielten 4 nur eine Geldstrafe, bei 7 weiteren wurde die Freiheitsstrafe zur Bewährung ausgesetzt, 4 erhielten eine Freiheitsstrafe von 2-3 Jahren, 2 von 3-5 Jahren. Der Strafrahmen von bis zu 15 Jahren wurde bei weitem nicht ausgeschöpft. Auch beim Paragraphen 129 StGB (Kriminelle Vereinigung) wird man nicht fündig. Die PKS weist für 1989 11 Fälle aus; von diesen wurde nur einer abgeurteilt und der Angeklagte freigesprochen. Für 1990 ist in der PKS ein Fall ausgewiesen. Zudem bleibt unklar, ob diese Fälle überhaupt etwas mit Rauschgift zu tun haben.

Es scheint also, als sei mit dem bisherigen Instrumentarium der organisierten Kriminalität nicht beizukommen gewesen. Daraus hat der Gesetzgeber die Konsequenz gezogen und bietet im OrgKG der Strafverfolgung neue Waffen an: –

z.B. ein verbessertes Ermittlungsinstrumentarium (legalisierte verdeckte Ermittler, Einsatz technischer Überwachungsmittel, Rasterfahndung, Zeugenschutz usw.), um »über die Peripherie derkriminellen Organisation hinaus in deren Kernbereich einzudringen, ihre Strukturen zu erkennen und zu zerschlagen und die hauptverantwortlichen Straftäter, die Organisatoren, Finanziers und im Hintergrund agierende Drahtzieher zu überführen«; –

z.B. neue gesetzliche Bestimmungen zur Einführung einer Vermögensstrafe, zur Einführung des erweiterten Verfalls, zur Strafbarkeit der Geldwäscherei und zum Aufspüren von Gewinnen aus schweren Straftaten, »um den Rauschgifthändlern die finanzielle Basis zu entziehen«; –

z.B. Strafverschärfungen (wie die auf 5 Jahre erhöhte Mindeststrafe für Bandenmitglieder nach Paragraph 30a BtMG oder die Ausdehnung des Paragraphen 129 StGB auf ausländische kriminelle Vereinigungen nach Paragraph 30b BtMG) »zur Verdeutlichung des Unrechts und zur Verstärkung der abschreckenden Kraft des Strafrechts«.

Die damit verbundenen Hoffnungen sind groß, und man übersieht allzu leicht, daß die Strafverfolgungsorgane anderer Länder diese Instrumente (und noch schärfere) seit längerem besitzen und doch keine größeren Erfolge gegen den Drogenhandel verbuchen konnten. Vielleicht liegt es also nicht am mangelhaften Instrumentarium. Vielleicht muß man eine ganz andere Schlußfolgerung ziehen. Nämlich die, daß die Organisierte Kriminalität keine oder zumindest keine herausragende Rolle spielt. Oder genauer ausgedrückt: daß der Organisations- und Konzentrationsgrad des Drogenhandels weit niedriger ist als allgemein angenommen.

Natürlich handelt es sich teilweise um eine semantische Frage. Stuft man drei oder fünf Täter, die für eine Weile gemeinsam agieren, als Bande ein und bezeichnet solche Banden dann als Organisierte Kriminalität, hat diese auch im Drogenhandel eine erhebliche Bedeutung. Benutzt man das Wort ›Drogenmafia‹ als generalisierenden Begriff für die Vielzahl in sich selbständiger Gruppierungen, als symbolische Sammelbezeichnung, so wäre es sogar legitim, von Drogenmafia zu reden. Aber im Nationalen Rauschgiftbekämpfungsplan, in der Begründung zum OrgKG, in den Medien gebraucht man ihn fälschlicherweise nicht im metaphorischen, sondern in einem ganz konkreten Sinn. Die These von den Drogenmultis ist übrigens herrschende Meinung nicht nur bei den Prohibitionisten. Ironischerweise vertreten die Gegner der repressiven Drogenpolitik häufig die gleiche These, denn sie eignet sich auch dazu, der Forderung nach Legalisierung mehr Nachdruck zu verleihen. Die Instrumentalisierbarkeit der These macht sie so beliebt. Sie ist allen Parteien nützlich, deshalb herrscht hier auch, bei sonst heftigen Gegensätzen, voller Konsens.

Es wäre naiv, zu leugnen, daß es im Drogenhandel Organisationen gibt. Nur wird der Drogenhandel offensichtlich nicht von »Organisationen« beherrscht, die der Rede von der Mafia, den Kartellen, den Syndikaten entsprächen. Es gibt zwar sicherlich international zusammenhängende arbeitsteilige Schmuggelringe, die manchmal eine ethnische Basis und zum Teil die für das organisierte Verbrechen typischen protektiven Verbindungen zu Politik, Militär, Polizei und Justiz haben und die auch in den komplementären Geld-, Gold- und Waffenkreisläufen eine Rolle spielen, insbesondere in den Ursprungs- und in manchen Transitländern. Aber sie haben keineswegs die Oligopolstellung, die einige legale Konzerne z.B. im Tabak- und Spirituosengeschäft besitzen. Und die vielen kleinen gefaßten Schmuggler sind keineswegs nur Kuriere, die im Auftrag und gegen Lohn handeln, auch wenn das natürlich immer wieder vorkommt. Vielmehr scheint es sich in der Mehrzahl der Fälle bei den Schmugglern um Kleingruppen zu handeln, die zwar im Ursprungsland, auf den Zwischenstrecken und/oder auf den Verbrauchermärkten mehr oder weniger dauerhafte Geschäftsbeziehungen haben, bei denen man aber nicht von Organisiertem Verbrechen im kriminologischen Sinne redenkann. Auch hinter den meisten Kurierenstehen aller Wahrscheinlichkeit nach kei-ne sogenannten Syndikate, sondern kleine und mittlere Unternehmer. Und schließlich gibt es – am anderen Ende einer breiten Skala mit fließenden Übergängen – den amateurhaften Drogentouristen, der gelegentlich opportunistisch eine Handelschance nutzt oder gar nur für den Eigenverbrauch transportiert.

Die durch die Prohibition bewirkten hohen Endpreise und die damit bei niedrigen Einkaufskosten im Ursprungsland letztlich hohen Handelsgewinne machen das Geschäft mit illegalen Drogen auch für Kleinunternehmer und immer wieder für Neueinsteiger lohnend, während beim legalen Handel mit legalen Drogen durch die geringen Gewinnspannen nur diejenigen überleben, die am kostengünstigsten anbieten können, d.h. größere Firmen, also Konzentration und Oligopolbildung gefördert werden. Im legalen Geschäft herrschen die Gesetze des modernen Industrie- und Handelskapitalismus, die dazu geführt haben, daß sechs Zigarettenkonzerne, von denen drei zugleich die größten Alkoholproduzenten und -händler sind, den Weltmarkt dominieren. Im Vergleich dazu herrscht im illegalen Geschäft Abenteuerkapitalismus und durch den Einfluß der Verfolgung, durch den Einfluß von Raub und Betrug, durch die Chancen, die damit aller Art von Abenteurern geboten werden, ein hohes Maß von Dezentralisation.

Aus der Analyse der Fälle von festgenommenen Personen und aufgedeckten Händlergruppen ergibt sich, daß es dabei fast durchweg um kleine und mittlere Unternehmen geht. Zum gleichen Ergebnis sind sozialwissenschaftliche Untersuchungen gekommen, die das Feld unabhängig von den Strafverfolgungsinstanzen erforscht haben. Diese Untersuchungen zeichnen nicht das Bild eines von Syndikaten oder Kartellen beherrschten Oligopolmarktes, sondern das eines ziemlich offenen Konkurrenzmarktes.

Natürlich könnte man dieses Bild nur für oberflächlichen Schein halten. Man könnte sagen, daß die Syndikate eben geheimdienstlich abgeschottet sind und deshalb nicht polizei- und gerichtsbekannt werden. Und man könnte sagen, daß soziologische Forscher eben nichts über die Ölkonzerne erfahren, wenn sie Tankstellenwärter befragen. Aber nichts deutet darauf hin, daß diese Kritik berechtigt ist und daß sich die Soziologen nicht auf dem Upper level des Handels bewegt hätten, wie sie es behaupten. Eher gibt es Gründe dafür, anzunehmen, daß im Alltagsdiskurs die Fälle von größeren Organisationen überbetont werden, weil sie sensationeller sind.

Außerdem gibt es einige organisationssoziologische Argumente dafür, daß unter den Bedingungen der Illegaliät größere Organisationen größere Schwierigkeiten und Risiken mit sich bringen und die Tendenz zu kleineren Unternehmen gefördert wird. Das ganze illegale Geschäft ist schließlich auf persönliche Beziehungen und persönliche Kontakte aufgebaut, es ist auch weitgehend von gegenseitigem Vertrauen abhängig, weil die Verträge nicht durch Rekurs auf Gerichte garantiert werden können. Bei Vertragsbruch kann man nur mit Abbruch der Geschäftsbeziehungen oder mit Gewaltsanktionen reagieren, aber das erste ist unrentabel, und das zweite ist auffällig.

Illegale Unternehmen haben darüber hinaus, anders als legale, keine dauerhafte Existenz unabhängig vom Unternehmer, und ihr Wachstum wird beschränkt durch den Zeitraum der Aktivität des Unternehmers. Je mehr Mitarbeiter ein Unternehmen hat, desto größer werden die Probleme der Überwachung und Disziplinierung. Die Überwachung vieler und womöglich persönlich nicht bekannter Mitarbeiter ist schwierig, wenn es im Interesse aller liegt, ihre Tätigkeit so uneinsehbar wie möglich zu halten. Je häufiger Disziplinarmaßnahmen nötig sind, desto größer ist das Risiko gegenüber den Verfolgungsinstanzen. Je mehr Mitarbeiter ein Unternehmen hat, desto größer ist auch das Risiko der Denunziation, zumal gerade kleinere Angestellte sich durch Hinweise auf ihre Auftraggeber vor Gericht große Vorteile verschaffen können. Mitarbeiter müssen meist relativ selbständig handeln können, und dadurch werden Spaltungstendenzen gefördert. All das führt dazu, daß die Beziehungen innerhalb illegaler Unternehmen und auch zwischen diesen – ganz im Gegensatz zu legalen – nicht auf moderne sachliche oder bürokratische Prinzipien gegründet sind, sondern weitgehend auf sehr traditionale: auf gemeinsame Herkunft, Verwandtschaft, fiktive Verwandschaft und Freundschaft. Auch das schränkt die Größe eines Unternehmens ein.2

Wir stehen also vor einer paradoxen Situation: Die Illegalität und die Verfolgung durch die Polizei tragen bei zur Dezentralisierung des Angebots, und es ist dann gerade diese Dezentralisierung, die eine wirksame Bekämpfung des Angebots verhindert. Denn entgegen der herrschenden Meinung ist es nicht die Monopol- oder Oligopol-Bildung, sind es nicht die großen Syndikate, die die Repression erschweren, vielmehr ist es die dezentralisierte Vielfalt des Handels, nicht der relativ geschlossene Oligopolmarkt, sondern der relativ offene Konkurrenzmarkt, nicht das organisierte, sondern das desorganisierte Verbrechen.

Ähnlich kritisch wie der Mythos vom Organisierten Verbrechen (mit großem O) wären weitere damit verbundene Phänomene zu analysieren, z.B. Umsätze und Machteinflüsse der »Drogenmafia«. Der nationale Rauschgiftbekämpfungsplan gibt als Gesamtumsätze des illegalen Rauschgifthandels 800 Mrd. DM jährlich an. Das Journal Frankfurt spricht von einem Jahresumsatz von 1.500 Mrd. DM. Der »Spiegel« berichtet, gestützt auf ein Grundsatzpapier des BND, daß »den Drogenkönigen Kolumbiens sowie Süd- und Südostasiens zuletzt 250 Milliarden Dollar jährlich« zugeflossen seien. Wenn man sich die oben beschriebene Preisstruktur in Erinnerung ruft und sich vergegenwärtigt, daß an die »Könige« nur 10-30 Prozent der Enderlöse gehen, würden also jährlich für mindestens 750 Mrd. Dollar, möglicherweise sogar für 2.500 Mrd. Dollar verkauft, also für 1.200 bis 4.000 Mrd. DM! Da muß es etwas ernüchtern, daß das BKA von nur etwa 2 Mrd. DM Umsatz auf dem deutschen Markt spricht (während für Tabak und Alkohol nachweislich über 60 Mrd. DM jährlich ausgegeben werden). Aber Genauigkeit spielt hier deshalb keine Rolle, weil es vollständig gleichgültig ist, wie die Zahlen in Wirklichkeit aussehen. Sie müssen nur irgendwie gewaltig sein. Sie dienen ja nicht, wie andere Wirtschaftsstatistiken, einer rationalen Politik, sondern nur einem ideologischen Diskurs.

Dieser erreicht dann wirklich phantastische Qualitäten, wenn der logische Schluß aus den Prämissen ›hoher Organisationsgrad‹ und ›unvergleichliches Einkommen‹ (nebst exemplarischer Bösartigkeit) gezogen und »ein beklemmendes Fernziel der Drogenbarone« vom deutschen Geheimdienst enthüllt wird: »Sie planen, gewissermaßen im Stil des James-Bond-Widersachers Dr. No, politisch und wirtschaftlich die Macht an sich zu reißen, heißt es in der Untersuchung mit dem Titel ›Gefährdungspotential des internationalen Drogenhandels für westliche Nationen‹ ..., die Kanzler Helmut Kohl als Verschlußsache zuging und ihn dermaßen alarmierte, daß er darüber auch seine EG-Partner informierte ... Die schleichende Einflußnahme der Drogenkartelle geschehe so verdeckt und wirkungsvoll, daß sie ›demokratisch nicht kontrollierbar‹ sei. Die Diktatur der Kartellbosse, die da zu entstehen droht...« (»Spiegel«) usw. usf.

Nochmals: Natürlich gibt es Organisation im Drogenhandel und recht ordentliche Profite und nicht selten auch Korruption (besonders in den Erzeuger- und in manchen Transitländern, während man bei uns wohl eher legalen Firmen erliegt und bei Drogenhändlern vorsichtiger ist3), aber diese komplizierte Wirklichkeit in ein mythisches Monster zu verdichten, mag zwar für manch andere Zwecke funktional sein, für eine effektive Strafverfolgung ist sie es kaum. Soweit also die verstärkten Anstrengungen der Strafverfolgung auf das »Organisierte Verbrechen« zugeschnitten sind – und die neuen

Ermittlungsinstrumente und die Bestimmungen zur Gewinnabschöpfung sind es ja wohl – , werden kaum besondere Effekte zu erwarten sein, weil man wahrscheinlich doch wohl den falschen Gegner anvisiert. Bestenfalls (oder schlimmstenfalls) wird man ein paar größere und dauerhafter organisierte Gruppen aus dem Markt nehmen und damit kleineren Unternehmen bessere Chancen geben.

Henner Hess ist Professor für Sozialpädagogik und Erwachsenenbildung an der Universität Frankfurt. Sein Beitrag ist ein leicht überarbeiteter Auszug aus dem Aufsatz »Rauschgiftbekämpfung und desorganisiertes Verbrechen«, den er in der Zeitschrift »Kritische Justiz«, Heft 3/1992, veröffentlicht hat

Anmerkungen:

1 Formulierungen aus dem Nationalen Rauschgiftbekämpfungsplan sowie aus dem Gesetzentwurf zum OrgKG.

2 Selbst das sog. Medellin-Kartell, doch wohl die wichtigste Organisation im Drogenhandel, erweist sich bei genauerer Analyse eher als ein differenziertes Konglomerat mit sehr prekärer Existenz der einzelnen »starken Männer«, weder in der Struktur noch in der Bedeutungeinem legalen Tabak- und Alkoholgiganten vergleichbar.

3 Ende 1990 hat das Bundeskriminalamt in einer Dokumentation alle zwischen 1986 und 1990 bekannt gewordenen Fälle des Eindringens organisierter Krimineller in den staatlichen Bereich gesammelt. Es waren insgesamt 16 Fälle.

Konkret 05/93, S. 26

Dietmar Düe, Karl Hermann Tjaden

Kapitalismus, Sozialismus, Müllnotstand

Daß die menschliche Arbeit ein Prozeß sei, »worin der Mensch seinen Stoffwechsel mit der Natur durch seine eigene Tat vermittelt, regelt und kontrolliert« (Marx) – davon hat der untergegangene Sozialismus so wenig wissen wollen, wie der real existierende Kapitalismus auch weiterhin wissen will. Beide Gesellschaftsformationen haben sich außerstande gezeigt, ihre Produktion menschen- und naturgerecht zu steuern

Die reine Lehre, die vielleicht in dieser Zeitschrift erwartet wird, lautet im gegebenen Zusammenhang: Der Kapitalismus hat mit seiner profitorientierten Produktionsweise neben allen anderen Übeln auch die überbordenden Müllfluten mit sich gebracht; der Sozialismus sah sich aus guten und weniger guten Gründen veranlaßt, die stofffressende und abfallverschleudernde Technik des Kapitals zu übernehmen. Der Müllnotstand, der die kapitalistische Gesellschaft kennzeichnet und den die sozialistische Gesellschaft nicht bewältigt hat, wird in einer wirklich fortgeschrittenen Produktionsweise überwunden sein. So weit, so gut.

Wir wollen dem nicht widersprechen, aber ergänzen möchten wir diese Sichtweise schon. Wir halten nämlich die Art und den Umfang der Stoffströme unserer modernen Produktionsweisen und mit ihnen die Rohstofflöcher und Giftmüllberge keineswegs für eine bloße Folgeerscheinung, sondern für deren wichtigste Innerei (für Philosophen: deren Wesen). Wenn das so ist, dann wird der einigen vielleicht abseitig erscheinende Satz von Al Gore verständlich und für die Vertiefung jener Lehre nützlich, den die etwas seichte deutsche Ausgabe seines Buchs »Earth in the Balance« allerdings verkürzt hat: »Ich bin allmählich überzeugt, daß die Abfallkrise – so wie die Umweltkrise insgesamt – eine Art Spiegel darstellt, in dem wir uns deutlicher erkennen können, *if we are willing to question more deeply who we are and who we want to be, both as individuals and as a civilization.*« Im Abfallentsorgungsnotstand spiegelt sich, als dessen Umkehrung, der Güterversorgungswohlstand einer technisch einlinigen und ökonomisch wertbesessenen Wirtschaft, die auf kapitalistische oder auf sozialistische Weise die Warenmassen zwischen Mensch und Natur plaziert und in die Gesellschaft selber hineingestellt hat.

So weit ist es also gekommen, daß uns ein nordamerikanischer Vizepräsident den Unterschied zwischen Kapitalismus und Sozialismus verwischen können soll?! Gemach, gemach. So bedeutungslos sind die Wirtschaftsweisen und Gesellschaftsformen gewiß nicht, als daß sie nicht jedenfalls dem Müllmanagement und den Müllskandalen eines Landes ein besonderes Gepräge geben würden, obwohl die Müllmafiosi in BRD und DDR gut zusammengearbeitet und sich nach der Wende auch als austauschbar erwiesen haben (Baerens/von Arnswald – Literaturhinweise am Schluß des Beitrags). Doch wollen wir der Systemspezifik durchaus Rechnung tragen. Dabei beschränken wir uns im wesentlichen aber auf die BRD bzw. die alten Bundesländer und auf die Vergangenheit der neuen sowie auf ihr nationales Erbe aus der Zeit, als sie noch keine waren.

Die sozialistische Wirtschaftsweise hatte in der DDR, wie anderswo auch, vor allem angestrebt, sich durch Gewährleistung einer immer breiteren Grundversorgung der Bevölkerung mit Konsumgütern zu legitimieren. Diesen massenwirksamen »komsumtiven Konsum« versuchte sie durch entsprechenden »produktiven Konsum« von Produktionsmitteln zu ermöglichen und zu sichern. Die Mehrung des gesellschaftlichen Endprodukts an Konsum- und Investitionsgütern mit möglichst wenig Aufwand an allen Arten gesellschaftlicher Arbeit war daher theoretisch der Kern der gesellschaftspolitischen Strategie – eine beschränkte Strategie, auch wenn sie besser war als die private Profitmaximierung auf Teufel komm ‘raus. Die Beschränktheit dieser Wirtschafts- und Sozialpolitik lag insbesondere in der praktischen Fixierung sei es auf die Warenmengen, sei es auf die Warenwerte, in der zentralistischen Steuerung der Produktion und in der Fetischisierung einer verkürzt verstandenen Arbeitsproduktivität bei sehr weitgehender Vernachlässigung der Internalisierung der sozialen Kosten verschiedener Art. Das Bewußtsein der Menschen, durch das westliche Vorbild bestärkt, konnte, mußte oder sollte sich sogar entsprechend unterentwickeln: viel Waren, wenig Arbeit, ganze Familie glücklich. Dieses beschränkte Bewußtsein zeigt sich noch heute in den Erklärungsversuchen ehemaliger Parteitheoretiker, wenn sie das Scheitern der DDR daraus ableiten, daß es nicht gelungen sei, »moderne, effiziente Produktivkräfte« zu entwickeln (Hahn).

Der paternalistischen Erzeugung und Verteilung von Konsumgütermassen entsprach die Handhabung der Rückstände. Deren Verwertung konzentrierte sich auf die Konsumgüterreste. Das hierfür geschaffene SERO-System, das insbesondere der Erfassung und Aufbereitung von Sekundärrohstoffen wie Papier, Glas, Haushaltsschrott, Alttextilien und Thermoplasten diente, war vorbildlich. Der Hauptgrund für seine Einrichtung war aber vermutlich die Einsparung von Devisen für Rohstoffimporte. Die Subventionierung dieses Systems bedeutete eine Internalisierung bestimmter Kosten zum Zweck des Überlebens mittels weiteren Wachstums der Konsumgüterproduktion. Was als nicht verwertbar angesehen wurde, der Restsiedlungsmüll einschließlich seiner Gifte bis hin zu den Fäkalien, wurde durch den Staat und seine Bürger fahrlässig in die Natur abgeschoben. Zehntausend wilde Müllkippen, aber nur 120 geordnete, jedoch keineswegs gesicherte Deponien auf dem Gebiet der ehemaligen DDR haben es in sich.

Die Produktionsmittel waren in dieser Wirtschaftsordnung primär unter dem Aspekt der Produktion interessant, weswegen die Verhinderung schädlicher Einwirkungen auf Mensch und Natur leicht vergessen wurde. Anlagen und Betriebsmittel wurden vernünftigerweise möglichst lange genutzt, was freilich dann in's Gegenteil verkehrt wurde, wenn damit solche schädlichen Einwirkungen verbunden waren oder sich sogar vermehrten. Konnten Anlagen und Betriebsmittel wirklich nicht weiter genutzt werden, landeten sie auf ein paar skandalösen Spezialdeponien oder gleich in der Landschaft, im Boden, in den Gewässern und im Grundwasser. Das gleiche geschah mit den nicht recycelten Abfällen aus der laufenden Produktion. Hier kannte die staatlich geduldete oder veranlaßte Wirtschaftskriminalität gegen Mensch und Natur kaum Grenzen. So gibt es zahlreiche Fälle der Belastung und der Vergiftung des Grund- und Oberflächenwassers und damit des Trinkwassers insbesondere durch Rückstände aus der chemieindustriellen Produktion. Einsichtige Wissenschaftler haben dagegen den sinnvolleren Gebrauch von Produktionsmitteln und eine vernünftigere Nutzung der Natur- und Arbeitsvermögen mittels aufwandgerechter Preise durchsetzen wollen. Sie sind entweder ausgegrenzt worden oder schon zu DDR-Zeiten umgefallen und haben dem Modernisierungsfetisch geopfert.

Auf diesen Verhältnissen eines verkorksten Austausches zwischen Mensch und Natur lastete zudem der Druck des Imperialismus und der Sowjetunion. Die Systemkonkurrenz, das heißt der äußere und innere »Sachzwang« zum Ein- und möglichst Überholen des Kapitalismus in der Warenproduktion, führte zum Beispiel zur breiten und fehlgerichteten Nutzung unzulänglicher Produktionskapazitäten in der chemischen Industrie auf Erdöl-, insbesondere aber auf Braunkohlebasis. Außerordentliche Arbeitsplatzbelastungen durch gefährliche Stoffe und Gase sowie das Wegkippen toxischer Abprodukte in nicht-abgeschirmte Tagebaurestlöcher waren die Folge (Henseling in Jahrbuch Ökologie 1993). Der Zwang von seiten der Sowjetunion, in der DDR Uran für Atombomben und Atomkraftwerke zu fördern, hat tausende krebskranke Bergarbeiter und viele Millionen Tonnen radioaktiver Abfälle hinterlassen (Beleites); ein Fall von Regierungskriminalität, der in dem »Deponieren« von radioaktiven Rückständen und Anlagen im Meer und in Binnengewässern durch die UdSSR-Regierung ein Pendant hat.

Zu den Besonderheiten der Lage in der DDR gehörte jedoch auch, daß es sich um eine vergleichsweise arme Gesellschaft handelte. Man war hier deshalb, wenn es darauf ankam, durchaus auch am Nutzen von Gebrauchswerten orientiert. Hieraus sich ergebende abfallwirtschaftliche Besonderheiten waren neben dem erwähnten SERO-System die oft lange Nutzungsdauer, Reparaturfreundlichkeit und ggf. Weiterverwendung bestimmter Konsumgüter. Hierzu gehörte auch die häusliche Verwertung von bestimmten Konsumgüterresten, insbesondere die Kompostierung nativ-organischer Rückstände oder auch deren Verfütterung. Solche häusliche Strukturen der Rückstandsvermeidung und -verwertung haben die ökonomisch-politischen Strukturen der DDR erfreulicherweise überdauert.

Die kapitalistische Produktionsweise in der alten und neuen BRD dient, wie anderswo auch, der vielfältigen Profitakquisition des Kapitals mit Hilfe des Einsatzes immer ausgeklügelterer technischer Produktionsmittel. Die dazu getätigten Investitionen erfordern aber, sollen sie sich rentieren, auch den Absatz der damit erzeugten Waren (der Investitions- wie der Konsumgüter) im erforderlichen Wertumfang und zudem in möglichst ständig steigendem Maße. Zur Fetischisierung des Sozialproduktswachtums in dieser Produktionsweise und in der offiziellen Politik gehört daher eine entsprechende Rückbildung des Bewußtseins der Menschen, die bereits im vergangenen Jahrhundert als Warenfetischismus analysiert worden ist, bekanntlich von Marx: Die Waren gelten etwas ihres Tauschwerts wegen, nicht jedoch um ihres Gebrauchswerts oder gar um dessen Nutzeffekte willen, und die Art und Weise ihres Zustandekommens durch die Arbeit ist ohnehin zu vergessen. Das gilt für alles, was sonst noch zur Erzeugung und Verwendung der Warenwerte beiträgt, aber als mehr oder minder wertlos erscheint: zum Beispiel kostenlose Roh- und Betriebsstoffe wie etwa die Luft und schwer verwertbare Rückstandsstoffe, z. B. der Hausmüll.

Der profitorientierten Vermehrung und Entwicklung der Produktionsmittelmassen in dieser Wirtschaftsweise entspricht die Handhabung der damit anfallenden Rückstände. Soweit diese Rückstände profitabel verwertbar sind, müssen darauf scheinbar keine großen Gedanken gerichtet werden:Privatwirtschaftliche Materialbörsen zum Zweck des Recyclings und der Handel mit abgeschriebener Maschinerie haben eine lange Tradition. Ein paar Gedanken sollten freilich auch hieran verschwendet werden. Beispielsweise beruht die Chlorchemie, ein besonders gefährlicher Zweig der Chemieindustrie, im wesentlichen auf der Weiterverwendung von Chemieabfällen (Henseling). Für Rückstände aus der Produktion, die im Moment nicht profitabel verwendbar sind und die als Abfälle gelten, ist die Privatwirtschaft an sich nicht zuständig. Insoweit Staat und Kommunen sie für deren Entsorgung gleichwohl in die Pflicht nehmen, müssen die Unternehmen in der BRD sich um heutzutage immer aufwendigere eigene Entsorgungsanlagen kümmern, sofern sie nicht kostengünstigere (allerdings oft illegale) »Entsorgungswege« finden, beispielsweise durch Müllexport. Das Aufspüren solcher Wege ist für diejenigen Abfallarten besonders interessant, an deren Entsorgung besonders strenge Auflagen geknüpft sind (»besonders überwachungsbedürftige Abfälle«, sprich: Sondermüll), die ansonsten wieder dem Staat zur Last fallen, der sich um die Verbrennung und Deponierung solcher Sonderabfälle kümmert und dafür viel Geld (wenn auch keineswegs genug) verlangt.

Die Konsumtionsgütermassen sind im Kapitalismus an sich nur unter dem Aspekt der Profitrealisierung interessant. Für die Konsumgüterrückstände ist insbesondere in Industrieländern mit Mangel an Deponiekapazität die Hausmüllverbrennung als Königsweg der »Beseitigung« gewählt worden. Die Müllverbrennungsanlagen (MVA), die alle Ansätze zur Rückstandsverwertung konterkarieren, haben es trotz aller Grenzwertverschärfungen und aller Beteuerungen beispielwseise aus dem Umweltbundesamt und dem Bundesgesundheitsamt in sich. Was bestimmte Dioxine, die nicht nur in die Umwelt, sondern in die menschlichen Körper und damit Gehirne gelangen, dort, selbst in verschwindend geringer Menge, anrichten, wird bisher nur vereinzelt als höchst ernstes Problem erkannt, etwa vom Hamburger Arzt Karl-R. Fabig. Es ist daher noch nicht entscheidbar, ob die staatliche MVA-Strategie eine Förderung abfallwirtschaftlicher Kriminalität der Art darstellt, wie sie sich in den bekannten Dioxinaltlasten aus verschiedenen Wirtschaftsbereichen dokumentiert. Darüber hinaus gehört die teure Scheinvernichtung (Verbrennung) von Rückständen, die vielfach noch nutzbar sind, aber als wertlos gelten, zweifellos zu den irrationalen Glanzlichtern der kapitalistischen Wirtschaftsordnung.

Sicher ist allerdings, daß die kapitalistische Produktionsweise in der BRD dadurch gekennzeichnet ist, daß diese sowohl ein durchaus mächtiges als auch ein nicht besonders großes Land ist, was beides vielfältige Felder abfallwirtschaftlicher Kriminalität eröffnet. Das erstgenannte Merkmal führt dazu, daß die Neigung, Abfälle jeder Art in anderen, nicht zuletzt in unterentwickelten, Ländern loszuwerden, schwer zu bremsen ist (Bernstorff in Baerens/von Arnswald). Im Baseler Abkommen über den internationalen Müllhandel hat sich die BRD bestimmte Exportwege für die anschwellenden Müllmassen offengehalten, auch wenn inzwischen ein Abfallexportverbot in bezug auf unterentwickelte und osteuropäische Länder angestrebt wird. Die räumliche Enge der BRD mit ihrem überquellendem Warenreichtum hat in den letzten beiden Jahrzehnten und insbesondere neuerdings – obwohl nun bewährte Müllplätze in der Ex-DDR frei zugänglich sind – staatliche Bemühungen um eine Ordnung der Deponierung in Gang gesetzt. Dabei führt die Mitte Februar 1993 vom Bundesrat abgesegnete Technische Anleitung Siedlungsabfall jedenfalls bis auf weiteres zu einer Ausweitung der Hausmüllverbrennung zu Zwecken der Deponieraumersparnis und der Förderung der Anlagenbauer.

All das reicht aber nicht aus, um mit all den zu Abfallmassen gewordenen Warenmassen fertigzuwerden. Die Regelungsanstrengungen des Staats auf diesem Gebiet sind in der BRD daher besonders groß (Reef). Ein erster, zaghafter Versuch war eine Bestimmung des Bundesimmissionsschutzgesetzes, die für bestimmte Anlagen die prioritäre Vermeidung und insbesondere Verwertung von Reststoffen mehr oder minder zwingend vorsah, an sich ein besonders starker Eingriff in private Eigentumsrechte. Richtig in Schwung konnte die Recyclingideologie aber erst mit dem Erlaß der Verpackungsverordnung im Juli 1991 kommen. Hierdurch wurde uns die Duale System Deutschland GmbH mit ihren grünen Punkten beschert, die mittlerweile nahezu alle Verkaufsverpackungen schmücken. Damit ist ein großer Teil der Müllentsorgung nunmehr den Kommunen entzogen und privatwirtschaftlich geregelt. Daß hierdurch keine Abfallvermeidung stattfindet und der Abfall nur zum Teil sinnvoll verwertet wird, ist bekannt. Dasselbe gilt für weite Teile des weitergreifenden Recycling-Programms, das der Bundesumweltminister mit der Novellierung des Abfallgesetzes sowie entsprechende Landesgesetze anstreben. Hierzu gehören zwar sinnvolle Vorhaben wie die flächendeckende Kompostierung von Bioabfällen. Der harte Kern des Programms ist aber das massenhafte Recycling bereits angefallener Rückstände aus Produktion und Konsumtion bis hin zur stofflichen Unmöglichkeit der Wiederverwertung («Downcycling«) durch eine gigantische Recyclingindustrie mit den beiden letzten Auswegen des Sekundärrohstoffexports (in der anstehenden Novelle des Bundesabfallgesetzes soll das erfolgreich zerschlagene SERO-System der ex-DDR wenigstens verbal wieder zu neuem Leben erweckt werden – durch die Einführung des Begriffs Sekundärrohstoffe) und der Abfallverbrennung (mit nachfolgender Rückstandsdeponierung). Das Volumen der produzierten Warenmassen wird keineswegs kleiner. Ohnehin setzt ein sinnvolles Recycling auch voraus, daß bessere, z. B. ungiftige, Waren erzeugt werden. »Es zeigt sich, daß nicht das Wegwerfen, sondern das Herstellen des Produkts das größere Problem ist« (Ewen).

Zur Sicherung seiner Reproduktion ist nicht nur der Kapitalismus der BRD, sondern war auch der Sozialismus der ehemaligen DDR auf den massenhaften Konsum von Waren durch die Bevölkerung und die Wirtschaft selber angewiesen, wenn auch aus durchaus verschiedenen Gründen. Dementsprechend ist bzw. war das Bewußtsein der Leute und ihrer jeweiligen Vertreter/innen vor allem auf diese Warenmenge und zudem auf deren Wert und auf dessen Wachstum getrimmt. Daß in der BRD zudem der Pseudogebrauchswert von Luxusgütern geschätzt wird und in der DDR alte Klamotten möglichst lange genutzt wurden, sind Begleiterscheinungen, die nichts darin ändern, daß die Nutz- und Schadeffekte der Gebrauchswerte der jährlich erzeugten Warenmassen im jeweils herrschenden Sein und Bewußtsein an den Rand gedrängt wurden und werden.

Also war der entwickelte Sozialismus doch nicht besser als der entwickelte Kapitalismus? Kommt ‘drauf an. Wird das Staatseigentum an Produktionsmitteln und die Ausstattung der Bevölkerung mit Konsumgütern für wichtiger gehalten als das Privateigentum an Produktionsmitteln und die Eigentumsarmut der Lohnabhängigen, dann ist die Sache klar. In Wirklichkeit ist sie aber komplizierter, als die konventionelle Formel vom grundlegenden Gegensatzes von privatem und gesellschaftlichem Eigentum nahelegt. Vieles spricht dafür, daß der wirkliche Widerspruch, um den sich die Gesellschaftsgeschichte dreht, der zwischen der partikularen Aneignung von Gütern und Werten und der kollektiven

Überlebenssicherung ist. Wird aus dieser Perspektive dem Wohlergehen selbständiger Menschen und ihrer Mitwelt gegenüber der Vermittlung aller ihrer Beziehungen durch die Aneignung von Warenmassen der Vorzug gegeben, sieht die Sache anders aus. Vermutlich übrigens auch für Karl Marx. Der hatte ja als ein wesentliches Merkmal der Gesellschaften mit kapitalistischer Produktionsweise deren »ungeheure Warensammlung« herausgestellt und bei früherer Gelegenheit schon mal gesagt, daß die Menschen und die Natur zunächst einmal durch sich selber da sind, was wohl den Sinn einer solchen Warensammlung auch im Fall des Sozialismus stark in Frage stellt. Wird zudem als Programm akzeptiert, was Marx als das Wesen der menschlichen Arbeit beschrieben hat: daß diese zunächst ein »Prozeß« ist, »worin der Mensch seinen Stoffwechsel mit der Natur durch seine eigne Tat vermittelt, regelt und kontrolliert«, dann bleibt nicht nur der heute existente Kapitalismus, sondern dann blieb auch der seinerzeit existierende Sozialismus dahinter weit zurück.

Angesichts der Fluten unnützer Waren, der Rohstofflöcher, der Giftmüllberge, des Arbeitskraftverschleißes und der Gesundheitsbelastungen, die die kapitalistische wie die sozialistische Waren- und Rückstandsproduktionsweise erzeugt haben, kann von irgendeiner gesellschaftlichen Kontrolle des materiellen Prozesses zwischen Mensch und Natur nicht die Rede sein. Geschweige denn davon, daß die Menschen in ihrer Arbeit das »Spiel der Kräfte« in der menschlichen und außermenschlichen Natur ihrer »eignen Botmäßigkeit« unterworfen hätten, wie es Marx recht gewesen wäre. Beide Produktionsweisen haben vielmehr die Stoff- und Energieströme ihrer Warenproduktion so treiben lassen, wie es durch das Ziel der Steigerung des privaten Profits bzw. des nationalen Produkts sich ergab, anstatt die menschen- und naturgerechte Steuerung aller gesellschaftlichen Stoff- und Energieflüsse zur Grundlage der Organisation der Produktion zu machen.

Was den Müllnotstand moderner Produktionsweisen selber angeht, so sind wir mit Marx nicht auf dem neuesten Stand. Dessen Konzentration auf die Analyse kapitalistischer Ökonomie hat mit sich gebracht, daß er die Art und die Menge der Stoffe, welche in der »ungeheuren Warensammlung« stecken und die damit verbundenen Probleme schlicht unterschätzte. Sein Lösungsansatz befindet sich auf dem freilich beachtlichen Niveau der Planungen des Bundesumweltministers: Die Rückstandsstoffmassen müssen recycelt werden; womit beide immerhin weiter denken als ein marxistischer Ökonom, dem sogar die Wiederverwertung vernutzter Stoffe als unmöglich erscheint (Altvater). Jedoch: Auch wenn nun die verbliebenen linken Akteure und Redakteure aufschreien, führt kein Weg an der Einsicht vorbei, daß Al Gore in dieser Frage weiterblickt als Karl Marx: »Viel besser wäre es, die entstehenden Abfallmengen von vornherein drastisch zu reduzieren.«

Inwieweit diese Erkenntnis in praktische Politik umgesetzt werden kann, ist offen. Eine Politik der Minimierung der zu recycelnden Rückstände würde zwar eine heilige Kuh der kapitalistischen Ökonomie angreifen, nämlich das dauernde Wachstum der produzierten Warenmenge. Das heißt aber nicht, daß eine solche Politik nicht machbar ist. Daß eine Verschärfung und wirksame Durchsetzung des z. B. in der BRD ansatzweise vorhandenen Rückstandsvermeidungsgebots grundsätzlich unmöglich sein sollen, ist nicht einzusehen. Diese hängen vielmehr von dem Druck ab, der zu stärkeren öffentlichen Kontrollen privatwirtschaftlicher Stoff- und Energieumsätze führt. Wenn die Kapitalisten in der BRD auf diese Weise daran gehindert würden, mit dem Ressourcenraubbau und der Umweltzerstörung so weiterzumachen wie bisher, so wäre das sicher ebenso begrüßenswert wie die Tatsache, daß die Kommunisten in der DDR hieran bereits gehindert worden sind.

Literaturhinweise:

Elmar Altvater: Geld, Natur und die Reflexivität der Gesellschaft, in: Dialektik. Enzyklopädische Zeitschrift für Philosophie und Wissenschaften, 1992/3, S. 35-50.

Matthias Baerens, Ulrich von Arnswald: Die Müll-Connection. Entsorger und ihre Geschäfte, München 1993.

Michael Beleites: Altlast Wismut, Frankfurt/M. 1992.

Dietmar Düe, Karl Hermann Tjaden: Abfall-Vermeidung und -Entsorgung in ländlichen Räumen Thüringens, Düsseldorf 1992.

Christoph Ewen: Alles Müll – oder was?, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 2/1993, S. 235-238.

Erich Hahn: Unbewältigte Herausforderungen. Zu Ursachen des Scheiterns des Realsozialismus, in: Z. – Zeitschrift Marxistische Erneuerung 12/1992, S. 21-33.

Karl Otto Henseling: Ein Planet wird vergiftet, Reinbek 1992.

Jahrbuch Ökologie 1993, München 1992.

Bernd Reef: Regelung der Krankenversorgung und der Gesundheitsförderung, erscheint 1993.

Dietmar Düe und Karl Hermann Tjaden sind Mitarbeiter des Projekts AbVEL (Abfall-Vermeidung und -Entsorgung im ländlichen Raum) an der Gesamthochschule Kassel

Konkret 05/93, S. 30

Bernhard Schmid

Bonjour Tristesse

Der Ausgang der Parlamentswahlen vom 21. und 28. März hat sichtbar gemacht, daß es gegenwärtig in Frankreich eine wie diffus auch immer geartete »Reform-Alternative« nicht gibt

Die Parlamentswahlen vom 21. und 28. März dieses Jahres markieren den Beginn einer Periode innenpolitischer Umwälzungen in Frankreich. Nach Ablauf der drei aufeinanderfolgenden wichtigen Wahljahre (Parlamentswahlen 1993, Europaparlamentswahlen 1994, Präsidentschaftswahlen – diese finden nur alle 7 Jahre statt – plus Kommunalwahlen 1995) wird sich die politische Landschaft des Landes wohl nachhaltig verändert haben.

Die erste gravierende Veränderung der innenpolitischen Nachkriegsordnung in Frankreich setzte bereits in den 70er Jahren ein: Die Kommunistische Partei (PCF), stärkste Partei der Nachkriegszeit mit bis zu 28 Prozent Stimmanteil und noch bis 1978 eine 20-Prozent-Partei, wurde durch die Sozialdemokraten, die zuvor kaum über 5 Prozent hinausgekommen waren, überrundet und beiseite gedrängt. Der Parti Socialiste (PS) war erst 1971 auf dem Kongreß in Epinay als Sammlung mehrerer kleinerer sozialdemokratischer Gruppierungen, deren wichtigste die SFIO war, gegründet worden. Diese hatten in der Arbeiterklasse neben der KP eher eine marginale Rolle gespielt und waren eindeutig mit dem französischen Imperialismus verbunden; so hatten sich die Sozialisten im Algerienkrieg an der Regierung beteiligt, und Mitterand persönlich (selbst Kollaborateur während der ersten Jahre des Vichy-Regimes) war als Innen- und Justizminister für die Folterung algerischer Kämpfer und die Bestätigung von Todesurteilen verantwortlich. Unter seiner Führung gelang es der Sozialdemokratie, die KP zu überrunden, die zwischen sturem Verharren in autoritätsgläubigem Breschnewismus und innenpolitischem Opportunismus hin- und herschwankte.

Die zweite innenpolitische Verwerfung manifestierte sich 1983/84 im parlamentarischen Durchbruch des Front National. Dieser Erfolg einer neofaschistischen Bewegung hat sich mit dem Ergebnis der letzten Parlamentswahlen vertieft; nichts deutet darauf hin, daß er vorübergehender Natur ist. Anders als Mitte der 80er Jahre agiert der FN heute nicht als Ergänzung der bürgerlichen Rechten, sondern völlig autonom und in scharfer Abgrenzung zu den bürgerlichen Parteien. In einer Wahlkampfzeitung des FN (»Paris Espoir«) heißt es: »Hätte der Front National in den 80er Jahren noch an einer Reformbewegung teilnehmen können, in der er vielleicht den vorantreibenden Flügel gebildet hätte«, so müsse er sich heute als »grundlegende Alternative zu einem System anbieten, das zutiefst ungesund ist«. »Unausweichlich«, so Jean-Marie Le Pen, »werden die Parteien der Dekadenz, mit politischem Aids infiziert, noch vor dem Ende des Jahrhunderts die Implosion und den Zusammenbruch kennenlernen« – wie heute der Parti Socialiste (»La Croix«, 7.11.92).

Während die bürgerliche Rechte den FN als Mehrheitsbeschaffer derzeit nicht benötigt (nach den Regionalwahlen 1992 übernahmen die Ökologisten diese Rolle) und er daher isoliert erscheint, sind seine Ideen – vor allem zu Immigration und »Ausländerfrage« – inhaltlich in weiten Teilen der französischen Gesellschaft akzeptabel geworden. Andererseits mußte der FN in Einzelfragen spektakulär zurückstecken; die Forderung nach Widerruf aller Einbürgerungen seit 1974 wurde aus dem Programm genommen. Der Grund dafür ist zum einen die extreme Polarisierung Pro/Anti Le Pen und zum anderen die Tatsache, daß Rassismus in Frankreich in hohem Maß mit dem FN identifiziert wird, während etwa in Deutschland dieses politische Feld von zahlreichen Gruppierungen und Politikern bestellt wird, deren Früchte der organisierte Rechtsextremismus aktuell gar nicht abzuernten vermag.

Die dritte innenpolitische Umwälzung, die Frankreich nachhaltig verändern wird, setzt zur Zeit ein. Nach dem Schrumpfungsprozeß der KP taumelt nun die zweite Formation der parlamentarischen Linken und der Arbeiterbewegung, der Parti Socialiste, in die Krise. Alles spricht dafür, daß der »Big Bang«, der politische »Urknall« (eine Wortschöpfung des ehemaligen PS-Premierministers Michel Rocard), der die Ersetzung des PS durch eine »moderne« Sammlungsbewegung – mit völlig unklaren politischen Inhalten – initiiieren soll, nichts anderes als die katastrophische Implosion des PS beschreibt. Nach der Rocard-Rede vom 17. Februar 1993 in Montlouis-sur-Loire, die den »Big Bang« gebar, sprach »Le Monde« von »kollektivem Selbstmord«. Rocard hatte versucht, den Zusammenbruch des Parti Socialiste als strategisches Manöver zu verkaufen, und zur Formierung einer »breiten Bewegung, offen und modern«, aufgerufen, der da angehören sollten: Sozialisten, »realistische Ökologisten«, Zentristen (also Teile der Giscard d'Estaing-Partei UDF), »Reformkommunisten« und »Aktivisten des Humanitären«. (»Le Figaro« deutete daraufhin an, daß der letztere Begriff auf die Anhänger des »Ministers für humanitäre Angelegenheiten« Bernard Kouchner zielt, auf Verfechter »humanitärer« Militärinterventionen à la Somalia also.) Zentristen und Ökologisten antworteten postwendend, Rocard solle erst »den Sozialismus« liquidieren und sich selbst »revolutionieren«, dann werde man weitersehen.

Einige Monate lang haben Meinungsumfragen den Eindruck hervorgerufen, als würde der durch die Implosion des PS freiwerdende Platz im politischen Spektrum an die beiden Parteien der Ökologisten fallen (Les Verts und Génération Ecologie), deren Programmatik einige Merkmale des PS der Aufstiegsperiode aufweist (»Modernität«, Anziehungskraft auf jüngere »postmoderne« und akademische Wähler/innen und noch nicht völlig ins System recycelte 68er). Doch diese

Gruppierungen verfügen – im Unterschied zu den Parteien der vormaligen »Linksunion« (SP/KPF) – kaum über eine Bindung an soziale Interessen, und sie haben keinerlei gesellschaftsverändernde Perspektive. Selbst im Zusammenhang ihres politischen Lieblingsthemas – in der Frage der Nuklear(waffen)industrie – wagen sie keine Forderung zu erheben, die der Atom- und Rüstungsindustrie und damit der nationalen Machtpolitik schaden könnte. So spricht sich beispielsweise die Ökopartei Génération Ecologie (GE) zum einen dafür aus, die Atomenergie noch »eine Generation« beizubehalten, zum anderen plädiert sie gegen eine unilaterale Abschaffung des französischen Atomwaffenpotentials sowie gegen ein auch nur kommunales Wahlrecht für Ausländer/innen. Für GE kandidierte im Umland von Paris (Oise) Lionel Stoléru. Stoléru war als Minister der Rechten unter Präsident Valery Giscard d' Estaing 1976 Urheber des Gesetzespakets »Lois Bonnet-Stoléru«, das die Immigration eindämmen wollte, und rühmte sich am 20. Mai 1988 im »Figaro-Magazine«: »Ich war es, der die Rückkehrhilfe geschaffen hat, ich war es, der die Grenzen dicht und Jagd auf die Illegalen gemacht hat.«

Dazu paßt, daß der frühere Chef der Bewegung »SOS Racisme«, Harlem Desir, Mitglied bei Génération Ecologie geworden ist (ohne auch nur die Forderung nach lokalem Ausländer/innen-Wahlrecht durchzubringen). Auch andere ehemals linke Aktivisten gehen den Weg des Öko-Recycling: Pierre Juquin, Ex-»Erneuerer« innerhalb der KP, Präsidentschaftskandidat 1988 im Bündnis mit radikalen Linken, ist inzwischen Mitglied der Grünen... und verschrieen als skrupelloser Karrierist. Die beiden Ökoparteien regieren die Region Nord-Pas de Calais gemeinsam mit dem PS, Languedoc-Roussillon mit den Rechten (RPR-UDF), die Region Paris mit dem RPR (Gaullisten) und Lothringen mit der UDF des Giscard d' Estaing. Im letzten Fall ist ihr Partner der Regionalratspräsident Gerard Longuet, in den 60er Jahren Führer der rechtsextremen Gruppe »Occident« (eine der Vorläufergruppen des Front National) und heute Chef des Parti Republicain (eine der Parteien, die im Bündnis UDF zusammengeschlossen sind). Im Wahlkampf boten sie sich über Monate hinweg den Rechten offen als Koalitionspartner an. Nach der »Big Bang«-Erklärung des Michel Rocard forderte der GE-Präsident Lalonde diesen zunächst auf, den Ökologen beizutreten, eine knappe Woche später erklärte er dann, er »akzeptiere die ausgestreckte Hand Rocards«. In Wahrheit ist er allein daran interessiert, Teile der Konkursmasse des PS für sein Projekt der Formierung einer neuen politischen Mitte aus »liberalen Sozialisten und sozialen Liberalen« zu übernehmen, wofür Lalonde ausdrücklich als »Hauptakteur ... die UDF oder Teile der UDF« gewinnen möchte. Er fügte hinzu: »Rocard ja, die Sozialisten nein. Den Big Bang ja, die big Gang nein.« Rocard und Lalonde kennen sich übrigens aus dem linksrevolutionären Parti Socialiste Unifié (PSU), dereinst Rückgrat des Kampfs gegen den Algerienkrieg und der Pariser Mai-Revolte 1968.

Die Ökoparteien haben sich als Rohrkrepierer entpuppt. Während der Parti Socialiste genau so tief abstürzte, wie ihm seit geraumer Zeit prognostiziert worden war (19 Prozent), konnten die Ökoparteien nicht mal im vorhergesehenen Ausmaß die PS-Verluste auffangen und erhielten kaum die Hälfte der ihnen prophezeiten Prozentpunkte (vorhergesagt wurden bis zu 19 Prozent, am Wahlabend blieben davon etwa 8 Prozent). Dies zeigt, daß es gegenwärtig in Frankreich eine wie diffus auch immer geartete »Reform-Alternative«, die relevante Bevölkerungsgruppen zu mobilisieren in der Lage wäre, nicht gibt. Die Gründe dafür liefert einerseits die globale Entwicklung im »Westen« nach dem Zusammenbruch des Realsozialismus, die dem Reformismus keine Spielwiesen mehr bietet. Innenpolitisch kommt andererseits der totale politische Bankrott der bisherigen Projekte des Reformismus hinzu, nach zehn Jahren »Linke an der Macht« (1981-86 und 1988-93), davon drei Jahre sogar mit Regierungsbeteiligung der Kommunistischen Partei (1981-84).

Präsentierten sich die Sozialisten des PS einst als Revolutionäre, die keine Revolution machen, so stehen sie heute als Reformer ohne Reformen da. Eine Umfrage im Januar 1993 ergab, daß der Rechten sogar ein größeres reformistisches Potential zugetraut wird als der real existierenden Linken: 31 Prozent der Befragten halten den RPR (Gaullisten) für »die reformerischste Partei«, 17 Prozent die Ökologisten, noch 11 Prozent den PS und ganze 5 Prozent den Parti Communiste. Das reaktionäre »Figaro-Magazine« (aus dem Imperium des Pressezaren Hersant, der unter dem Vichy-Regime an der Spitze der faschistischen Gruppierung »Jeune Front« stand) triumphierte: »Herr Mitterand wird in die Geschichte eingehen. ... Er wird in den edelmütigen Herzen Lichter gelöscht haben, die sich nicht wieder entzünden werden.« Und: »150 Jahre Sentimentalität der ›kleinen Leute‹ und des intellektuellen Romantizismus sind soeben in dieser Niederlage liquidiert worden, die auch den Mythos der französischen Revolution zum Klang der Begräbnistrommeln mit sich fortgerissen hat.«

Was hier nur angedeutet wird: Die Legitimationsbasis von 1789 – das bisherige Fundament aller politischen Kräfte inklusive der Bürgerlichen/Gaullisten mit Ausnahme der extremen Rechten, die schon immer Anti-1789 war – bröckelt. Wurde 1989 die 200-Jahr-Feier noch mit Prunk und Pomp begangen, so wird 1993 des enthaupteten Monarchen gedacht. Eine zu diesem Zweck arrangierte Festveranstaltung am 21. Januar 1993 auf der Place de la Concorde, die der PS-Polizeipräsident zunächst verbieten wollte, fand einen breiten Rückhalt in der Presse ebenso wie bei Mitgliedern der Academie Francaise, bei ehemaligen Ministern der Bürgerlichen usw. Der Schriftsteller Jean Raspail, dessen Sympathien für die Rechtsextremen bekannt sind, organisierte die Trauerfeier für Ludwig den XVI. und bekam im »Figaro-Magazine« und in »Paris-Match« viel Platz eingeräumt. Der »Figaro« gab ebenso wie die rechtsextreme Tageszeitung »Present« die Termine der »Gottesdienste für Ludwig XVI.« bekannt.

Auch die Linke, so bemerkte die Presse in diesem Zusammenhang, traue sich nun nicht länger mehr, über die »dunklen Seiten« von 1789 ff hinwegzusehen: Revolution heißt nur noch Terror, Guillotine, GULAG, Moskauer Prozesse...

Zusammen mit 1917 wandert gleich auch 1789 in den Mülleimer der Geschichte. Gesellschaftsveränderung, egal ob reformerisch oder revolutionär, gilt auch in Frankreich nur noch als Verstoß gegen die natürliche Ordnung.

Bernhard Schmid ist freier Autor und lebt in Köln und Paris

Konkret 05/93, S. 32

Ernst Lohoff

Schwächemessen in Moskau

Das Ende des Realsozialismus und seine Folgen haben nicht nur das linke Weltbild gründlich durcheinandergebracht. Den Apologeten von Marktwirtschaft und Demokratie geht es kaum besser, die politische und ökonomische Entwicklung im Osten überfordert ihre Vorstellungskraft. Ein Beitrag zum Stand der Reformkatastrophe in Rußland und zum Anteil, den Boris Jelzin an ihr hat

Wo es an rationalen Erklärungen mangelt, müssen Mythen her. So erfreut sich, wo es darum geht, die verwirrenden politischen Verhältnisse in Rußland zu deuten, seit Jahren eine neue Version der Legende vom Heiligen Georg großer Popularität. Schon Gorbatschow erwarb sich in der demokratischen Ikonographie den Ruf eines tapferen Drachentöters. Als dann Boris Jelzin vor eineinhalb Jahren während des Pseudoputsches in Moskau auf die Panzer stieg und dem »stalinistischen« Nomenklatura-Untier so unerschrocken entgegentrat, ging diese Rolle auf ihn über. In der westlichen Presse hatte er bis dahin als unberechenbarer Populist und Alkoholiker gegolten, nun wurde er als neuer Hoffnungsträger gefeiert. Der halbherzige Gorbatschow war angesichts des zähen Widerstands im Apparat eingeknickt und hatte das Tempo der Wirtschaftsreformen zurückgenommen; der mutige Boris, so die Erwartung, würde sich nicht einschüchtern lassen, die Schatten der Vergangenheit besiegen und das russische Volk schließlich ins marktwirtschaftliche Arkadien führen.

Ruhm ist vergänglich, Vorschußlorbeeren schimmeln schnell. Jelzin gilt zwar nach wie vor als einziger Garant dafür, daß Rußland nicht endgültig in Anarchie und Chaos versinkt; als Galionsfigur einer neuen demokratischen und marktwirtschaftlichen Etappe hat er jedoch bereits gründlich abgewirtschaftet. Die Kommentatoren atmeten auf, als der große Showdown zwischen dem Kongreß der Volksdeputierten und dem russischen Präsidenten mit einem vorläufigen Kompromiß endete, Enthusiasmus will jedoch nicht so recht aufkommen. Wie schon Gorbatschow vor ihm, so steckt auch Jelzin längst in der Defensive.

Diese Entwicklung ist weder neu, noch kann sie überraschen. Das marktwirtschaftliche »Reformprogramm«, an das Jelzin sein politisches Schicksal knüpfte, war von vornherein ein Flop. Schon die Versuche der Preisderegulierung, insbesondere die Freigabe der Lebensmittelpreise im Januar 1991, mit denen Jelzins Mannschaft unter Führung von Ministerpräsident Gaidar den Übergang in die Marktwirtschaft einleiten wollte, wirkten sich verheerend aus. Statt die Produktion zu stimulieren, führten sie nur zur weiteren Desorganisation des wirtschaftlichen Gefüges und beschleunigten die Massenverarmung. Die Einzelbetriebe waren nicht in der Lage, den stark ansteigenden Zahlungsverpflichtungen gegenüber ihren Vertragspartnern nachzukommen. Die bisherigen Zulieferer standen vor der Alternative, entweder die Versorgung einzustellen und damit den produktiven Kreislauf zu unterbrechen oder ihre Arbeit fortzusetzen und im stillen Einverständnis mit allen beteiligten Unternehmen einen Berg uneinlösbarer Verbindlichkeiten und Forderungen aufzuhäufen. In der Praxis setzte sich eine Mischung aus beiden Optionen durch. Einerseits zerriß das Netz gegenseitiger Abhängigkeiten an vielen Stellen, insbesondere dort, wo die neuen politischen Grenzen das Geflecht der wirtschaftlichen Beziehungen zerschnitten. Die Industrieproduktion brach ein und sank, nicht zuletzt aufgrund der Zahlungsschwierigkeiten, allein 1992 um weitere 25 Prozent. Andererseits überschritt schon im Juni 1992 die Verschuldung der Staatsbetriebe untereinander die 2 Trillionen(!!)-Rubelgrenze. Nach der großartigen Preisreform standen damit nicht nur die rückständigen Betriebe am Rande des Bankrotts, sondern unterschiedslos alle Unternehmen, unabhängig von ihrer jeweiligen Leistungsfähigkeit. Die Zahlungsunfähigkeit der Kunden zog die Zahlungsunfähigkeit sämtlicher Lieferanten nach sich.

Auf dieser maroden Basis war es natürlich unmöglich, eine Austerity-Politik nach polnischem Vorbild zu betreiben, die Staatsausgaben zu senken und die russische Währung zu stabilisieren, was sämtliche Ökonomen als Voraussetzung für eine (markt)wirtschaftliche Gesundung Rußlands betrachten. Die Fortführung der »Reform« hätte nichts anderes als eine flächendeckende Stillegung der gesamten russischen Wirtschaft bedeutet. Die staatliche Zentrale war, um überhaupt noch Teile der Produktion aufrechtzuerhalten, daher genötigt, den von den Industriekonglomeraten eingeschlagenen Kurs nachträglich zu sanktionieren und durch die Zahlung von Subventionen und Kreditvergabe abzustützen. Die Folgelasten der Reform zwangen die russische Führung somit dazu, genau jenen Mechanismus wieder in Gang zu setzen, den sie ursprünglich hatten durchbrechen sollen. Mangels ausreichender Steuereinnahmen konnte die Regierung des Ministerpräsidenten Gaidar diese Rettungsaktion nur mittels einer phantastischen Vergrößerung der Geldmenge bewerkstelligen. Die Folge dieser Notlösung liegt auf der Hand, und sie stellte sich denn auch prompt ein. Die Hyperinflation marschiert. 1991 verlor der Rubel bereits 90 Prozent seiner Kaufkraft, 1992 stieg die Inflationsrate im Gefolge der abgebrochenen Reformoffensive auf satte 2000 Prozent.

Der erste Schritt in Richtung Marktwirtschaft, die Preisderegulierung, verunmöglichte den nächsten, die Konsolidierung der russischen Währung. Es war nur die logische personelle Konsequenz, daß Jelzin reformskeptische Kräfte auch im Kabinett berücksichtigen mußte und im Dezember ‘92 Premier Gaidar durch den subventionsfreundlicheren Erdgaslobbyisten Tschernomyrdin ersetzte. Die Abkehr vom suizidalen Reformkurs hatte sich aber schon lange vorher,

unabängig vom Austausch des Spitzenpersonals, still und leise vollzogen. Spätestens im Sommer ‘92 war die Reform als Gesamtkonzept zu einem Potemkinschen Unternehmen geworden. Die Hauptfunktion der Reformfassade bestand bereits seit einiger Zeit nur mehr darin, den IWF und andere Kreditgeber bei Laune zu halten. Während Kagalowskji, der Regierungsbeauftragte für die Verhandlungen mit dem IWF, dem IWF-Generaldirektor und Generalsanierer Camdessus im Juli noch über die in Angriff genommene Beschränkung der Staatsausgaben Rapport erstattete, betrieb das Finanzministerium schon längst eine gegenteilige Politik. Natürlich konnte die Trendwende den IWF-Oberen auf Dauer nicht entgehen. Aus politischen Gründen war der IWF allerdings nicht in der Lage, Jelzins Garde offen zu attackieren. Seine Antwort war subtiler, und sie lag auf der Linie der russischen Mitspieler. Der frustrierte russische Ökonom und Radikalmarktwirtschaftler Grigorij Jawlinski brachte das Spielchen zwischen russischen »Reformern« und ihren westlichen »Helfern« auf den Punkt: »Der Westen tut bloß so, als ob er Geld gibt, und die russische Regierung tut im Gegenzug nur so, als ob sie die Wirtschaft reformiert.«

Auf der reformkatastrophischen Basis einer erodierten Planung des Marktes findet dynamisches Unternehmertum nur in den längst auf Dollar und Deutschmark umgestellten Bereichen Spekulation, Kriminalität und Schieberei ein Betätigungsfeld. Gaidar hatte gehofft, mit der Preisfreigabe, wie einst sein großes Vorbild Ludwig Erhard mit der Währungsreform, den Schwarzmarkt auszutrocknen. Seine Maßnahmen bewirkten aber das genaue Gegenteil, die Verallgemeinerung der Schattenwirtschaft. In diesem mit den Überresten der alten Staatswirtschaft verschwisterten inoffiziellen Sektor liegen denn auch die einzigen Wachstumsbranchen des Landes. Alles, was nicht niet- und nagelfest ist, Kunstgegenstände, Atomsprengköpfe, Rauschgift, Edelmetall, Eishockeyspieler, wandert mehr oder weniger legal und gegen Devisen ins Ausland. Die Masse der Bevölkerung macht im kleinen und auf mieser Rubelbasis diese Entwicklung mit. Sie erlebt ebenso wie die Volkswirtschaft als Ganzes einen Prozeß, den famose Volkswirtschaftler »Entsparung« getauft haben. An den Straßenrändern zwischen Wolgograd und Irkutsk herrscht reges Treiben, wenn Omas Gebiß, das Kommödchen, das ja immer so viel Platz in der engen Wohnung wegnahm, und der entbehrbare zweite Wintermantel notverkauft werden.

Dieser Zustand läßt sich schwerlich schönreden. Jede Fernsehreportage und jeder Korrespondentenbericht liefert reichlich Anschauungsmaterial. Die »Schuldfrage« ist damit aber noch nicht geklärt. Viele Beobachter machen in erster Linie die Inkompetenz der Jelzin-Gaidar-Crew dafür verantwortlich, daß der Plan der Überführung der Staatswirtschaft in eine Marktwirtschaft ins Desaster führte. Tatsächlich ist Jelzin mit den Niederungen wirtschaftspolitischer Regulation kaum vertraut, und über seinen Wirtschaftsexperten Gaidar äußerten sich Eingeweihte in der Regel abfällig. Ein Aufsichtsrat eines großen deutschen Unternehmens etwa, der namentlich nicht genannt sein wollte, gab gegenüber der »Wirtschaftswoche« zum besten, »daß Gaidar wohl nicht einmal eine Frittenbude vernünftig organisieren könnte«. So zutreffend derlei Anwürfe auch sein mögen, sie stoßen kaum zum Kern des Problems vor: Die Aufgabe, die die marktwirtschaftlichen Reformer übernommen haben, ist undurchführbar. Wer immer sie in Angriff nimmt, kann sich nur blamieren, und es bedurfte schon einer gehörigen Portion Blauäugigkeit, sich überhaupt an ihr zu versuchen. Gaidar und Konsorten sind sicherlich erschreckend naiv, aber gerade diese Naivität teilen sie mit allen übrigen Reformkräften, und dadurch erst qualifizierten sie sich für ihre Aufgabe.

Gaidars Reformschritte unterschieden sich kaum von dem Maßnahmenkatalog, mit dem der besserwisserische Jawlinski und sein US-amerikanischer Kompagnon Jeffrey Sachs schon unter Gorbatschow die Sowjetunion in 500 Tagen zur Marktwirtschaft führen wollten. Entsprechend widersprüchlich fallen denn auch die Kritiken aus, die Gaidar im eigenen Lager erntete. Für die einen ging er zu langsam vor, den anderen ging alles zu schnell. Das Grunddilemma aber läßt sich durch Temporegulierung und Veränderungen in der Reihenfolge einzelner Reformschritte nicht beseitigen. Vom Standpunkt des Weltmarkts nämlich wäre die gesamte russische Nationalökonomie als nicht wettbewerbsfähig stillzulegen. Die Verwer-tungsbewegung des Weltkapitals stempelt90 Prozent der 150 Millionen Bewohner Rußlands zu überflüssigen Essern, die sich nie und nimmer in die weltkapitalistische Verwertungsmaschinerie werden integrieren lassen.

So wenig die einzelnen Reformen geeignet sind, ein praktikables Entwicklungsprogramm für Gesamtrußland in Gang zu setzen, so wichtig sind sie als Waffe im innerrussischen Verteilungskampf. Die Preisfreigabe kann zwar nicht die Rahmenbedingungen einer funktionstüchtigen Marktwirtschaft herstellen, sie liegt aber vor dem Hintergrund einer kollabierenden Gesamtökonomie im Interesse einiger Industriezweige und der in diesen Bereichen aktiven »Mafia«fraktionen. Schließlich verschwinden die »Reformer« mit dem Scheitern ihres Programms nicht von der Bildfläche. Um sie sammeln sich auch weiterhin all jene Industriezweige und Regionen, die durch den Verkauf von bisher künstlich verbilligten Gütern wie Öl, Gas, anderen Energieträgern und Rohstoffen zu Weltmarktpreisen (am besten gleich gegen Devisen) ihr Schäflein ins Trockene bringen möchten. Nicht nur alte Anhänglichkeit und schon gar nicht ein besonders hochentwickeltes demokratisches Bewußtsein macht die Bergleute des Kuzbass zu einem Teil von Jelzins Hausmacht. In erster Linie suchen sie den Schulterschluß mit Jelzin, weil seine »liberale« Linie ihnen die vergleichsweise erfreuliche Perspektive bietet, ein attraktives Mangelgut wie die Steinkohle auf eigene Rechnung zugunsten des eigenen Betriebs und der eigenen Region vermarkten zu können.

In Gebieten, die Vergleichbares nicht zu bieten haben, etwa in den von der abgetakelten Schwerindustrie geprägten Rayons, kann die gleiche Aussicht dagegen nur Bestürzung auslösen. Was für die Kumpels im Kuzbass eine Hoffnung ist, fürchten die von deren Kohlelieferungen abhängigen Kollegen im Stahlbezirk Nowosibirsk zurecht als blanken Horror. In diesen von endgültiger Abkopplung bedrohten Regionen haben denn auch die »Konservativen« ihre Hochburgen, deren Bewohner sich in die seligen Zeiten staatlich organisierter Arbeit zurücksehnen und sich gegen die Reformentwicklung stemmen. Hier braut sich auch jene explosive ideologische Mischung aus purer Verzweiflung, Stalinismus, orthodox eingesegnetem großrussischem Chauvinismus, Antisemitismus und Faschismus zusammen, die Rußland in ein überdimensionales Bosnien-Herzegowina zu verwandeln droht.

Die westlichen Beobachter nehmen den Kampf zwischen Jelzin und seinen Widersachern als die Auseinandersetzung zwischen westlich orientierten Demokraten und den Vertretern einer konservativen, altkommunistischen Strömung wahr. In Rußland, so heißt es, prallen demokratische Reformer und unverbesserliche Exkommunisten aufeinander, die ein Zweckbündnis mit chauvinistischen Kreisen eingegangen sind. Dieses Interpretationsraster ist nicht nur deshalb verwirrend, weil die Hammer- und Sichelfraktion, seit 70 Jahren in allen Parlamenten dieser Welt linksaußen angesiedelt, plötzlich mit dem Etikett »rechts« und »konservativ« behängt wird. Die Gegenüberstellung wird überdies dem wirklichen Konflikt nur sehr bedingt gerecht und trifft angesichts der hoffnungslosen Zerrüttung des Landes heute weniger denn je.

Demokratisches Bewußtsein existiert in Rußland nur bei einer dünnen, selbst in den Großstädten minoritären Schicht. Außerhalb von Moskau und Sankt Petersburg gab und gibt es faktisch keine demokratische Strömung im westlichen Sinne. Wenn Jelzins Gegner regelmäßig als Altapparatschiks denunziert werden, so müßte dieses Verdikt Jelzin und seine Mannschaft genauso treffen. Die gesamte politische Klasse rekrutiert sich aus ehemaligen Mitgliedern der KPdSU, die einst das politische Leben des Landes monopolisierte. Die heutigen Frontlinien zeichneten sich schon innerhalb der alten Einheitspartei ab. Die Widersprüche, vor allem zwischen den Regionen des russischen Reiches, haben nur mittlerweile ihren Vermittlungsrahmen gesprengt. Jelzin vertritt nach wie vor sein angestammtes Klientel, wenn auch um Bündnispartner ergänzt, die er bereits als Moskauer Parteichef repräsentierte. Die Kontinuität betrifft übrigens nicht nur die soziale Basis, sondern auch die Methoden des politischen Kampfes. Die Art und Weise, in der Jelzin und die Seinen die »Demokratie« durchzusetzen suchen, läßt sich nur schwerlich mit den im Westen üblichen Standards vereinbaren, sie erinnert eher an die mittlerweile verbotene »totalitäre« Partei. In Jelzins Moskauer Hochburg ist es beispielsweise gang und gäbe, daß die »liberalen« Kräfte die Redaktions- und Druckräume regierungskritischer Blätter von der Energieversorgung abschneiden und aufmüpfige Fernsehjournalisten mit massiven Pressionen auf Kurs bringen. Jelzins Staatsstreichpläne zeugen ebensowenig von demokratischem Stil. Die Fernsehrede, in der er seinen Gegnern die Zwangsauflösung des Volksdeputiertenkongresses androhte, spricht jedenfalls eine etwas andere Sprache: »Man darf ein Land und seine Wirtschaft besonders in Krisenzeiten nicht mit Hilfe von Abstimmungen, Zwischenrufen vom Mikrofon aus und über parlamentarisches Gequassel und Demonstriererei führen. Das ist der direkte Weg ins Chaos, in den Tod Rußlands.«

Die landläufige Sichtweise tut aber nicht nur den Reformern unrecht. Westliche Beobachter neigen dazu, sich auch von der »stalinistischen« Gegenkraft ein falsches Bild zu machen. Die Befürchtung aus den Putschtagen, die alte Garde könne ein großrussisches militarisiertes Regime installieren, spukt noch immer durch die Köpfe. Nichts ist aber so utopisch wie die Vorstellung eines autoritär geeinten Großrußland. Die Altstalinisten bilden keine kohärente landesumspannende politische Kraft. Politisches Gewicht haben sie allein im regionalen Rahmen, und dort treten sie als Lokalmatadoren auf, die jeweils ihre eigenen Interessen und die ihrer Gebietskörperschaft verfolgen. Gemeinsam ist ihnen nur die Ablehnung der Jelzinlinie, sie haben weder ein alternatives gesamtrussisches Konzept anzubieten noch verfügen sie über eine eigene Führung. Es war eben kein Zufall, daß der coup d'état vom August 1991 so jämmerlich ausfiel, und es kommt auch nicht von ungefähr, daß der Anti-Jelzinaufstand dieses Winters nicht von zu allem entschlossenen Rebellen getragen wurde, sondern – so jedenfalls der Stand Anfang April – wie das Hornberger Schießen endete. Die Altstalinisten haben keine Integrationsfigur aufbieten können; den Kampf gegen Jelzin organisierte ausgerechnet der als Vertreter der verhaßten tschetschenischen »Mafia« verdächtigte Ex-Jelzinist Chasbulatow. Jelzin war es einst (nach seinem Triumph im August 1991) erst im siebten Anlauf gelungen, Chasbulatow gegen den erbitterten Widerstand der »Konservativen« als Parlamentspräsidenten durchzudrücken, eineinhalb Jahre später haben die Jelzingegner als Anführer niemand anders zur Verfügung als diesen mittlerweile mit dem Präsidenten über Kreuz geratenen unsicheren Kantonisten.

Der Machtkampf zwischen Jelzin und dem Kongreß der Volksdeputierten hatte nur einen Sieger – die diversen lokalen Machthaber. Sie orientierten sich allein an ihren eigenen Interessen, was Jelzins einstweiliges politisches Überleben garantierte, da er als Konkursverwalter der Zentralgewalt mehr zu bieten hatte als seine Konkurrenten. Die russischen Regierungsbezirke beanspruchen Souveränität und wirtschaftliche Autonomie, und der Intrigenkampf in Moskau verschafft ihnen die Gelegenheit, dieses Anliegen auch durchzusetzen. Der Gebietschef der Ölregion Tjumen beispielsweise fordert nicht nur »Alle Macht den Provinzen«, er und andere erhielten auch den verlangten Preis. Gewinne und Steuereinnahmen, soweit sie anfallen, bleiben fürderhin bei den Provinz-Warlords. Um sich die Rückendeckung der Kuzbass-Kumpel zu sichern, mußte Jelzin für die Zentralgewalt auf 50 Prozent der bisherigen Gewinnabschöpfung aus den Kohlegruben

verzichten. Die Kosaken schworen Jelzin einstweilen die Treue, nachdem er ihnen die Aufstellung eigener Militärverbände und das Recht auf private Landnahme zugebilligt hatte. In welchen Schlachten diese Kämpfer einmal eingesetzt werden, wird die Zukunft erweisen, sie werden aber wohl kaum immer brav nach Jelzins Pfeife tanzen, sondern im Takt eigener Märsche in eigene Schlachten ziehen.

Das Kuhhandelsgeflecht, in dem die russische Föderation demontiert wurde und weiter wird, ist heute noch nicht übersehbar. Immerhin ist der Entwicklungstrend eindeutig. Die Moskauer Zentralgewalt verkommt immer mehr zu einer belanglosen Instanz, die kaum noch Bedeutung für die auseinanderstrebenden Landesteile hat. Auf dem Höhepunkt des Machtkampfs, als Jelzins lange angekündigte TV-Ansprache zum Kampf mit dem Volksdeputiertenkongreß ausgestrahlt wurde, lag die Einschaltquote in Moskau bei 75 Prozent. In der russischen Provinz interessierten sich dagegen nur 5 Prozent der Fernsehbesitzer für dieses Ereignis. Ein Ausdruck der Tatsache, daß der sowjetische Gesamtstaat seit zwei Jahren Geschichte ist und auch Gesamtrußland heute nur mehr auf Abruf existiert. Wer sich noch immer nicht an unabhängige politische Einheiten wie Tadschikistan und Moldawien gewöhnt hat, dem steht da noch einiges bevor. Jakutien, Udmurtien, Mordwinien und viele andere Gebilde stehen bereits auf dem Sprung zu eigener »nationaler Größe«. Landesweit droht eine Massaker-Ökonomie zum Wohle lokaler Polit-Banden auf Kosten der eigenen Bevölkerung und insbesondere der örtlichen Minderheiten.

Zu Beginn der Neuzeit war Politik die Angelegenheit einiger einander befehdender lokaler Herren, die zwischen privater und öffentlicher Kasse nicht unterscheiden konnten. In Rußland, aber nicht nur dort, nähern wir uns diesem Ausgangspunkt auf einem gänzlich anderen Vergesellschaftungsniveau wieder an. Politik und Raubrittertum verschmelzen zu einem Gesamtkomplex. Aus den Überresten des Staatsapparats, insbesondere seiner Sicherheitsabteilungen, bilden sich im »Kollaps der Modernisierung« marodierende Banden, die – unter welchem ideologischen Vorzeichen auch immer – nur noch mit Mord und devisenträchtigen Beutezügen beschäftigt sind. Eine gesellschaftliche Selbstorganisation müßte sich gegen sie und ihre in Dollar und Deutschmark ausdrückbaren Eigeninteressen jenseits der Staatlichkeit formieren.

Ernst Lohoff kommentierte in KONKRET 10/91 die Auflösung der UdSSR

Konkret 05/93, S. 36

Erwin Riess

Groll zeigt Flagge

Der Rhein-Main-Donau-Kanal und das Ende der österreichischen Neutralität. Eine Feiertagsgeschichte

An einem sonnigen Herbsttag saß Groll, ein Rollstuhlfahrer aus Wien-Floridsdorf, am Donauufer unterhalb von Regelsbrunn und beobachtete mit einem Feldstecher den Schiffsverkehr. Vor sich hatte er auf einem Campingtischchen nautische Karten und ein Handbuch der Donaulotsen ausgebreitet. Auch ein Megaphon sowie einige Signalflaggen lagen auf dem Tisch. Fuhr ein Schiffsverband vorbei, führte Groll je nach Herkunftsland unterschiedliche Flaggensignale aus. Manche Kapitäne antworteten mit einem kurzen Stoß des Schiffshorns, einige winkten zurück, andere wiederum drohten mit der Faust. Jedes Schiff wurde von Groll in ein Buch eingetragen.

Als er den Blick vom Fluß wandte, fiel ihm in einiger Entfernung ein hagerer Mann auf, der langsam näher kam. Durch das Fernglas erkannte Groll in dem Mann seinen Freund Tritt, einen Soziologie-Dozenten und Hobby-Vogelkundler aus Wien-Hietzing. Groll ordnete seine Schriften und stapelte sie zu einem Stoß. Auch Tritt hatte Groll jetzt erkannt, er rief Worte der Begrüßung über ein schmales Gerinne. Anstelle einer Antwort zog Groll aus dem Gestänge seines Rollstuhls eine Krücke hervor, befestigte an ihr eine Flagge und schwenkte daraufhin mit beiden Händen die Totenkopffahne. Tritt, eine Reiherfeder hochhaltend, rief über das Wasser: »Welch prachtvoller Vogel! Ein Pirat an der Donau! Ich begrüße Sie, Freund Groll. Wie komme ich trockenen Fußes zu Ihnen?«

Groll griff zum Megaphon. »Gehen Sie zurück nach Regelsbrunn, besuchen Sie die Abendandacht in der Ortskirche, nehmen Sie hernach den Regionalzug nach Petronell und lassen Sie sich dann von einem Fischer nauwärts rudern!«

Tritt lachte und winkte ab. »Ich werde über den Steindamm gehen, wozu trage ich Gummistiefel? Wie tief ist denn das Wasser auf Ihrer Seite?«

»Es ist tiefer als Ihr Wesen, aber seichter als Ihre Rede«, antwortete Groll. »Vor sich sehen Sie keinen Damm, sondern ein strombautechnisches Meisterwerk, einen sogenannten Leitwerk-Fluter.«

Kopfschüttelnd machte Tritt sich daran, vorsichtig einen Fuß vor den anderen setzend, den wenige Handbreit überfluteten Steindamm zu überqueren.

»Mit seinen langen Armen und dem markanten Profil ähnelt er einem nestflüchtigen Reiher«, dachte Groll. Interessiert beobachtete er Tritts Balanceakt. Als dieser sich in der Mitte des Gerinnes befand, rief Groll ihn durch das Megaphon an: »Halt, stehenbleiben!« Tritt gehorchte. Mühsam hielt er das Gleichgewicht. »Gehen Sie keinen Schritt weiter! Sie befinden sich an der Demarkationslinie. Zuwiderhandeln zieht behördliche Verfolgung nach sich!« Groll setzte das Megaphon ab.

»Machen Sie keine Witze, ich kann mich so schon kaum halten«, rief Tritt zurück. »Von welcher Demarkationslinie sprechen Sie?«

»Von der Demarkationslinie zwischen dem Arbeiterfischereiverein Regelsbrunn und dem Fischereigewässer der forstlichen Stiftung Graf Abensperg-Traun. Sie stehen vor einer historischen Wegscheide: Republik oder Fürstenwillkür! Entscheiden Sie sich! Wenn Sie die Republik wählen, legen Sie Ihr Visum den Fischen zur Kontrolle vor. Andernfalls bin ich gezwungen, Sie unter Feuer zu nehmen.« Daraufhin bestrich Groll mit gezielten Steinwürfen das Wasser beiderseits des Leitwerks, so daß Tritt einige Spritzer abbekam.

»Hören Sie mit dem Unfug auf!« protestierte Tritt. »Ich bitte Sie!«

»Zeigen Sie den Fischen zuerst Ihr Visum!«

»Aber ich habe doch kein Visum für Petronell!« schrie Tritt in höchster Not.

»Nehmen Sie den Ausweis der Bundesbahn, er ist ein republikanisches Dokument.« Groll bückte sich, um weitere Steine einzusammeln. Tritt hatte aber schon aus seiner Jacke einen Ausweis hervorgezogen, er fuchtelte damit herum und verlor fast das Gleichgewicht.

Groll lenkte ein: »Sie können passieren. Die Behörde macht Sie aber darauf aufmerksam, daß Sie jederzeit wieder abgeschoben werden können, sollten Sie die Gesetze der Republik verletzen.«

Behende sprang Tritt von Stein zu Stein und arbeitete sich dann die Böschung hoch.

»Ihre Scherze, lieber Groll, werden immer bösartiger. Was, wenn ich ins Wasser gefallen wäre!«

»Dann, lieber Tritt, hätte ich die Strompolizei in Wildungsmauer benachrichtigt.«

»Und wie lange, liebster Groll, hätten Sie dazu gebraucht?«

»Liebster Tritt: Nicht länger als eine Stunde.« Er reichte ihm die Hand, Tritt schüttelte sie erfreut.

»Was führt Sie in die Au?« fragte Groll.

»Das gleiche könnte ich Sie fragen«, antwortete Tritt. »Ich studiere eine Reiherpopulation, Sie ahnen gar nicht, wie aufschlußreich ein Vergleich der Sozialordnung der Reiher mit jener der menschlichen Gesellschaft sein kann.«

»Oh, das glaube ich gern«, sagte Groll, »der Reiher hat einen großen Schnabel, stolziert auf hohen Beinen durch den Dreck und hält sich für etwas Besseres. Wenn man ihn schief anschaut, flieht er in Panik. Sie sollten eine vergleichende Untersuchung anstellen. Wie wäre es mit dem Titel: ›Verhaltensidente Monotonie von tanzenden Reihern und balzenden Soziologen?‹

Ein ukrainisches Schubschiff, die langsam bergfahrende HANOI, setzte ein langes Signal mit dem Schiffshorn ab. Groll schlug in seinem Katalog nach, zog zwei Fähnchen hervor und begann Signale zu flaggen.

»Was machen Sie da?« Tritt hockte sich neben Groll nieder.

Die HANOI fuhr vorbei, ein Mann trat aus dem Führerhaus und winkte. Groll legte die Flaggen beiseite und grüßte zurück.

»Ich lotse die Schiffe durch Untiefen. Wenn Sie so wollen, bin ich der erste rollende Leuchtturm.« Er studierte das Schiff eingehend durch das Fernglas.

»Untiefen? Vom Ufer aus? Mit Flaggen? Sie gestatten, daß ich zweifle.« Tritt kratzte sich mit der Reiherfeder am Rücken.

»Es gibt auch Untiefen im übertragenen Sinn. Gerade vor diesen muß man die Menschen warnen«, antwortete Groll.

Auf dem Schiff erschien eine dicke Frau in einer Tür auf dem Deck, Tritt winkte ihr zu, sie musterte ihn kurz und leerte einen Kübel mit Küchenabfällen in den Fluß.

»Sie sind heute sehr hilfsbereit. So kenne ich Sie gar nicht«, sagte Tritt.

»Weil heute für alle Menschen guten Willens ein hoher Feiertag ist.« Groll winkte der Frau, sie winkte zurück.

»Davon weiß ich nichts.«

»Ich sagte ja: für alle Menschen guten Willens.«

Tritt setzte sich auf den Boden und zog den rechten Stiefel aus.

»Und da feiern Sie ganz allein?« Er goß Wasser aus dem Stiefel.

»Muß ich mich wiederholen?« Groll versuchte, aus dem Netz seines Rollstuhls etwas hervorzuziehen.

»Darf ich Ihnen helfen?« Tritt sprang auf und hüpfte auf einem Bein zu Groll.

»Bitte. Greifen Sie in das Netz und entnehmen Sie ihm die Flasche. Ich werde mit Ihnen auf den heutigen Festtag anstoßen!«

Tritt holte aus dem Netz eine Flasche St. Emilion und zwei Gläser hervor und stellte sie vor Groll auf den Tisch.

»Vielen Dank.« Groll entkorkte die Flasche. »Darf ich Sie darauf aufmerksam machen, daß Sie möglicherweise auf dem verkehrten Bein stehen?« Tritt blickte zu Boden und sah, daß er auf dem rechten, nur mit einem Socken bewehrten Fuß stand. Das linke Bein mit dem Gummistiefel hatte er nach hinten weggestreckt. Er wechselte das Standbein und ging, mit beiden Beinen auftretend, zu dem im Gras liegenden Stiefel und zog ihn an.

»So aufgekratzt habe ich Sie das letzte Mal erlebt, als Kurt Waldheim die Wahl gewonnen hat. Auch damals waren Sie sehr beschwingt, sie sagten, endlich ein Präsident, der dem Land zu Gesicht steht.«

Groll nickte. »Auch heute bin ich lyrisch gestimmt. Hören Sie zu.« Er schlug das Buch auf und las: »In den Nebeln der Zeit stritten sich die Meere darum, wer denn die größte Wasserfläche besitze. Daraufhin empörten sich einige kleinere Meere und wurden dafür von den Weltmeeren unter die aus den Fluten auftauchenden Wüsteneien verbannt. So kam es, daß sich viele Meere unter den Landmassen einrichteten. Manche schreckten sogar nicht einmal davor zurück, sich als Mineralwasser zu verdingen. Die ungestümsten unter den Meeren wurden aber nicht unter die Erde gezwungen, ihre Aufgabe sollte es fortan sein, die Erdbewohner mit dem Bewußtsein der Abgeschiedenheit und der Empörung gegen dieses Schicksal zu erfüllen. So entstanden die großen Flüsse. Sie brechen in den Gebirgen auf wie Geschwüre, zerreißen das Land in Talschaften und stürzen den Meeren entgegen. Die Flüsse zerteilen das Land wie Chirurgen das Fleisch und schaffen es auf diese Weise neu. Sie sind Aderlässe der Natur, sie entführen den Unrat und die Gemeinheit der Seßhaften. Sie heilen ohne Unterlaß.« Groll schloß das Buch.

»Ein schöner Text«, sagte Tritt. Von wem er stamme?

»Von einem vergessenen Dichter des achtzehnten Jahrhunderts«, antwortete Groll, »Justus Lenk aus Rohrendorf bei Krems. Leider gibt es nur wenige Menschen, in denen das Wissen um den Strom weiterlebt: Fischer, Strompolizisten, Bauarbeiter.« Bauarbeiter? Die würden doch den Fluß verstümmeln, in Beton zwingen!

»Sie bauen Wege für Rollstuhlfahrer. Sie öffnen uns den Fluß und somit die Welt. Beton ist, was wir daraus machen. Durch den der Donau aufgezwungenen Beton wurde sie von einem Fluß an der Peripherie des Weltmarkts zu einem Strom der Aufklärung. Ohne Beton kein Kanal und ohne Kanal keine Hoffnung für dieses Land.«

Aber Groll habe doch auch gegen das Kraftwerk Hainburg demonstriert!

»Ich habe gegen das Kraftwerk Hainburg demonstriert, nicht weil ich die Staumauer verhindern wollte, sondern weil ich es Hainburg, dieser kleinkarierten Stadt, die es nicht einmal zu einem ordentlichen Donaurestaurant gebracht hat, nicht gönne, daß es durch die Steuern der Kraftwerksbetreiber reich wird. Ich habe nicht gegen das Kraftwerk, ich habe gegen Hainburg demonstriert. Sie werden aus meinem Mund nie ein Wort gegen rollstuhlgerechte Donaubegleitwege vernehmen! Der Mensch ist in die Welt gesetzt,um Ordnung ins Chaos der Natur zu bringen. Wenn diese das Chaos an die Menschen weiterreicht, so ist das durchaus in Ordnung.«

Ein alter rumänischer Schlepper, die DRAGASANI, näherte sich, talwärts fahrend. Groll schwenkte heftig seine Signalflaggen, ein Mann trat aus dem Führerstand, drohte mit der Faust und rief Schmähungen.

»Was haben Sie dem Schiff signalisiert?« fragte Tritt atemlos.

Groll öffnete sein Buch und drehte es Tritt zu. Der las laut: »Signal für Rumänien: Steigt König Michael empor, sprenge ich das Eiserne Tor!«

Groll nickte zufrieden.

»Und das ukrainische Schiff? Welche Botschaft hatten Sie für das ukrainische Schiff bereit?« Groll blätterte eine Seite um, Tritt las: »Kein roter Stern am weißen Schiff? Ich wünsche Bruch am nächsten Riff!«

Tritt war außer sich. »Lieber Freund! Sie gefährden mit diesen Signalen die Schiffahrt.«

»Das hat vorige Woche der Kapitän der deutschen ANNA BLOMBERG auch gerufen, bevor er auf jener Sandbank dort drüben auf Grund gelaufen ist«, antwortete Groll nicht ohne Stolz.

»Ich möchte nicht wissen, was Sie dem Kapitän geflaggt haben«, sagte Tritt.

»Bismarck, U-290, Gneisenau. Auch du säufst heut noch ab: Helau!« sagte Groll.

Tritt schüttelte verzweifelt den Kopf.

Offensichtlich fehle ihm das richtige Verständnis für das Signalwesen in Zeiten unruhigen Fahrwassers, meinte Groll. Er werde für heute aber über diese Unzulänglichkeit hinwegsehen, es gelte den historischen Moment zu würdigen, da Österreich durch den Wasserweg mit der Aufklärung verbunden wird.

Das Glas erhebend sprach er in feierlichem Ton: »Heute, am 30. September 1992 um neun Uhr vormittag ist das erste Schiff, das den Rhein-Main-Donau-Kanal passiert hat, im Wiener Hafen eingetroffen. Es handelt sich um den Schüttgut-Selbstfahrer LIBRE II aus Rotterdam. Der Kapitän hat die Ladung, nigerianische Erdnüsse und französischen Rotwein in Stahltanks, unverzüglich – ohne einen Schritt an Land zu setzen – gelöscht und befindet sich mit dem Rest des Ladeguts, englischen Kondomen und dreißigtausend Bibeln in Slowakisch auf dem Weg nach Bratislava. Jetzt wird die LIBRE II auf der Höhe von Deutsch-Haslau sein. Hoffentlich läuft sie nicht auf Grund, die Donau ist bei Niederwasser fast so schwer zu befahren wie der Weiße Nil oberhalb von Khartum.«

Woher Groll denn das wisse?

Er sei nicht immer im Rollstuhl gesessen. Im übrigen solle Tritt nicht vom wichtigsten Datum in der tausendjährigen Geschichte Österreichs ablenken, seit heute liege Österreich an der Nordsee und nicht an trostlosen Lacken, die in noch trostlosere Tümpel übergehen.

»Sie sprechen vom Schwarzen Meer und vom Mittelmeer?« fragte Tritt.

»Ich spreche von Brackwasser, von mit Lehm verklumpten Suhlen, deren lächerliche Gezeiten noch unter den Krebsen für Empörung sorgen. Diese Hochstapler der Tektonik, die an Tiefe und Gehalt von jedem mittleren Gletschersee übertroffen werden, diese Karikaturen der Ozeane, die sich den Ehrennamen Meer aneigneten wie die ukrainische Mafia die sowjetische Donauflottille, möchte ich nicht in einem Atemzug erwähnt wissen mit den Weltmeeren, dem Atlantik und dem Pazifik. In dieser Stunde hört Österreich auf, ein Binnenland zu sein, wir vereinigen uns mit dem Atlantik, dem Golf- und dem Benguelastrom. Es wächst zusammen, was nie zusammen gehörte. Der Wurmfortsatz findet einen Ausgang. Österreichs Isolation ist ausgestanden, anstatt in seinem Inneren zu wühlen, kann das Land sich glücklich entäußern. Es tut nichts zur Sache, daß dieser Glücksfall die Österreicher ebenso unvorbereitet wie unverdient trifft. Die Weltläufigkeit ist keine Frage der Kultur, sie ist eine Frage des Wasserstands.«

»Eine kühne Sichtweise!« Tritt nahm einen Schluck vom Rotwein.

»Die einzig mögliche.« Groll folgte seinem Beispiel. »Wenn Sie je gesehen haben, wie ungezwungen sich weltoffene Menschen in einer Küstenstadt inmitten jahrhundertealter Kulturgüter bewegen...«

»Wo wurden Sie Zeuge eines derartigen Schauspiels?«

»In Antwerpen, im Jahre 1987. In jener wunderbaren Stadt an der Mündung der Schelde wurden damals im Dom, einem imposanten Tempel des frühen Handelskapitalismus, Ausgrabungen vorgenommen. Auf dem Tabernakel lagerten die Überreste mumifizierter Priester, und daneben saßen die Archäologen und verspeisten ihre Jause. Zu ihren Füßen drängelten sich Schulkinder, sie erörterten lebhaft und pietätvoll die einstigen Berufe der halb verwesten Leichen. Das, lieber Tritt, nenne ich Weltoffenheit, so sieht der respektvolle Umgang selbstbewußter Bürger mit dem Tod aus, so eignen sich weltoffene Menschen kulturelles Erbe an. Stellen Sie sich nur einmal vor, im Stephansdom würden vor den Augen des Publikums Priester freigelegt. Den Widerschein der Scheiterhaufen würde man noch an der Hofburg flackern sehen, und die Schreie der gesteinigten Archäologen würden durch den Volksgarten ziehen wie Herbstnebel!

In Brüssel habe ich das schönste architektonische Ensemble in meinem Leben gesehen, eine Barockkirche, die vollständig von Geschäften eingemauert ist; das Kirchenschiff dient als Lagerhalle, mein Begleiter und ich weinten Tränen der Freude, als wir dieses tröstlichen Kleinods ansichtig wurden.« Groll nahm einen Schluck vom Wein. »Und in Wien streiten die Menschen darum, ob hinter barocken Pferdeställen ein schmalbrüstiger Turm aufgeführt werden darf!

Fahren Sie einmal mit dem Rollstuhl durch Brüssel, rollen Sie durch die Altstadt; die Gehwege sind abgeschrägt, die Fußgängerzonen verfügen über einen menschengerechten Belag. Im Gegensatz dazu ist der neu gestaltete Minoritenplatz einer der gefährlichsten Orte ganz Wiens. Täglich verunglücken dort Fußgänger, weil sie auf der zerklüfteten Steinlandschaft straucheln. Nicht wenige Kleinkinder, die in Kinderwägen über die Waschrumpel geschleift werden, müssen danach mit einem Schädel-Hirn-Trauma ins Spital gebracht werden; vorwitzige Rollstuhlfahrer bezahlen das Befahren des Platzes mit Achsbrüchen und, falls sie es wider Erwarten bis zur Bruno Kreisky-Gasse schaffen, mit tagelangem Doppelsehen und hartnäckigem Drehschwindel. Das kommt heraus, wenn die Wiener Stadtplaner ihre historische Ader entdecken. Dabei rede ich gar nicht von den Straßen in Universitätsnähe, die für Rollstuhlfahrer gänzlich unpassierbar sind, oder von den großen Einkaufsstraßen Kaiserstraße, Alser- oder Währingerstraße.«

»Sie können doch nicht leugnen, daß es immer mehr abgeschrägte Gehsteige in Wien gibt«, warf Tritt ein.

»Das stimmt, und wenn das gegenwärtige Tempo der Abschrägungen beibehalten wird, dann wird der Bereich innerhalb des Gürtels bereits im Jahr 2470 durchgehend für Rollstuhlfahrer befahrbar sein. Vom entschlossenen Vorgehen der Stadtverwaltung zeugt auch die Novellierung der Wiener Gehsteigverordnung. Darin ist festgelegt, daß im Zuge von Bauarbeiten im Kreuzungsbereich die Gehsteige abgesenkt werden müssen. Die Baufirmen brauchen dies nur der Behörde zu melden und bekommen dann prompt die Mehrarbeit abgegolten.«

»Das nenne ich eine effiziente Verwaltung«, sagte Tritt.

»Ja, man sollte eine Baufirma gründen«, antwortete Groll.

Ein rumänisches Schubschiff, die GIURGIU 9 näherte sich, talwärts fahrend. Groll flaggte eine Botschaft, Tritt schlug im Buch nach und las laut: »›Dem Stachel im Fleisch der Slawen wünsch ich in der Suppe Schaben! La revedere!‹ Lieber Freund, was Sie hier treiben, ist Neutralitätsgefährdung!«

»Tote kann man nicht gefährden«, sagte Groll sachlich.

Die Neutralität sei vom Parlament noch nicht aufgehoben worden, beharrte Tritt.

Das sei auch gar nicht notwendig, entgegnete Groll. Die Neutralität habe ihren Schutzherren verloren, sie sei auf den Mut und die Phantasie der Österreicher angewiesen und werde daher untergehen, sagte Groll. Sie sei ja auch nicht für ewig gedacht gewesen, sie sollte nur »immerwährend« sein, was im Österreichischen einer Zeitspanne von rund dreißig Jahren entspreche. Und sie sei auch nicht dem Wunsch der Österreicher nach Frieden entsprungen. Wer sage, er wähle etwas aus »freien Stücken«, gebe damit nur zu, daß er unter Zwang handle. Er, Groll, bleibe dabei, daß der Anschluß Österreichs an Europa das Beste sei, was diesem Land widerfahre, seit die Awaren die heimatlichen Wälder mit Leben erfüllten. Tatsächlich sei es gänzlich ohne Bedeutung, daß die Neutralität abgeschafft werde, sie sei seit dem Ende der Sowjetunion ohnehin nur eine Hülle ohne Inhalt, ein Relikt wie der einsame Rotgardist am Schwarzenbergplatz.

Groll säuberte das Objektiv seines Fernglases mit einem Taschentuch.

»Die Wahrheit, lieber Freund, ist: Ich fürchte die Österreicher, wenn sie Geschenke machen. Ich zittere vor dem Moment, da sie Ihrer Identität freie Bahn lassen. Sobald die hinfällige österreichische Bourgeoisie und ihre Gehilfen, die Sozialdemokraten, sich anschicken, der Neutralität einen neuen Inhalt zu geben, bleibt nur die Flucht über den Rhein-Main-Kanal, denn dann wird aus der Donau ein Strom von Blut. Die herrschende Klasse dieses Landes darf nie, nie! selbständig werden; die Abhängigkeit von einer Schutzmacht ist unverzichtbar, soll das Schlimmste, die Wiederkehr österreichischer Größe, verhindert werden!«

Groll stelle die Dinge auf den Kopf, sagte Tritt. Allerorten werde Klage geführt, daß Österreich auf dem Weg zu einer deutschen Kolonie sei.

»Wer klagt?« fragte Groll. »Journalisten, die es nicht geschafft haben, in deutschen Zeitungen unterzukommen. Wer aber sorgt sich um die Deutschen? Wer nimmt ihnen den Mühlstein Österreich ab, jetzt, da sie vor lauter Einheit nicht ein noch aus wissen? Ich plädiere dafür, Österreich als Provinz an Holland anzuschließen! Im Ijsselmeer ist noch Platz. Das wäre eine lohnende Aufgabe für die versprengte Restlinke, sie sollte die alte Losung ›Proletarier aller Länder, vereinigt euch‹ den neuen Verhältnissen anpassen: ›Patrioten aller Ländern, verpißt euch‹. Das Beitrittsgesuch an die EG muß unbedingt mit der Forderung nach dem Beitritt zu den Niederlanden ergänzt werden. Falls das holländische Boot voll ist, käme auch Belgien in Frage. Über Kanäle ist Belgien auch mit dem Rhein und damit mit Österreich verbunden.«

»Der Streit zwischen Flamen und Wallonen ist Ihnen wohl unbekannt«, sagte Tritt.

»Das ist nichts gegen die Liebe der Österreicher zu ihrer desaströsen Geschichte.« Groll schenkte sich Wein nach.

»Und die Krise der Stahlindustrie in Wallonien?«

»Sie ist lächerlich im Vergleich zur Lage der verstaatlichten Betriebe in Österreich.«

»Und die hypertrophe EG-Bürokratie?« beharrte Tritt.

»Nichts gegen den Alltag in Österreichs Amtsstuben. Verstehen Sie doch: Ich sehne den Tag herbei, an dem die Geschicke dieses Landes in Brüssel entschieden werden. Hoffentlich legt sich die EG keine Zurückhaltung auf, ich will, daß den Österreichern auf Punkt und Beistrich vorgeschrieben wird, wie Menschen miteinander umzugehen haben; ich will, daß die öffentlichen Verkehrsmittel auch für alte und behinderte Menschen benützbar sind, ich will, daß die Respektierung von Behindertenparkplätzen selbstverständlich ist, ich will, daß Hundebesitzer den Kot ihrer Bestien mit der Hand auffangen, so daß ich endlich auch in Wien den Blick heben kann, wenn ich mit dem Rollstuhl durch die Stadt fahre. Schließlich bin ich dafür, die Burenwürste in Brüssel abzupacken und in Rotterdam zu prüfen, bevor sie auf den heimischen Markt kommen. Gewürztes Kunstblut ist immer noch bekömmlicher als fetttriefender Mehlpapp.«

»Sie sind ungerecht und versündigen sich am österreichischen Weg«, sagte Tritt angewidert.

»Der österreichische Weg, die Bruno Kreisky-Gasse, ist unpassierbar«, antwortete Groll.

»Sorgen Sie sich nicht um die Zukunft dieses schönen Landes?« rief Tritt mit einer großen Geste.

»Doch. Meine größte Sorge gilt der Bundesregierung. Die EG-Kampagne ist der beste Weg, die Österreicher für alle Zeiten Europa zu entfremden.« Groll suchte mit dem Fernglas die Donau ab. »Jetzt müßte bald die LIBRE II auftauchen.« Plötzlich stieß er einen Freudenschrei aus. »Sie kommt! Dort hinten, die LIBRE II. Oh, du Perle der Fahrtrinne, du stählerne Hoffnung! Sehen Sie, wie genau sie die Boje passiert! Jetzt nimmt sie Fahrt weg, sie ist vorsichtig, sie ist umsichtig, sie ist großartig! Welch ein Anblick: die Flagge Hollands auf der Donau!«

Die LIBRE II näherte sich rasch, Groll zog eine gelbe Flagge hervor und schwenkte sie heftig.

»Was signalisieren Sie?« fragte Tritt.

»Gelbe Flagge: Pest an Land. Nicht anlegen, weiterfahren. Ich muß den Holländer schützen.«

Tritt taumelte zurück, ein Rasseln entwich seiner Kehle. Das Schiff fuhr vorüber, der Kapitän winkte Groll lachend zu, der schwenkte die Fahne mit beiden Händen, der Rollstuhl wackelte bedrohlich. Als das Schiff auf Wurfweite entfernt war, sandte der Kapitän einen letzten Gruß, zweimal dröhnte das Schiffshorn durch die Au.

Groll hatte Tränen in den Augen, als er sich Tritt zuwandte, der den Kopf hin und her warf, wie ein Reiher einen gefangenen Fisch. »Es ist vollbracht. Ich preise die Geographie, den letzten Trost der Stumpfhirnigen, deren Träume in unserem Land selten das nächste Tal mit einschließen. Jetzt gewinnt der Blick an Weite, ferne Gestade sind zum Greifen nah, die Küstenstädte der Welt, die Laboratorien der Zivilisation umspülen die Herzen und erhellen die Kehlen. Ich ehre die großen Flüsse, und ich verneige mich vor der Donau, dem einzigen Zusammenhang dieses inferioren Kontinents, der nicht durch Mord und Totschlag in die Welt gekommen ist. Heute ist der größte Festtag seit dem Hinscheiden Kaiser Karls anno 1922! Alle Menschen guten Willens begehen diesen Tag in stiller Freude und tätiger Hilfe für unsere westeuropäischen Nachbarn, die, dem Lauf des Stromes folgend, vor Österreich nicht zurückschrecken. Ich leistete meinen Beitrag, indem ich den Schiffern den rechten Weg wies.« Er erhob das Glas und trank, Tritt rannte hinter ihm auf und ab. Groll wies ihn zurecht. Er sagte, Tritt solle sich der Würde des Tages entsprechend benehmen. Immerhin könne er als einer der wenigen sagen, er sei dabei gewesen.

Tritt hielt inne. »Goethe! Das sind seine Worte! Anno 1792 anläßlich der Schlacht von Valmy, als die vereinigten Königsheere von den revolutionären Sansculotten, den bloßfüßigen, geschlagen wurden.«

»Ein langes Leben Ihrem Geschichtslehrer. Hat er Ihnen aber auch erzählt, daß Goethe in Wirklichkeit das Projekt des Rhein-Main-Donau-Kanals im Auge hatte, als er diesen berühmten Satz niederschrieb? Der spätere Geheimrat war

erwiesenermaßen ein Förderer des Verkehrs, ein unermüdlicher Mentor der Binnenschiffahrt. In ›Dichtung und Wahrheit‹ beschreibt er den Rhein oberhalb Straßburgs mit großer Wärme. Den Rheinauen, in die er sich mit seiner Geliebten ins Ruderboot zum Zwecke des Verkehrs zurückzog, widmete er hymnische Gesänge. Und seine Minnereise nach Bamberg, Jahre später – wie anschaulich gerieten ihm die Bilder der Uferlandschaft und wie sehr verblaßte dagegen das Ziel der Reise, die Geliebte! Und was die Donau angeht, so brauchen Sie nur im ›West-Östlichen Diwan‹ nachzulesen.«

»Genug! Sie behaupten allen Ernstes, daß Goethe den Rhein-Main-Donau-Kanal beschrieb?«

Groll antwortete, er behaupte das nicht nur, er könne es beweisen. Ohne Goethe würde sich heute zwischen Bamberg und Regensburg ein Loch in der Natur auftun.

Daraufhin entspann sich eine hitzige Diskussion, die nur durch die Passage des slowakischen Tragflügelbootes MIJAVA und eines österreichischen Öltankers, der MÖLL, unterbrochen wurde. Als es zu dunkeln begann, sagte Groll: »Ich denke, wir können gehen. Meine Arbeit ist getan. Die Flaggen und die Bücher packen Sie bitte ins Netz, der Tisch und die Gläser kommen unter den Holzstoß dort vorn.«

Tritt tat, wie ihm geheißen, sie machten sich auf den Weg. Über dem Auwald ging die Sonne unter.

»Es ist herrlich hier draußen«, sagte Tritt.

»Ja«, sagte Groll, »ich rieche das Meer. Zur Feier des Tages dürfen Sie mich schieben.«

Tritt, der neben dem Rollstuhl hergelaufen war, reichte Groll die Reiherfeder und wechselte hinter den Stuhl.

»Lieber Tritt, ich werde Sie auf ein Glas Sturm einladen«, sagte Groll nach einer Weile.

»Lieber Groll, ich nehme Ihre Einladung an«, sagte Tritt.

Groll bremste den Rollstuhl ein. Hoch über ihnen zogen zwei Reiher über den Strom.

Erwin Riess schrieb in KONKRET 9/92 über die österreichische Linke

Konkret 05/93, S. 40

Stefan Ripplinger

»Flamme empor!«

»Welch ein schönes Mittel, ein ganzes Volk zu leiten und seine Liebe zu erwerben!« – Bei ihrem Bemühen, die Olympiade des Jahres 2000 nach Berlin zu holen, können die deutschen Planer auf einen reichhaltigen Fundus historischer Erfahrungen zurückgreifen: Nicht nur den Fackel-Staffellauf – der im wesentlichen der Route von 1936 folgen soll – haben die Nazis erfunden

Bill Clinton hat Visionen, Gregor Gysi hat welche, und nun ist auch der Berliner Bürgermeister davon befallen. Eberhard Diepgens Vision heißt »Olympia 2000«. Genaugenommen ist Diepgen nur das Medium des Geistes von Willi Daume, denn dem erschien es zuerst, daß Spiele in Berlin sein sollen. Doch Daume hatte es wieder von Carl Diem und der vom Baron de Coubertin. Coubertin ist an fast allem schuld. Er hat Olympia erfunden.

Taumelnd reicht einer die Fackel des Glaubens dem anderen weiter. Visionäre können nichts für sich behalten. Was sie haben, wollen sie teilen; was sie schauen, wollen sie schaffen. Zu diesem Zweck wurde in Berlin die »Olympia GmbH« gegründet, die zur Zeit die Stadt mit gelben Bären verunziert. Die Firma hat Hilmar Hoffmann als Somnambulen fest angestellt. Dieser »Visionär des Machbaren«, wie er sich selbst nennt, eröffnete inzwischen der Öffentlichkeit, wie Olympia in der Hauptstadt gemacht werden soll.

Ausgerechnet Berlin, eine Stadt, in der es an allem mangelt, bloß nicht an sog. Erlebnissen, die man hier an jeder Ecke haben kann – von billiger Anmache in der U-Bahn zu gesalzenen Abreibungen in der Polizei-Station – , will Professor Hoffmann in eine »Erlebnislandschaft« verwandeln. »Für das olympische Kulturprogramm wird die Berliner Stadtlandschaft mit über 30.000 Hektar Grünfläche, Wäldern, Parkanlagen, Plätzen, Sportanlagen, verbunden durch ein weitverzweigtes Wassernetz, zum Gesamtkunstwerk einer Freiluft-Bühne.« Auf dieser Freiluft-Bühne soll ein gewaltiges Schauspiel anheben, das den »universalen lebensstiftenden Prinzipien« gewidmet ist, den Ur-Elementen Erde, Wasser, Luft und Feuer.

Die »Initiation« in dieses stadtumfassende Weihespiel wird schon im ersten vorolympischen Jahr, 1996, dem »Jahr des Wassers«, stattfinden: »Zum unbestrittenen Höhepunkt wird ein am Wannsee geplantes Wasserfest. Dazu gehören ein endloser Schiffskorso sowie Sirenenkonzerte und Wasserorgeln. Händels von internationalen Jugendorchestern gespielte Wassermusik auf einer schwimmenden Bühne auf festlich illustriertem See leitet über zum Finale des ersten olympischen Festivals.« Danach geht es Schlag auf Schlag. Im »Jahr der Erde« und der »Urbanität« werden »Behausungsformen am und auf dem Wasser gestaltet«, so vermischt sich »Völkerkundliches ... mit Futuristischem, Design mit Ökologie«. 1998 dann schreiben wir das »Jahr der Luft« oder der »Vision«, internationale Philosophen müssen »Coubertins philosophische Idee vom Sport als Medium einer moralischen Erneuerung des Menschen« diskutieren. Da man zum Wasserjahr die Wassermusik gibt, erheischt das Feuer- oder Emotionsjahr ganz unerbittlich Strawinskys »Feuervogel«.

Schließlich brechen »vier Friedens-Karawanen auf zu Kulturorten der nicht-europäischen Kontinente«. Und alles mündet ins »magische Jahr 2000«, das Jahr Olympias, das Jahr der Kultur, letztere verstanden als »unser aller Lebensweise« (R. v. Weizsäcker). Wir wissen, was gemeint ist. Neun Monate lang werden die nach vier vorolympischen Jahren vermutlich völlig entkräfteten und entleerten Einwohner sowie ihre Gäste mit »spektakulären Synergie-Effekten« gepeinigt werden.

Eines muß man den Nazis lassen: Für ihren monumentalen Mumpitz haben sie 1936 nur ein paar Wochen gebraucht. Statt allen vier Elementen opferten sie nur dem Feuer. Dafür brachten sie ihm gleich 44.000 kg Gas auf ihren Altären dar, und statt des Wannsees war die ganze Stadt festlich illuminiert. Bei der Eröffnungszeremonie verband sich Design und Ökologie, vermischte sich Völkerkundliches mit Futuristischem: Im Glast des Scheinwerferlichts schlug deutsche Jugend Zelte im Stadion auf und ließ Lagerfeuer flackern. Per Radio (und Fernsehen!) nahm die gesamte zivilisierte Welt an dem Ereignis teil. Statt Händels Wassermusik spielte man Händels Hallelujah.

Richard Strauß, ganz in Weiß, befehligte ein riesiges Orchester, das zum Einzug der deutschen Manschaft das »Horst-Wessel-Lied« intonierte. Eine olympische Hymne hatte Strauß eigens für den Führer komponiert, denn ihm »soll sie doch in erster Linie gefallen«. Weitere synergetische Höhepunkte: Glockendröhnen im Lichterdom; Fahnenweihe und Fanfarenstöße; mehrere tausend Kinder tanzen zu einem Reigen von Orff.

1948 schrieb der Regisseur dieses bis dato prächtigsten olympischen Spektakels, Dr. med. h.c., Lit. D. h.c. Carl Diem, es sei der »geheime Sinn des festlichen Spiels, einen göttlichen Willen zu erfüllen«. Dem Coubertinschen Willen jedenfalls war mit den Spielen 1936 Genüge getan. Der bereits todkranke Begründer des Neuen Olympia konnte zwar nicht in Berlin zugegen sein, war aber mittels Radio an den Gottesdienst angeschlossen. »Hier befestigte sich, woran ich ein halbes Jahrhundert lang arbeitete«, schrieb er. »Das deutsche Volk und sein Führer seien bedankt für das, was sie soeben vollendet haben« (»L'idée olympique«).

Besonders freute sich Coubertin über zwei Schöpfungen seines »genialen und enthusiastischen Freundes« Carl Diem: den Fackel-Staffellauf und das Eröffnungsfestspiel.

Diem hatte es nicht geduldet, daß fremde Hand das parabelhafte Schauspiel »Olympische Jugend« verdarb – er dichtete selbst. In von Tausenden von Akteuren gebildeten lebenden Bildern zeigte er den ausländischen Gästen das Aufwachsen der deutschen Sportelite: blühende Kindheit, soldatische Jugend, Heldentod. Diem: »Allen Spiels / heil'ger Sinn: / Vaterlandes / Hochgewinn / Vaterlandes / höchst Gebot / in der Not: / Opfertod!«. Danach das »Lied an die Freude«.

Das bleibende Werk des nazistischen Zeremonienmeisters war der Fackel-Staffellauf. Mit ihm konnte er gleich mehrere symbolische Leistungen erbringen: er unterstützte die Anknüpfung des Coubertinschen »Olympismus« an die antiken Spiele in Olympia, Delphi usw., indem er eine Krupp-Fackel mit Hilfe eines Zeiss-Brennspiegels an Ort und Stelle in Griechenland entfachen und ins Berliner Olympiastadion tragen ließ. Zugleich huldigte er damit dem Naziglauben, die Deutschen seien eine Art kartoffelköpfiger Hellenen. Außerdem war Feuer Teil sowohl des faschistischen Kults als auch des »Neo-Paganismus« Coubertins. Schließlich führte der Siegeslauf durch Länder, die nicht viel später von den Deutschen überfallen werden sollten und auf die sie schon ein Auge geworfen hatten.

So wurde die Strecke zur »Via triumphalis«, wie L. C. May seine Darstellung des »größte(n) Staffellauf(s), den die Weltgeschichte je gesehen hat«, nannte; dies Elaborat findet sich im Klebebildchen-Album »Olympia 1936« (Hg.: W. Richter, Altona 1936). Einige Auszüge: »Athen badet sich in einer brausenden Erinnerung seiner großen Vergangenheit. ... Weiter eilen die unbekannten Läufer, deren Namen die Welt nicht kennen will, weil sie nur schlichte Diener der großen Idee bleiben sollen. Das sagenumwobene Delphi taucht auf, verschwindet, Saloniki wird erreicht. ... An den Schienenwegen des Orientexpreß entlang geht es durch Jugoslawien, das seine Feierstunde mit dem Gedenken an seinen ermordeten König Alexander verbunden hat. Über Ungarns weiter Pußta glänzt das weißleuchtende Feuer.« Man passiert Budapest, Wien, Prag, den noch wenig bekannten Ort Theresienstadt. »Bis zum Altar am Lustgarten führt der Lauf. Dort hütet deutsche Jugend das heilige Feuer, bis die letzten Kilometer ins Stadion vor der Eröffnungsfeier zurückgelegt werden. Ein gewaltiger Gedanke ist zum Abschluß gelangt.« Er wurde sofort für alle zukünftigen Olympiaden ins Protokoll genommen.

Auch Berlin 2000 wird solch einen Staffellauf ausrichten. Und was ist lustiger, als die Route von 1936 noch einmal zu laufen? – Mit wenigen Abweichungen, die die Weltgeschichte erzwang. So ist diesmal auch ein Abstecher nach Sarajewo geplant, wo man sicher nicht Alexander von Jugoslawien ehren wird. Eine Feierstunde fällt aber – nicht nur in Sarajewo – an. Hier und da soll am Wegesrand auch an die Opfer des Krieges, des Stalinismus, der Vertreibung usw. usw. erinnert werden.

Auf dem Weg zur deutschen Hauptstadt kommen die Fackelläufer auch wieder in Theresienstadt vorbei. Dort wird die heilige Fackel durchs ehemalige KZ getragen. Man gedenkt der Toten, die Insignien der Mörder in der Hand. Den Einfall hatte Stefan Flatow. Sein Vater und sein Onkel waren bei Coubertins erster Olympiade 1896 dabeigewesen und wurden später in Theresienstadt umgebracht. Aus diesen Schicksalen ließe sich schließen, daß in Deutschland auch offiziell anerkannte Dummheiten nicht vor Mord schützen; ein Zusammenhang besteht sonst nicht. Aber hilft etwas gegen die schon bei den Lichterketten bewährte exorzistische Vorstellung, man müsse den Blödsinn wiederholen, um ihn aufzuheben? Inzwischen gab auch Ignatz Bubis sein Placet zu diesem Plan (»FAZ«, 9.3.); einem erneuten Triumphzug der deutschen Fackel steht nun nichts mehr im Weg.

Er würde überdies zu einem weiteren Sieg des Olympismus, der übrigens mit dem antiken Olympia so viel zu tun hat wie die Nazideutschen mit den Hellenen: nichts. M.I. Finley und H.W. Pleket (»Olympische Spiele der Antike«, dt. Tübingen 1976) stellen unwidersprochen fest: »Die olympische Fackel zum Beispiel, die als Symbol der olympischen Internationalität um die halbe Welt getragen wird, ist im alten Griechenland nicht bezeugt.« Die olympische Fackel ist so griechisch wie der sog. Marathonlauf. Man kann schlicht sagen: Der Fackel-Staffellauf ist ein deutsches Symbolerzeugnis – wenn er sich auch hervorragend in Coubertins »Wirkungsästhetik« einpassen ließ. Aber vielleicht ist Olympia, das Fest der Völker, ohnehin deutscher, als man bisher zu glauben geneigt war?

Den historischen Nachweis wollten seinerzeit Nazi-Historiker (E. Pastor, R. Ströbel) beibringen. Sie entwarfen die groteske These, nordische Völkerschaften hätten in grauer Vorzeit in Olympia »Kampfspiele« eingeführt, die antiken Spiele seien mithin germanischen Ursprungs.

Olympia ist deutsch – diese abenteuerliche Vorstellung trieb schon im frühen 19. Jahrhundert national gesonnene Männer wie Johann Christoph Friedrich GutsMuths, Jakob Philipp Fallmerayer, Otto Heinrich Jäger und Ernst Curtius um. Letzterer begann 1875 mit Grabungen in Olympia, und er wußte auch, was er suchte: »Was dort in dunkler Tiefe liegt, ist Leben von unserem Leben.« Auf Anregung von Carl Diem nahmen die Deutschen 1936 solche Tiefbohrungen an klassischer Stätte wieder auf.

Der erzdeutsche GutsMuths hatte bereits 1793 in seiner »Gymnastik für die Jugend« die Vorteile olympischer Wettbewerbe für die Nationalerziehung erkannt: »Diese öffentlichen Spiele ganz vorzüglich waren es, die den Nationalgeist unterhielten, den Jüngling von Weichlichkeit zurückzogen, ihm Mannessinn einflößten, ihn zum Heroen bildeten.« Wohin die

Verweichlichung und Verwahrlosung führt, hatte man wenige Jahre zuvor in Frankreich gesehen. »Regenten«, rief GutsMuths also aus, »welch ein schönes Mittel, ein ganzes Volk zu leiten und seine Liebe zu erwerben! Wie wichtig und empfehlungswürdig in den Zeiten der Revolutionen!« Seither wird die verblödende Wirkung der Leibesübungen von den meisten gesellschaftsregulativen Konzepten berücksichtigt.

Während der Turnvater Jahn an seinem »Deutschen Volkstum« arbeitete (nachgedruckt in P. Hacks: »Ascher gegen Jahn«, Berlin/Weimar 1991), besuchte er GutsMuths im idyllischen Schnepfenthal, wo dieser eine Schar hochgesinnter Jünglinge durchs Unterholz trieb. Wenig später tat Jahn es ihm gleich und übte Knaben in der Gymnastik; bloß nannte er es »Turnen«, ein Wort, das er von »Turnier« ableitete. Seine Leibesübung war Wehrertüchtigung, seine Konfession war völkisch. Und dabei blieb die deutsche Turnerei, noch über die Nazizeit hinaus.

Auch Jahn plagte dieser unvergleichliche Sparren: »Welches europäische Volkstum kommt der Griechheit am nächsten?« Wir ahnen, wofür er sich »nach Vergleichung der Sprachen, ihrer Übersetzungsfähigkeit und Nachbildungskraft und der verwandten Dichtkünste« entschied: »das Deutsche Volk«, So konnte, wann immer man nach seinem Vorbild »Volksfeste im Sinne der Hellenen« abhielt (ab 1860), wann immer man Olympia nach Deutschland zitierte, die Angelegenheit eine rein national-chauvinistische bleiben.

Das Jahrhundert war schon weit fortgeschritten, der Imperialismus stand in erster Blüte, als Baron Pierre de Coubertin seinerseits Olympia aufgriff und einem expansionistisch-paneuropäischen Ideal unterstellte. Damit erfand er es neu. In Deutschland erhob sich heftiger Widerstand dagegen, obwohl sich Coubertin – unter französischem Protest – von Anfang an bereit erklärte, das deutsche Turnen in seine Spiele zu integrieren.

Coubertins »religion musculaire« hatte der deutschen Turnerschaft einiges zu bieten: Ideen der Vaterlandsliebe, der moralischen und rassischen Reinheit, der Männlichkeit (Frauen, Kinder, Schwache sollten von Olympiaden ausgeschlossen sein), Programme der Disziplinierung, Militarisierung, ein akzentuierter Elitismus, ein wohlbekanntes Zeremoniell aus Sakramenten, Schwüren, Saluten, Fahnenweihen. Allein, daß er das »schöne Thema der ›Rolle des Sports bei der Kolonisierung‹« (»Olympische Erinnerungen«) so elegant kosmopolitisch einkleidete, hielt den Verdacht der Völkischen wach, hier walte abwegiger »Internationalismus«.

Noch zur Olympiade 1932 in Los Angeles waren solche Töne zu vernehmen, so daß sich Carl Diem, gerade aus Los Angeles zurückgekehrt, genötigt sah, seinen Volksgenossen ins Gewissen zu reden: »Wie soll man dies den Patrioten in der Heimat einhämmern, daß es draußen eine deutsche Front gibt und daß wir ein Sturmtrupp waren .... Wer fehlt, ... ist vergessen, wer klein ist, wird übersehen.«

Die Völkischen wollten keine Ruhe geben. Sie fürchteten für die (1931 vom IOC beschlossene) Olympiade in Berlin das Auftreten ihres alten Erzfeindes – des »jüdischen Negers« (B. Malitz). Doch – unglückliche Wendung – nun erhielt der Olympismus Unterstützung von höchster Stelle. Der neue Reichskanzler selbst hatte den propagandistischen und erzieherischen Wert der Olympiade begriffen. Es bedurfte dazu kaum des Antichambrierens Theodor Lewalds; der Vorsitzende des DRA (»Dt. Reichsausschuß f. Leibesübungen«) bat am 6. März, einen Tag nachdem die NSDAP die absolute Mehrheit im Reichstag erreicht hatte, »mit meinen wärmsten Glückwünschen zu dem gewaltigen Siege« um eine Unterredung mit Hitler, die Olympischen Spiele betreffend.

Hitler versprach sogleich jede Unterstützung und bestätigte Lewald als Präsident des Organisationskomitees für die XI. Olympiade. Trotzig erneuerte die völkische Presse ihren Angriff, der nun auf Lewald abzielte – er sei »Halbjude«. Die Verteidigung Lewalds fiel kläglich aus. »Mein Vater ist als Knabe getauft worden«, schrieb er, und: »Auf Diem und mich ist es zurückzuführen, daß in die Bedingungen für die Erlangung des Turn- und Sportabzeichens das Kleinkaliberschießen und der Gepäckmarsch aufgenommen sind« (cf. H. Bernett, »Sportpolitik im Dritten Reich«, Stuttgart 1971).

Die Anbiederei war überflüssig, denn Hitler hatte nie vor, sich den Mann als Sportführer zu erhalten. Für die Vorverhandlungen mit dem Ausland brauchte er den weltgewandten Lewald aber noch. Am 4. April 1933 dekretierte Hitler den Stopp aller Angriffe auf seinen Missionär. Zum Reichssportführer ernannte er den SA-Mann von Tschammer und Osten. Außerdem wurde ein Dietwart (Kurt Münch) eingesetzt, der die völkische Ausrichtung des Sports kontrollierte. »Diet« soll »deutsch« oder »Volk« heißen, Dietwarte gab es im Deutschen Turnerbund seit 1908.

Lewald bekam einiges zu tun. Mit jedem Schritt der Nazis verbreiterte sich die Phalanx der Gegner der Berliner Olympiade. Die Boykottbewegung nahm, insbesondere nach dem Bekanntwerden der Nürnberger Gesetze, erfreuliche Ausmaße an. Im Frühjahr 1935 waren 48 Prozent der Amerikaner für den Boykott, von seiten der deutschen Emigranten, der jüdischen Organisationen, der Widerstands- und der Arbeiterbewegung erfuhr die Boykottforderung Auftrieb.

Indes hatten die Nazis einen mächtigen Verbündeten: das IOC (»International Olympic Commitee«). Es ist höchst instruktiv, zu sehen, wie das IOC sich gleichzeitig um Gesichtswahrung und um die Isolation der wenigen Kritiker in den eigenen Reihen mühte. An dieser Stelle soll nur die Operation eines Mannes betrachtet werden: Avery Brundage. Der spätere IOC-Präsident reiste 1934 als Ein-Mann-Kommission nach Deutschland, um den wilden Gerüchten

nachzuforschen, die über das Land durch die Weltpresse geisterten. Er fand Deutschland vor, wie er sich's gedacht hatte: alles sauber.

Brundage setzte sich nun an die Spitze der Befürworter der Olympiade. Für ihn war die Boykottbewegung eine anti-amerikanische Verschwörung, kommunistisch beeinflußt und von den Juden finanziert: »Nur weil gewisse amerikanische Kreise sich des Verrats schuldig gemacht haben, müssen wir noch lange nicht unseren Athleten die ihnen gebotene Möglichkeit verschließen, im Ausland das Sternenbanner zum Sieg zu tragen« (zit. n. J. M. Brohm, »Jeux olympiques à Berlin«, Brüssel 1983).

Der Präsident des amerikanischen NOK (»Nationales Olympisches Komitee«), Lee Jahncke, ein Kritiker der Nazi-Olympiade, wurde 1936 aus dem IOC ausgeschlossen, Brundage wurde zum NOK-Präsidenten gekürt. Noch zwanzig Jahre später erinnert sich Altnazi Guido von Megden, ab 1935 Generalreferent des DRL (»Dt. Reichsbund f. Leibesübungen«), nach dem Krieg Geschäftsführer des Deutschen Sportbundes (DTB), dieses Freundes in der Not: »Avery Brundage ist ein Charakter. Er hat der olympischen Idee auch zu einer Zeit nicht abgeschworen, als der Haß die Stunde regierte und als der Glaube an das Gute auch im deutschen Volk mit persönlichem und wirtschaftlichem Boykott beantwortet wurde« (»Olympisches Feuer«, 1/1953). Der Glaube an das Gute! Es ist derselbe Brundage, der 1972 in München, nachdem elf israelische Sportler abgeschlachtet worden waren, ins Stadion ächzte: »The Games must go on!«

IOC-Präsident Graf de Baillet-Latour, der Brundage schon 1933 gestanden hatte, er persönlich möge »weder die Juden noch ihren Einfluß«, bedeutete den Nazis, sie möchten doch nicht so diskriminierend sein. Diese verstanden den Fingerzeig, unterschrieben alles und nahmen zwei jüdische Sportler – Rudi Ball und Helene Mayer – in ihre Mannschaft auf. Man mußte die beiden Alibi-Juden vorher erst aus der Emigration nach Deutschland zurückbitten.

Daß Berlin speziell zur Olympiade von Sinti und Roma »gesäubert« wurde, daß die Nazis 300 verdächtige Sportler in Haft setzten, ja, daß die »Legion Condor« während der Olympiade in Spanien eingriff, all das konnte die *Pax Olympica* nicht mehrstören. Coubertin, der Monsieur Hitler in ei-nem autorisierten Interview (»L'Auto«, 29.8.1936) »einen der größten Erbauer-Geister dieser Zeit« nannte, erwählte die Deutschen zu seinen Testaments-Vollstreckern. Er vermachte seinen Nachlaß einem »Olympischen Institut« – Präsident: Carl Diem, Sitz: Berlin – , für das nach seinem Wunsch die Überschüsse der XI. Spiele (4,5 Mill. RM) verwendet werden sollten. Der Wunsch wurde erfüllt. Coubertin starb 1937. Als nach dem Krieg das Institut nach Lausanne verlegt wurde, vermochte Dr. h.c. Diem dies nur als Beispiel für »Undankbarkeit im Sport« zu nehmen. Der DSB immerhin wußte den Mann zu schätzen. Diem war 1947-1962 Rektor der Sporthochschule Köln; zur Auszeichnung besonderer Leistungen vergibt der DSB die »Carl-Diem-Plakette«.

Nach Coubertin erhielt noch ein weiterer »Wackelgreis« (A. Hitler) des IOC, der Graf de Baillet-Latour, Gelegenheit, sich für das prachtvolle Fest in Berlin erkenntlich zu zeigen. 1939 bot er den Deutschen die Austragung der Winterspiele 1940 an. Sie sollten wieder in Garmisch-Partenkirchen stattfinden. Obwohl die Kriegsvorbereitungen in vollem Gange waren, sagten die Deutschen zu und erarbeiteten zur Freude Baillet-Latours einen wirklich tollen Plan für das Eröffnungsfest: 12.000 Skifahrer sollten, »in Wellen hintereinander abfahrend, die Hänge des ausgewählten Raumes füllen ...; zum Schluß Aufmarsch vor dem Führer, der gebeten wird, vor der versammelten Mannschaft eine Ansprache zu halten und dabei die Stiftung von etwa 50 Skihütten im Inland und etwa 20 im Ausland zu verkünden«. Bekanntlich mußten die Deutschen kurze Zeit später wegen anderer Verpflichtungen absagen.

Karl Ritter von Halt, ein Nazi, der sich seinen Adels-Titel mit einem »Durchbruch an der italienischen Front« im Ersten Weltkrieg verdient hatte und schon 1936 die Winterspiele beaufsichtigte, war, neben Diem, Tschammer und General Reichenau, der Vater dieses Plans. Ich erwähne von Halt, weil er eine wirklich exemplarische Sportkarriere durchlaufen hat. Nachdem er vorher schon hohe Funktionen bekleidet hatte, übernahm er nach Tschammers Tod den Posten des Reichssportführers, war gleichzeitig Vorsitzender des deutschen NOK und wurde es – nach fünfjährigem Aufenthalt im Internierungslager – 1952 wieder. Er verblieb in der Position des NOK-Vorsitzenden (West), bis er sich 1961 auf eigenen Wunsch zurückzog.

Wer wurde sein Nachfolger? Na, Willi Daume natürlich, der sich früh des Olympismus würdig erwiesen hatte – mit Sätzen wie diesen: »Das ist vielleicht seine (des Sports; S.R.) höchste erzieherische Aufgabe, daß der Sports›mann‹ sich dann auch auf dem größeren Spielfeld des Lebens als Mann erweisen soll, denn letzten Endes offenbart sich auch in einer Demokratie – gerade in einer Demokratie – das hohe Wesen dieser Welt im Manne. Dieses Nachkriegsdeutschland hat es uns besonders eindringlich gelehrt, daß unsere Zeit und unser Europa nur von harten zielbewußten Männern wieder aufgebaut werden kann« (»Olympisches Feuer«, 12/1954).

So wurde »Berlin 2000«. »Mit einer Vision fing alles an: Als Berlin noch eine geteilte Stadt war, entwickelte (...) Prof. Willi Daume die Idee olympischer Spiele in Berlin West und Berlin Ost« (E. Diepgen). Die Vorbereitungen zu dieser zweiten Berliner Olympiade liegen in den Händen harter, zielbewußter Männer – und Frauen – , die das Aufkeimen einer auch noch so ungeschickten Boykottbewegung dringend unterbinden wollen. »Olympia ist eine nationale Aufgabe«, faßt

Jörg Henschel, Konzernrepräsentant Ruhrgas und ehemaliger stellvertretender Senatssprecher, die Auffassungen der Olympiafreunde zusammen. Barbara John, die sog. Ausländerbeauftragte des Senats, ergänzt: »Was Berlin braucht, sind Medaillenträger, nicht Bedenkenträger« (»Olympia 2000«, 12/92).

Ein Anti-Olympia-Video zog inzwischen anwaltliche Ermittlungen auf sich. Es fördere Gewalt, behaupten die Gewalthaber. Das Bündnis 90 legte den Grünen nahe, die Verantwortliche für den Film, die Sportpolitikerin Judith Demba, aus der Partei auszustoßen. Außerdem stellte man Anfang März wegen des Videos die Fusion von Bündnis 90 mit den Grünen in Frage. Als sich Frau Demba über die Drohanrufe eines Mannes beschwerte, der sich als Bündnis-90-Mitglied ausgab, versuchte Thomas Kreuzer vom Landesvorstand der Bürgerrechtler sie zu beschwichtigen: »Was einem der Volksmund über die Jahre so androht, sollte man gelassener hinnehmen« (»TAZ«, 4.3.93).

Ja, was einem der Volksmund so alles zu Gehör bringt! Einige wird es an das Liedlein erinnern, das sie dem Volk vorgesummt haben; kann sein, daß es – auf dem Weg vom Ohr zum Mund über Volkes Hirn – eine ganz eigene Färbung erhalten hat. Die Flamme lodert wieder. Wie die PDS halb auf die negative Entscheidung des IOC zu vertrauen (»ND«, 10.3), das könnte später als verdeckte Zustimmung gewertet werden. Auf das IOC war bisher Verlaß. Den Vorsitz hat augenblicklich J. A. Samaranch inne, einer von Francos Mannen.

Unterdessen wird noch eine andere Sorte Kritik laut. Aus deutschen Pfarr- und Redaktionsstuben dringt die Klage, der »hehre« olympische Gedanke werde mehr und mehr *kommerzialisiert* (z.B. »Spiegel« 7/1992). Als ob nicht Kommerzialisierung das einzig wirksame Antidot gegen den ökologisch-ganzheitlich-synergetischen Kult und Tiefsinn eines Hilmar Hoffmann wäre! Walt Disney, Showmaster der Winterspiele 1960, ließ den Fackellauf, da er ihn nun einmal ausrichten mußte, in einer Skihütte in Norwegen, in der angeblich ein Pionier des Wintersports gehaust hatte, beginnen und flog das brennende Ding per Flugzeug ein.

Aber das war in Squaw Valley, nicht in Schnepfenthal. Ich bin sicher, hätte Disney den Job von Prof. Hoffmann zu erledigen, er würde nicht nur das olympische Rahmenprogramm, sondern auch die Wettbewerbe von gelben Bären austragen lassen.

Stefan Ripplinger ist Gelegenheitsarbeiter und lebt in Berlin-Wedding

Konkret 05/93, S. 44

Klaus Bittermann

ex libris

Daniel Cohn-Bendit/Thomas Schmid: Heimat Babylon. Hoffmann und Campe Verlag, 384 Seiten, 39 Mark

Daß über einen einzigen dürftigen Gedanken dickleibige Wälzer geschrieben werden, ist nichts Neues. Selten jedoch wurde der Leser für dümmer gehalten als in *Heimat Babylon* vom Frankfurter Kulturdezernenten Daniel Cohn-Bendit und dem Ökolibertären Thomas Schmidt.

»Deutschland, ein Einwanderungsland«, stellen Cohn-Bendit/Schmid einleitend fest. Statt eines Gedankens folgt dann: »Wir werden zeigen, daß es keinen Sinn hat, diese Wirklichkeit zu leugnen«, oder: »Wir plädieren für die Anerkennung dieser Realität.« Und für den, der es immer noch nicht begriffen hat, zum dritten Mal: »Wir werden zeigen, daß dies Land ein Einwanderungsland ist.« Auf der nächsten Seite: »Deutschland ist jetzt ein Einwanderungsland, und auch dadurch multikulturell.« Vielleicht jetzt? »Wir feiern das nicht, wir stellen es nur fest ... Das ist das Anliegen dieses Buches.« Entnervt blättert man weiter. »Die multikulturelle Gesellschaft ist also ein verwirrendes Phänomen.« Etwas später: »Ausländer sind Ausländer, aber nun einmal da.«

Nicht nur physiognomisch, auch stilistisch haben sich die ehemaligen Wortführer der Studentenbewegung der politischen Elite dieses Landes anverwandelt. Gedankenlos flechten sie Beschwörungsformeln von unfreiwilliger Komik zu Stilblüten-Girlanden: »Ausländer sind Ausländer, also keine Deutschen« oder »Eine Gesellschaft ist kein Eimer«. Im Bemühen, alles zu relativieren und möglichst nirgends anzuecken, sind sie bis zur Schmerzgrenze harmlos und bräsig. Die ausländerfeindliche Stimmung ist für sie nicht mehr als eine beklagenswerte Angelegenheit, und die faschistischen Schlägerbanden sind bloß irregeleitete und bedauernswerte Menschen. Weil man all das aber auch aus den Tagesthemen und dem Bericht aus Bonn erfahren kann, ist ihr Buch tatsächlich so überflüssig wie der sprichwörtliche Kropf.

Konkret 05/93, S. 44

Sabine Bredy

ex libris

Diedrich Diederichsen, Boris Penth, Natalie Wörner, Christel Dormagen: Das Madonna Phänomen. KleinVerlag, 117 Seiten, 34 Mark

»Es ist gut, intelligent zu sein und Macht zu haben.« Getreu dieser Maxime hat sich Unsere Liebe Frau Madonna Louise Ciccone I., Meisterin des »Positioning« und »Packaging«, mit ihren simplen und verwirrenden Botschaften in die Kinderherzen der Welt und ins globale Mediennetz einzuspeisen gewußt. Entfernteste südasiatische Dorfgemeinden nehmen via MTV Hongkong wohlig schaudernd an ihren Eskapaden teil – »are you doing a Madonna on us?« – , und nun gibt sie selbst den Intellektuellen zu denken – eine tolle Leistung für einen ordinären Megastar aus dem Schmuddelland der Popmusik. Nach zehn Jahren ihres Wirkens ist sie zum *Madonna Phänomen* transzendiert. Der KleinVerlag macht's kurz: Auf 117 kleinen Seiten für 34 Mark. Da lesen wir Diedrich Diederichsens ritterliche Laudatio auf die gutgelaunte Tabubrecherin, »die letzte mögliche Verkörperung eines Mediensuperstars, der an die Möglichkeit erinnerte ..., Popmusik als Subversionsstrategie einzusetzen«. DD schlägt den Bogen von Sohn-Rethel bis zur »Bravo«, macht klar, daß »Authentizität« durchaus etwas Ekliges sein kann, und verrät Madonnas finale Strategie: »Allen alles zeigen«. Denn das verhüllt erst recht. Schade nur, daß der Autor hier einen »aktualisierten« drei Jahre alten »Spiegel«-Aufsatz der Zweitverwertung zuführt. »Er begründet, warum er immer noch seiner Meinung ist« (Editorial). B. Penth und N. Wörner, Filmschaffende, haben Madonna als »Apologetin des Status quo im Gewande der Kulturrevolutionärin« dingfest gemacht. Ins Seminar für visuelle Kommunikation fühlt man sich bei endlosen Beschreibungen von Madonna-Videoclips versetzt, der seltsam hybride Text schwankt zwischen Ablehnung und zähneknirschender Affirmation, wenn die Autoren hartnäckig »die wahre Identität dieser Frau« anpeilen. Aus Rache erklären sie sie dann einfach zur Sphinx ohne Geheimnis, platt und bündig: leer, diese Frau. Madonna wird trotzdem gut schlafen. Christel Dormagen läßt in ihrer »Schuhprobe mit Madonna« gleich andere reden, sie inszeniert ein »Zitatentheater« von Bloch bis »Wochenpost« und wird der großen Eklektizistin wenigstens der Form nach gerecht. So erfahren wir zwar auch nichts Neues, aber für Chauvinisten und Popverächter ist das »MP« sicher ein schönes Haßgeschenk.

Konkret 05/93, S. 44

Gerhard Henschel

ex libris

Eugen Drewermann/Felizitas von Schönborn: Sind Propheten dieser Kirche ein Ärgernis? Piper, 74 Seiten, 12,90 Mark

Eugen Drewermann hat gut lachen, denn solange er den Kirchenfunktionären mit seiner Wischi-Waschi-Theologie zur Last fällt, statt konsequenterweise aus der Kirche auszutreten, kann er seinen Status als Rebell und Medienliebling aufrechterhalten, und seine Bücher werden gekauft: Ketzerei light. Inzwischen lassen sich die Fans alles andrehen, wo Drewermann draufsteht, auch wenn noch so wenig von ihm drin ist. Ein Gespräch, das er mit der Journalistin Felizitas von Schönborn geführt hat, füllt in Flattersatz und Großdruck noch nicht einmal 74 Taschenbuchseiten, kostet aber 12,90 Mark und geht weg wie warme Oblaten.

»Ich habe das Gefühl, daß Sie sehr stark an ihre rechte Gehirnhälfte angekoppelt sind«, sagt Felizitas von Schönborn und führt den Begriff »Ver-entmenschlichung« ein, während Eugen Drewermann lieber »mit diesen verunendlichten Ängsten« operiert. »Der Begriff Angst ist bei mir wirklich vielschichtig; er stellt eine Art Fahrstuhl-Logik dar. Ich glaube, die Angst verbindet alle Stockwerke der menschlichen Existenz.«

Paternoster Drewermann weiß guten Rat. Frage: »Könnte man sagen, daß der einzelne Mensch eingespannt ist zwischen dem kollektiven Unbewußten und dem kollektiven Über-Ich und durch diese Kräfte hindurch zu einem Menschen werden muß?« Drewermann: »Richtig.« Frage: »Heißt das, wir müssen in unsere Angst hinuntersteigen und uns in diesem Hinabsteigen vertrauensvoll zu Gott hinwenden?« Drewermann: »Richtig«. Die Vorstellung, daß zwischen Paderborn und der christlichen Petting- und Fummel-Hochburg Taizé die aufgepeitschten Leser in Angst-Fahrstühlen ihre seelischen Stockwerke durchmessen, sich dabei vertrauensvoll Gott zuwenden und krampfhaft versuchen, durch divergierende Kräfte hindurch zu Menschen zu werden, mutet gespenstisch an. »Und wenn das möglich ist, fängt Gott an zu reden. In lauter zerbrochenen Mündern.«

Und so wird es weitergehen, bis uns allen der Himmel auf den Kopf fällt. Halleluja!

Konkret 05/93, S. 45

Klaus Bittermann

ex libris

Ruth Klüger: weiterleben – Eine Jugend. Wallstein Verlag, 285 Seiten, 38 Mark

Aus Gründen wehrt sich Ruth Klüger gegen die Möglichkeit, daß ein Buch wie ihres als »erschütternd« eingestuft und damit abgehakt werden könnte. Der Erfolg von »weiter leben« legt die Vermutung nahe, daß dennoch genau das passiert ist, wovor sie ihre Leser warnte. Ein grandioses Mißverständnis, denn selten hat ein Buch den Betroffenheitsdünkel gründlicher kritisiert als das von Ruth Klüger, dem die Deutschen »ein Volk von Bewältigern« sind, »denen sogar ein Wort für diese Sache einfiel, das von der Vergangenheitsbewältigung«. Immer wieder kommt sie im Laufe der Erinnerungen an ihre Kindheit in Wien, ihre Gefangenschaft in den Lagern Theresienstadt, Auschwitz-Birkenau und Groß-Rosen und ihrer Flucht auf diese seltsame Angewohnheit der Deutschen zurück, sich nie bloß zu erinnern, sondern stets Trauerarbeit zu verrichten, aus der dann mindestens eine KZ-Gedenkstätte herauszuspringen hat, am besten als Erlebnisraum. »Bewahrung der Stätten. Wozu nur?« fragt sich Ruth Klüger, die nach einem Besuch in Theresienstadt froh darüber ist, daß aus ihrem ehemaligen Zimmer kein Museum gemacht wurde. »Nicht die Toten ehren wir mit diesen unschönen, unscheinbaren Resten vergangener Verbrechen, wir sammeln und bewahren sie, weil wir sie irgendwie brauchen: Sollen sie etwa unser Unbehagen erst beschwören, dann beschwichtigen?« Damit stellt Klüger einen Zusammenhang zwischen jenen Zivildienstleistenden, die zwecks Wiedergutmachung die Zäune in Auschwitz weiß streichen und einigen Göttinger Doktoranden her, die darüber grübeln, wie es denn möglich sei, daß Menschen, die in Auschwitz gewesen waren, Araber für schlechte Menschen halten. »Auschwitz sei keine Lehranstalt für irgend etwas gewesen und schon gar nicht für Humanität und Toleranz. Von den KZs kam nichts Gutes, und ausgerechnet sittliche Läuterung erwarte er?« antwortet Ruth Klüger. Dafür muß man ihr danken, denn in der Vergangenheitsaufarbeitungskultur der Deutschen stößt solch selbstverständliche Einsicht auf wenig Gegenliebe.

Vierzigtausendmal wurde Klügers Buch bisher verkauft, und die Vorstellung, daß genausoviel auf betroffenmachende Literatur hoffende Leser daran zu schlucken haben, verschafft eine gewisse Befriedigung.

Konkret 05/93, S. 45

Kurt Hübner

ex libris

Georg Fülberth: Eröffnungsbilanz des gesamtdeutschen Kapitalismus. Vom Spätsozialismus zur nationalen Restauration. Konkret Literatur Verlag, 160 Seiten, 22 Mark

Die These ist interessant und spannend genug: Im November 1989 habe der »doppelten deutschen Moderne« das Stündchen geschlagen. Allen Einverleibungs- und Übernahmerealitäten zum Trotz habe die Herstellung der deutschen Einheit keineswegs zu einer nur größeren Bundesrepublik geführt; vielmehr entstehe seitdem etwas Neues, das bislang nur in Umrissen zu erkennen und zu begreifen sei. Um diesen Grundgedanken zu entwickeln, versucht Georg Fülberth zwei vermeintlich einfache Fragen zu beantworten: Was war die DDR, und was war die Bundesrepublik? *Eine* Antwort lautet: »Die BRD ist eine nach Maßgabe ihres Selbstanspruchs funktionierende parlamentarische Demokratie, in der 1992 siebzehn Ausländerinnen und Ausländer erschlagen und verbrannt wurden. Die DDR war eine Diktatur, in der dies nicht der Fall war«.

So banal und darüber hinaus widersprüchlich fallen Fülberths Antworten nicht durchgängig aus. Insbesondere das – im Vergleich zu den BRD-Ausführungen – sehr umfängliche DDR-Kapitel macht deutlich, daß auch ein langjähriger Verfechter realsozialistischer Ideologien und Praxen post festum zu sehr kritischen Bewertungen kommen kann, ohne gleich in einen weinerlichen Tonfall zu fallen. Die vorgelegte Stadientheorie, derzufolge die DDR sich von einer revolutionären Diktatur über eine Notwehrdiktatur zu einem perspektivlosen Spätsozialismus gewandelt habe, vermag freilich schon deshalb wenig zu überzeugen, weil es ihm weder gelingt, die sozialen Träger dieser Wandlungen und vor allem deren Motive und »Zwangslagen« zu dechiffrieren, noch einsehbar zu erklären, warum dieser Abstiegsprozeß von der kommunistischen Linken außerhalb des Realsozialismus kommentarlos hingenommen wurde. Auch muß es dem Leser ein Rätsel bleiben, warum Fülberth der DDR-Wirtschaft penetrant eine dem kapitalistischen Mehrwertprinzip entgegengesetzte Gebrauchswertorientierung zugutehält, ohne auch nur einen Gedanken daran zu verlieren, daß das Prinzip sozialistischer Warenproduktion in Ermangelung des universalistischen Kommunikationsmittels Geld durch einen Quantitatismus (vulgo: Tonnenideologie) gekennzeichnet war, der zu einer gewaltigen Ausbeutung der inneren wie äußeren Natur des Menschen führte.

Es sind derartige an verschiedenen Stellen des Buches immer wieder durchscheinende Inkonsequenzen und Romantizismen, die zweifeln lassen, ob der Autor die Gründe für den Niedergang des Realsozialismus mit der notwendigen Rigorosität verarbeitet hat.

Konkret 05/93, S. 45

Ludger Weß

ex libris

Thomas Powers: Heisenbergs Krieg. Hoffmann und Campe Verlag, 764 Seiten,78 Mark

Mit einem großen Mitarbeiterstab ist der amerikanische Bestseller-Autorund Pulitzer-Preisträger Thomas Powers vor mehr als 12 Jahren an eine erneute Unter-suchung der deutschen Atomforschung gegangen. Ihn beschäftigte, wie viele andere vor ihm, die immer gleiche Frage: Warum wurde in Deutschland während des Dritten Reichs keine Atombombe gebaut? Nun erscheint, reißerisch angekündigt und als Bestseller geplant, Powers Buch, das auf diehierzulande lange Zeit favorisierte These vom passiven Widerstand der deutschen Physiker noch eins drauf setzt: Werner Heisenberg, der damals unbestritten brillanteste deutsche Physiker, habe das »Überleben der Menschheit« gesichert, indem er den »atomaren Endsieg« der Nazis bewußt sabotiert habe.

Powers Recherchen haben tatsächlich neue Details ans Licht gebracht: Beispielsweise planten die US-Geheimdienste angeregt durch einige seiner am US-Atombombenprojekt beteiligten Kollegen Heisenbergs Entführung und schließlich sogar seine Ermordung. Aber schlüssig und mit neuen Fakten bewiesen hat er seine starke These nicht. Wer, wie angekündigt, eine historische Untersuchung erwartet, wird schon von der äußeren Form enttäuscht: Das fast 800 Seiten starke Buch enthält kein Inhaltsverzeichnis, keine Kapitelüberschriften und kein Register, lediglich sein Anmerkungsapparat unterscheidet es von einem Roman. Die Romanform wird auch im Stil durchgehalten: Powers schreibt Dialoge und schildert Gesprächsumstände, als wäre er selbst dabei gewesen.

Leider läßt er dabei gründliche Quellenkritik vermissen. Zwar stimmen in der Regel die Fakten über Ort und Zeit des Gesprächs, aber Powers reflektiert nicht darüber, daß die Erinnerungen an den Inhalt durch individuelle und kollektive Prozesse Verdrängung, Schönfärberei, »Vergangenheitsbewältigung« trügerisch sein können, zumal wenn es sich um eine so mit Mythen durchsetzte Geschichte wie die der deutschen Atomforschung handelt. Historisch vollends unglaubwürdig macht er sich mit der ausführlichen Schilderung der Gefühlswelt seiner Protagonisten. Das ganze Buch ist in manchmal aufdringlicher, geradezu missionarischer Weise von dem Bemühen durchzogen, seine zentrale These zu beweisen. Auffällig blaß bleiben die Personen neben Heisenberg, insbesondere sein enger Freund und Kollege Carl Friedrich von Weizsäcker, auf dessen Kommentare zu diesem Buch man gespannt sein kann.

Hätte das Lektorat den Text auf die Hälfte zusammengestrichen, wäre ein durchaus spannend geschriebener Roman dabei herausgekommen. So aber ist weder eine ernstzunehmende historische Untersuchung noch eine flüssige Unterhaltungslektüre daraus geworden.

Konkret 05/93, S. 46

Otto Köhler

Vom Niveau zur Gurgel

Über die Bemühungen des westdeutschen Historikers Heinrich August Winkler, das Historische Institut der Ostberliner Humboldt-Universität zu säubern

»Sehr geehrter Herr Professor, die Personalkommission hatte auf ihrer Sitzung am 30.3.1992 beschlossen, das Beschäftigungsverhältnis mit Ihnen zum nächstmöglichen Zeitpunkt wegen fehlenden Bedarfs und mangelnder fachlicher Qualifikation zu kündigen.« Diesen Brief bekamen im Oktober 1992 mindestens 15 Historiker der Ostberliner Humboldt-Universität, denen eine fachliche Qualifikation juristisch abzusprechen nicht möglich war und deren überfüllte Vorlesungen kaum von einem fehlenden Bedarf kündeten. Die Kündigung war bis dato nicht zustandegekommen: »Durch einen Verwaltungsfehler ist diese Kündigung bis zum heutigen Tage nicht vollzogen worden. Zur Vermeidung von Mißverständnissen teile ich Ihnen mit, daß Sie in Übereinstimmung mit der Universitätsleitung und der Struktur- und Berufungs-Kommission Geschichte für das Wintersemester von Aufgaben in der Lehre freigestellt sind. Dies betrifft auch Lehrveranstaltungen für andere Fachbereiche. Mit freundlichen Grüßen. Joachim Baeckmann, Abteilungsleiter Personalabteilung.«

Die so zur Kündigung freigesetzten akademischen Lehrer, die ihre Vorlesungsangebote für das Wintersemester bereits gemacht hatten, sie aber im Vorlesungsverzeichnis nun nicht wiederfinden konnten, sind allesamt Ossis. Der Abteilungsleiter Personalabteilung, der den Blauen Brief schrieb, ist selbstverständlich ein Wessi.

Warum aber hat er so umständlich an eine Kündigung erinnert, die zwar vergessen worden war, dennoch gleichwohl zum Vorlesungsverbot führte? Fehlender Bedarf und mangelnde Qualifikation waren nicht an Ort und Stelle mit den Mitteln der Empirie festgestellt, sondern längst als gegeben von oben verordnet worden. Schon am 11. Oktober 1991 hatte die Kultusministerkonferenz, als sie sich mit der Gleichwertigkeit der Bildungsabschlüsse in West- und Ostdeutschland befaßte, grundsätzlich dies beschlossen: »Die Kultusministerkonferenz hat sich bei der Feststellung der Gleichwertigkeit von dem mit dem Einigungsvertrag verfolgten Ziel der Herstellung uneingeschränkter Freizügigkeit auf der Grundlage gleicher Chancen für alle Deutschen im geeinten Deutschland leiten lassen.« Aber bitte, noch lange nicht für jeden: »In einer Reihe von Studien- und Fachrichtungen allerdings ... war die für eine Gleichstellung notwendige inhaltlich materielle Gleichwertigkeit nicht gegeben. Dies gilt insbesondere für die Wirtschafts- und Sozialwissenschaften sowie für Teile der Geschichte und der Philosophie. In diesen Fällen konnte lediglich Niveaugleichheit mit einem Universitäts- oder Fachschulabschluß, nicht aber materielle Gleichwertigkeit im Sinne des Einigungsvertrages festgestellt werden.«

Auf die materielle Gleichwertigkeit aber kommt es an. Und deshalb wollte der Westberliner Wissenschaftssenator Manfred Erhardt, der der »Süddeutschen Zeitung« als »knallharter« Verfechter der CDU-Parteilinie gilt, die Professoren der entsprechenden Fakultäten an der Ostberliner Humboldt-Universität ganz einfach per Abwicklungsdekret abräumen und vorwiegend durch Wessis ersetzen. Doch die Verwaltungsgerichte – von der Humboldt-Universität angerufen – spielten nicht mit.

»Die Abwicklung einer Einrichtung setzt ihre Auflösung voraus. Das entspricht rechtlichem Sprachgebrauch.« So hatte am 24. April 1991 das Bundesverfassungsgericht entschieden, und die Berliner Verwaltungsgerichte schlossen sich dem an. Erhardts Betonkurs bescherte so den Feinden der Humboldt-Universität einen beachtlichen Zeitverlust beim Wegschaffen ungeliebter Professoren. Weil der Kollektivhinauswurf per Abwicklung platzte, muß man jetzt gegen jeden einzelnen etwas finden und ihn per Einzelkündigung vor die Tür setzen.

Und so kam es selbst bei den Entlassungen, die noch von der alten Universitätsleitung unter dem vielfach angegriffenen Wende-Rektor Heinrich Fink verfügt worden waren, zu Arbeitsgerichtsverfahren, die mit einem – natürlich nur vorläufigen – Sieg für die Entlassenen endeten. Den Senator ärgerte das so, daß er nur noch einen Teil der rechtsprechenden Gewalt für respektabel hielt. »Es gibt Richter, und es gibt Arbeitsrichter«, unterscheidet er seither.

Was die Arbeitsrichter nicht schafften, das sollte eine zuverlässige Truppe westdeutscher Professoren unter der Führung des Freiburger Großhistorikers Heinrich August Winkler erledigen, der Ende August 1991 anrückte. »Ich bin gerne hier, und ich denke, daß es auch eine spannende Aufgabe ist«, sagt er, obwohl er sich schon jetzt überraschend auf ein Forschungsfreisemester zurückgezogen hat.

Als Winkler kam, war Professor Ingo Materna noch Direktor des Historischen Instituts, im Dezember 1990 hatten seine Kollegen ihn in freier Wahl gewählt. Er mußte weg. Am 7. Januar 1991 forderte Senator Erhardt den amtierenden Rektor Zschunke ultimativ auf, Winkler als Institutsdirektor einzusetzen. Der legale Institutsdirektor Materna bekam einen von Winklers Sekretärin unterschriebenen Brief, in dem dieser mitteilte, in Absprache mit den neuberufenen Professoren sei er, Winkler, fortan der Institutsdirektor.

»Man muß schon mit dem Feingefühl eines Panzers ausgestattet sein, um an eine der schwierigsten Stellen der Humboldt-Universität einen Mann zu setzen, dessen Takt umgekehrt proportional ist der Schwierigkeit der Aufgabe, die sich ihm stellt.« So beurteilte der Münchner Althistoriker Christian Meier die Zwangseinsetzung Winklers durch den Senator Erhardt. Und tatsächlich, es ist erreicht. Unter den Historikern der Humboldt-Universität herrscht der Kalte Krieg zwischen den Professoren alten Rechts und den Professoren neuen Rechts, wie die von einer westlich dominierten Struktur- und Berufskommission ernannten neuen Professoren genannt werden. Nur vier der 16 neubesetzten Lehrstühle sind an Professoren aus dem Osten gegangen, vorzüglich an Mitglieder der Akademie der Wissenschaften, nicht der Humboldt-Universität.

Dort läuft die westdeutsche Landnahme ohne Rücksicht selbst auf die Entscheidungen der Struktur- und Berufungskommission weiter. Diese hat für eine Anzahl der alten Professoren Erklärungen für eine Weiterbeschäftigung abgegeben. Beispielsweise für den abgesetzten Direktor Ingo Materna und für seinen Kollegen Laurenz Demps, beide sind Spezialisten für Brandenburgische Geschichte. Doch auf den Lehrstuhl berufen wurde bereits ein Wessi, Professor Schich aus Kassel.

Geschichte der DDR soll künftig Professor Ludolf Herbst aus München lehren – er hat viel zur NS-Geschichte geforscht und publiziert, aber noch keinen einzigen Beitrag zur DDR-Geschichte. Der Spezialist für dieses Thema, Professor Siegfried Prokop, erhielt schon im September 1991, unterzeichnet von Rektor Heinrich Fink, ein Kündigungsschreiben, in dem noch behauptet wurde, das Fach Geschichte der DDR werde als solches nicht weiterbestehen. Als der Geschasste beim Arbeitsgericht klagte, erwiderte der Rechtsanwalt der Gegenseite: Prokops »Veröffentlichungen erwecken bei dem Leser den Eindruck einer parteipolitisch gefärbten Geschichtspropaganda. Wissenschaftlichen Anforderungen und Maßstäben genügen derartige Veröffentlichungen nicht.«

Der Leser Tilman P. Koops, Referatsleiter im Bundesarchiv, hatte noch 1988 diesen Eindruck nicht. In einem kritischen Buch über die »Geschichtswissenschaft in der DDR« stellte er 1988, also noch kurz vor der Wende, fest, daß die überwiegend propagandistische Auseinandersetzung mit den westdeutschen Historikern auffällig rückläufig sei. »Das Interesse der Historiker wendet sich vielmehr der Geschichte des eigenen Staates zu, wobei unterschiedliche Interpretationsansätze kontrovers und offen diskutiert werden.«

Der Mann vom Bundesarchiv belegte diesen Meinungsstreit: »Vergleiche die Kontroversen zwischen Siegfried Prokop und Günter Möschner...« Und nannte dazu gleich drei Aufsätze in der »Zeitschrift für Geschichtswissenschaft« aus den Jahren 1984 bis 1986, die eine Attacke Möschners gegen Prokop enthalten. Auch die Herausgeber des genannten Bandes, die Historiker Alexander Fischer und Günter Heydemann, konstatierten unter ausdrücklichem Bezug auf die Kontroverse zwischen Prokop und Möschner: »Offenbar stellt der unmittelbar politikgeschichtliche und gegenwartsimmanente Bezug keinen Grund mehr für vorsichtig taktierende Zurückhaltung dar, wie das noch vor einiger Zeit der Fall war. Auffassungsunterschiede und daraus resultierender Meinungsstreit werden inzwischen offen ausgetragen.«

Trotzdem beschuldigt der Anwalt der gegenwärtigen Leitung der Humboldt-Universität Professor Prokop: »Der Kläger war unter den Universitätshistorikern der DDR einer der dogmatischsten Vertreter der jeweiligen Parteilinie der SED.« Fischer und Heydemann dagegen schrieben 1988 unter Hinweis auf »die kritischen Anmerkungen zum Stand der Zeitgeschichtsforschung in der DDR von Siegfried Prokop«: »Zugleich ist das Bemühen unverkennbar, die Zeitgeschichtsforschung und -schreibung durch verstärkten Rückgriff auf authentisches Quellenmaterial qualitativ weiter zu verbessern.« Doch unter Berufung auf das »sachkundige Zeugnis der Prof. Dr. HeinrichAugust Winkler« und des 1967 verstorbenen »Prof. Dr. Gerhard Ritter, zu laden bei der Beklagten« – gemeint war Gerhard A. Ritter – stellte der Rechtsanwalt der Universität fest, daß »der Kläger für eine Hochschullehrertätigkeit an der Beklagten ungeeignet ist«.

So ähnlich hatte schon Prokops SED-Kritiker Möschner über den Kollegen geurteilt. Er vermißte in der Prokop-Darstellung der DDR-Geschichte, »wie Fortschritte auch unter besonders komplizierten Bedingungen erreicht, schwierige Situationen gemeistert ... wurden«. Und er tadelte Prokop, weil der »durch die starke Konzentration auf Widersprüche, Hemmnisse, Komplikationen und Probleme und mehr noch durch deren einseitige Beleuchtung« die Geschichte der DDR schief dargestellt habe. Das war auch 1985 noch ein Vorwurf, den ein der SED angehörender Professor für DDR-Geschichte nicht einfach wegstecken konnte wie eine schlechte Rezension – einige Jahre zuvor hätte dies seine akademische Existenz beenden können, so wie es heute unter anderen Vorzeichen angestrebt wird. Ob erfolgreich, ist durchaus zweifelhaft: Am 30. März hat das Berliner Landesarbeitsgericht den Berufungsantrag der Humboldt-Universität gegen das Arbeitsgerichtsurteil vom Mai ‘92 zurückgewiesen. Prokop muß weiter beschäftigt werden und wird bereits im Sommersemester wieder »Geschichte der DDR« lehren.

Der Kummer mit den Altprofessoren trieb Heinrich August Winkler um, als ich ihn im Dezember 1992 an seiner Wirkungsstätte besuchte: »Wie sollte das angesichts der Belastungen dieses Faches und auch einiger anderer Fächer eigentlich gehen, können Sie mir das erklären? Würden Sie einen Professor, jetzt frage ich mal, im Amt belassen, der

Studenten relegiert hat?« Wer das sei? Winkler: »Zum Beispiel Kurt Pätzold. Würden Sie jemand im Amt belassen, der aus politischen Gründen dazu beigetragen hat, daß Studenten die Universität verlassen mußten?«

So fragt – fragt? – Heinrich August Winkler, der heute auf dem Lehrstuhl des von ihm Beschuldigten sitzt. Kurt Pätzold – Arbeitsschwerpunkt Erforschung des Nationalsozialismus – bestreitet nicht, daß er an Relegationsverfahren von Studenten beteiligt war, beteiligt sein mußte. Er bedauert dies. Er zählt die Verfahren zu den »Sargnägeln für die DDR« – die Studenten, die politisch aufgefallen waren, wurden »in die Produktion« geschickt, wie man das damals nannte. Offiziell galt das als erzieherische Maßnahme, um die jungen Leute wieder »auf den richtigen Weg zu bringen«. Pätzold sagt, daß er weiter mit den Studenten in Kontakt blieb, daß sie später ihr Studium zu Ende führen konnten und daß die meisten von ihnen Karriere in Verlagen und in der Akademie der Wissenschaften machten. Wenigstens einer wurde arbeitslos – jetzt, nach dem Anschluß der DDR an den Großen Bruder.

So sieht Kurt Pätzold das. Und wie sieht sein gnadenloser Ankläger, Heinrich August Winkler, sich selbst? Könnte es nicht sein, daß auch er – auf freiheitlich-demokratischer Grundlage selbstverständlich – an Relegationen beteiligt gewesen ist gegen Leute, die in seiner Vorlesung Diskussionen über den Universitätsbetrieb verlangten?

»Ich – an Relegationen?« Professor Winkler ist ehrlich überrascht und erinnert sich: »Es gab eine Relegation, aber die hatte nichts mit meinen Vorlesungen zu tun, sondern mit einem Angriff auf den damaligen Rektor. Da ging ein Student vom KBW bei laufender Kamera dem Rektor Engler an die Gurgel, und daraufhin wurde er für ein Semester relegiert.«

Die Erinnerung ist mitunter ein trügerisch Ding. Es gibt so manche ehemalige Freiburger Studenten, die sich ebenfalls und möglicherweise besser erinnern, weil sie noch die Akten von damals haben. Martin Zeis, heute Lehrer in Baden-Württemberg: »An der Universität Freiburg kam es im Sommersemester 1975 zu einer Reihe von Streiks, Vorlesungsboykotts, Vorlesungsstörungen unter anderem wegen Bafög, wegen verschärfter Zwischenprüfungsordnungen und verschiedenen anderen Beschwernissen. Ich selbst war damals studentischer Sprecher der Philosophischen Fakultät 4 und im Fachschaftsrat Geschichte, habe auch in einer linken studentischen Gruppe mitgearbeitet, und in dieser Zeit kam es unter anderem eben auch bei Vorlesungen und Seminaren Heinrich August Winklers zu nichtunterrichtlichen Eingriffen seitens der Studentenschaft. Heinrich August Winkler hat auf diese Eingriffe immer äußerst gereizt reagiert und betätigte sich in diesem Zeitraum ‘74 bis ‘78 als Anzeiger beim Rektorat, sprich der Ordnungsbehörde der Universität. So hat er unter anderem auch über mich im Zuge einer Diskussion in einer seiner Vorlesungen Bericht erstattet beim Rektorat und darauf hingewirkt, daß ich im Wintersemester ‘75/’76 Hausverbot erhalten habe, und zwar für das Kollegiengebäude II, in dem Teile der Geschichtsseminare, unter anderem auch Winklers, und der wirtschaftswissenschaftlichen Seminare abgehalten worden sind.«

Der Student, der angeblich dem Rektor Engler an die Gurgel ging, besitzt auch noch die Akten von damals und kann das darum etwas anders sehen. »Ich, Thomas Sprotte, bin damals in der Universität relegiert worden für ein halbes Jahr aus folgenden Gründen: Mir wurde vorgeworfen: Störung von Lehrveranstaltungen und die Sprengung einer Fakultätskonferenz, wo ich selber Mitglied war. Der Vorwurf, daß bei dieser Fakultätskonferenz ich einem Professor an die Gurgel gegangen wäre, ist nicht richtig. Es war umgekehrt. In dem Moment, wo wir den Raum betreten hatten, wollten uns die Professoren daran hindern, und der Professor Jäger ist mir an den Hals gesprungen, und ich habe mich durch einen Befreiungsschlag von ihm getrennt. Störungen von Lehrveranstaltungen – da ging es im wesentlichen um Ordnungsverfahren, um Anhörungsverfahren bezüglich der Berufsverbote. Professor Dr. Winkler, das hat sich herausgestellt, war als Mitglied der Fakultätskonferenz und als Dekan verantwortlich dafür, daß Unterlagen von dieser Fakultätskonferenz zum Oberschulamt geschickt worden sind und gegen eine ehemalige Studentin, die in den Schuldienst wollte, verwendet wurden.«

Heinrich August Winkler, mit den Aussagen seiner beiden ehemaligen Studenten konfrontiert, meint, nicht er, sondern der Rektor trage die Verantwortung für die Relegation Sprottes. Allerdings widerspricht er Sprottes Wort vom »Befreiungsschlag«. Winkler: »Tatsache ist, daß es für den tätlichen Angriff des Studenten Sprotte auf Dekan Jäger während der Fakultätssitzung vom 25. November 1975 eine Reihe von Zeugen gibt, darunter auch mich.«

Das stimmt. In der von Rektor Engler – er war ebenfalls mitbetroffen, also auch Richter in eigener Sache – unterzeichneten Relegationsverfügung wird ausdrücklich auf »schriftliche Erklärungen« u.a. von Prof. Dr. H.A. Winkler Bezug genommen, aus denen sich »überzeugend« Sprottes »Tätlichkeit gegen den Dekan« ergebe. Sprotte erschien den Relegationsrichtern nicht so überzeugend wie der »Zeuge« Winkler. Sprotte hatte damals zu Protokoll gegeben: »Tatsache ist, daß H. Winkler und H. Jäger uns entgegensprangen, als wir die Forderung nach Öffentlichkeit der Fakultätskonferenz durchsetzen wollten. Dabei sprang mir Herr Jäger an die Gurgel und drückte mir mit beiden Daumen die Luft ab. Zunächst konnte ich mich nicht wehren, da meine Arme festgehalten wurden. Soviel ich weiß, von Herrn Winkler.«

Das alles ist 18 Jahre her, Winkler war immerhin schon Professor, ja Dekan in Tübingen. Die Vorwürfe gegen Professor Pätzold dagegen beziehen sich auf das Jahr 1968, auf eine Zeit, in der Pätzold noch Assistent war.

Würden Sie einen Professor im Amt belassen, der aus politischen Gründen dazu beigetragen hat, daß Studenten die Universität verlassen mußten? Es ist Professor Winkler, der so fragte. Ja, was würden wir tun? Nun, so dringlich sind wir nicht gefragt. Die Bestrafung, soweit notwendig, übernahm das Leben. Professor Pätzold gehört zu den Besiegten der Geschichte. Er muß weg. Professor Winkler aber ist einer ihrer strahlenden Sieger. Er bleibt.

Otto Köhler schrieb in KONKRET 2/93 über den konservativen Historiker Michael Wolffsohn

Konkret 05/93, S. 49

Karlheinz Deschner

Mit Gott und den Faschisten VII

Das römische Papsttum – durch Krieg und Betrug groß geworden, durch Krieg und Betrug groß geblieben – hatte durch Pius X. den Ausbruch des Ersten Weltkriegs gefördert und durch Pius XI. entscheidend die Heraufkunft des Faschismus in Italien, Deutschland, schließlich in Spanien.

Seit der Antike besaß der Klerus in Spanien besondere Macht. Die Ketzerverfolgungen, Judenpogrome, die Inquisition, die Sklaverei florierten, und dementsprechend war der Reichtum der Kirche – allein die Jusuiten kontrollierten im frühen 20. Jahrhundert ein Drittel des gesamten spanischen Kapitals.

Tausende saßen seinerzeit auf Betreiben der Kirche in Gefängnissen, wurden nach mittelalterlichen Methoden gefoltert, Hunderte erschossen.

Ganze Landstriche verfielen dem Hunger. So schlossen sich die bis aufs Blut ausgebeuteten Massen immer mehr den liberalen, sozialistischen und radikalsozialistischen Parteien an. Zu Beginn der dreißiger Jahre war Spanien nicht mehr katholisch. Fast ohne einen Tropfen Blut zu vergießen und mit Zustimmung der überwältigenden Mehrheit beseitigte man 1931 die Monarchie, erklärte die Republik und führte eine Fülle von bisher hintertriebenen, dringend notwendigen Reformen durch.

Die neue, durch legitime Wahlen zustandegekommene Regierung war keineswegs antireligiös oder gar darauf aus, Spanien antichristlich zu machen. Doch das Episkopat versuchte sofort, seine ursprüngliche Machtposition wiederzugewinnen. Es hetzte offen gegen den Staat, dabei gestützt auf die Anhänger des alten Regimes, Großagrarier und Adel, sowie auf die rückständigste Schicht, Teile der bäuerlichen Bevölkerung, dank der katholischen Erziehungsarbeit noch im dritten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts zu 80 Prozent Analphabeten. Bereits im Siegesjahr Hitlers forderten die spanischen Bischöfe und der Papst in einer Enzyklika vom 3. Juni einen »heiligen Kreuzzug für die vollständige Wiederherstellung der kirchlichen Rechte«. Als Ende 1933 die alle Maßnahmen der Regierung bekämpfenden Rechtsparteien die Mehrheit im Parlament erlangten, wurden in den »beiden schwarzen Jahren« des sehr kirchen- und faschistenfreundlichen Kabinetts Lerroux die Errungenschaften der jungen Republik wieder liquidiert. Ungezählte verloren nun erneut Arbeit, Brot, landeten, ohne jeden Prozeß, nur aus politischen Gründen, im Kerker, wo man sie häufig noch folterte: allein im Oktober/November 1934 dreißigtausend Menschen. Es kam zu einer Kette von Streiks, Massendemonstrationen, lokalen Erhebungen. Schließlich schlossen sich wegen des wachsenden Drucks der Rechten am 16. Januar 1936 Arbeiter, Bauern, Klein- und Mittelbürgertum samt der sozial empfindenden Intelligenz in der »Volksfront« zusammen und errangen am 16. Februar gegen die »Nationale Front«, die kirchlichen, faschistischen, monarchistischen Kreise, einen überwältigenden Sieg.

Gerade dieser Triumph aber veranlaßte die Rechtsradikalen zum offenen Aufstand gegen die Regierung. Noch Ende Juli beförderten deutsche Transportflugzeuge Francos mohammedanische Mauren, die ihre Opfer kastrierten, und seine Legionäre, Losung: »Es lebe der Tod! Nieder mit der Intelligenz!« zur Rettung des katholischen Abendlands übers Meer, worauf sie ihre ersten Heldentaten in Sevilla vollbrachten,dessen Arbeiterviertel sie durch Artillerie-beschuß dem Erdboden gleichmachten,nachdem sie alle – so gut wie waffenlosen – Männer auf den Straßen zusammengetrieben und mit dem Messer abgestochen hat-ten.

Die Nazis schickten bald Jagd-, Kampf-, Aufklärungsmaschinen sowie sonstiges Kriegsmaterial. Gleichzeitig eilten die Italiener Franco zu Hilfe. Der von Gott gesandte Duce, den spanischen Verschwörern schon 1934 mit Waffen und Geld beigesprungen, setzte jetzt mehr als hunderttausend Soldaten in Marsch. Das hochklerikale Portugal, seit 1931 »unserer Lieben Frau von Fatima« geweiht, nun Hauptnachschubweg Hitlers und Waffenankaufszentrale Francos, warf zwanzigtausend Menschen in die Schlacht. Ebenfalls schickte das katholische Irland eine Brigade für den »christlichen Kreuzzug«. Als sie jedoch neben Francos Mohammedanern fechten sollten, die man, um den Schein zu wahren, in Mönchskutten gesteckt hatte, waren die Iren nicht mehr für den heiligen Krieg zu gebrauchen und wurden kaum noch eingesetzt.

Doch obwohl in Spanien weder ein kommunistischer noch antireligiöser, ja, auch kein grundsätzlich antikatholischer Staat bestand, obwohl es unter den fast fünfhundert Abgeordneten des spanischen Parlaments nur 15 Kommunisten gab, täuschten die Klerofaschisten der ganzen Welt ihren Putsch als Religionskrieg gegen den gottlosen Kommunismus, als, so wörtlich das spanische Episkopat, »Kreuzzug gegen die rote Weltrevolution« vor – eine vom Vatikan ebenso wie von Hitlers Propagandaminister verbreitete Geschichtsfälschung, die sich auf den Entschluß fast aller europäischen Länder und der USA auswirkte, die spanische Regierung nicht zu unterstützen.

Die Kurie aber intensivierte in der ganzen katholischen Welt eine breit angelegte Kampagne gegen den Bolschewismus. Als erste ausländische Flagge wehte über Francos Hauptquartier die päpstliche, und über dem Vatikan wurde bald das Banner Francos gehißt. Auch rief Papst Pius XI. zur selben Zeit wie Hitler in Nürnberg die Welt zum Kampf gegen den Kommunismus auf, nannte die Bombenhilfe seiner faschistischen Verbündeten »Schutz- und Heilmittel« und schlug im Sommer 1938 die Bitte der französischen und englischen Regierung, sich einem Protest gegen die Bombardierung der republikanischen Zivilbevölkerung anzuschließen, rundheraus ab. Dagegen dankte er, mitten im Krieg, dem Rebellengeneral Franco für ein Huldigungstelegramm, hocherfreut darüber, »daß wir in der Botschaft Ew. Exzellenz den angestammten Geist des katholischen Spanien pulsieren fühlen«. Und am Ende des dreijährigen Gemetzels forderte der kurz zuvor gekrönte Pius XII. Franco auf, »mit neuer Energie die alten christlichen Traditionen« wieder aufzunehmen.

Redefreiheit, Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit wurden nun in Spanien wieder aufgehoben; Literatur, Film, Funk unter strenge Zensur gestellt; alle Parteien, außer der faschistischen, verboten, alle nichtkatholischen Bekenntnisse unterdrückt, auch sämtliche protestantische Kirchen und Schulen geschlossen. Der Katholizismus wurde Staatsreligion. Militärtribunale und Exekutionskommandos waren pausenlos tätig. Allein in Madrid fanden nach Schätzungen des italienischen Außenministers Graf Ciano täglich 200 bis 250 Hinrichtungen statt. Nach offiziellen Statistiken der spanischen Regierung ließ Franco vom Ende des Bürgerkrieges 1939 bis zum Frühjahr 1942, also in der Zeit, in der er auf Wunsch des neuen Papstes begann, »die alten christlichen Traditionen« wiederaufzunehmen, mehr als 200.000 Menschen erschießen; das entspricht einem Drittel aller Opfer des Bürgerkrieges.

Diesen Text hat Karlheinz Deschner am 28. Februar 1993 im Rahmen seiner TV-Sendereihe zur Politik der Päpste im 20. Jahrhundert vorgetragen. Diese Sendereihe wird von Kanal 4 auf der Frequenz von RTLplus zweimonattlich ausgestrahlt. Nächste Folge: 25. April, 24 Uhr

Konkret 05/93, S. 50

Bernd Rauschenbach

Ich habe gelesen

»Dem Ingeniör ist nichts zu schwör.«
Daniel Düsentrieb

Von den jüngst in dichter Folge erschienenen drei neuen Büchern Ulrich Holbeins habe ich bisher nur das kürzeste gelesen, weniger aus Faulheit oder gar Desinteresse dem Autor gegenüber, sondern weil meine Hauptlektüre in diesem Frühjahr wieder mal Albrecht Schaeffers »Helianth« ist, einer der in jeder Hinsicht großen deutschen Romane dieses Jahrhunderts (1920 bei Insel erschienen; eine Neuausgabe ist beim Aachener Alano Verlag in Arbeit): Mit seinen drei Bänden á 750 Seiten duldet er keine umfangreichen Bücher neben sich. Aber von ihm – vielleicht – ein andermal; jetzt zu Ulrich Holbein. Beim Lesen seines Bändchens »Die vollbesetzte Bildungslücke« aus der Reihe »Claassen – *solo*« – stellten sich die Gefühle ein, die ich bei Holbein immer habe. Einerseits bewundere ich seine hohe, unbemühte Artistik, die es ihm erlaubt, mit unbefangener Naivität und zugleich mit genauestem Kalkül zu schreiben; bewundere seine Fähigkeit, weit auseinanderliegende Gegenstände in einem Text : ja, nicht zusammenzu*zwingen*, sondern ihre bislang verborgenen Zusammenhänge wie organisch aufscheinen zu lassen. Auch staune ich immer wieder, daß ich eine Essaylektüre lang mich plötzlich für Themen interessiere, von denen ich vorher bestenfalls gehofft hatte, sie mögen mir nie in den Sinn kommen.

Über die Farbe der Buchrücken in meiner Bibliothek zum Beispiel hatte ich mir eigentlich nie Gedanken machen wollen, und erst recht nicht darüber, ob die Farbe etwa die Anordnung in den Regalen beeinflussen sollte. Holbeins Essay zu diesem Problem jedoch (vor 2 Jahren im »NZZ«-Magazin abgedruckt) überzeugte mich mühelos, daß dieses Problem sehr wohl seinen Essay wert war. Freilich hatte ich nach der überaus vergnüglichen Lektüre keine Sekunde Lust, einen eigenen Gedanken auf das Thema zu verwenden oder gar meine Bücher umzusortieren bzw. ihre Rücken – wie es der Autor getan hatte – passend anzumalen. Und damit ist auch schon das noch fehlende »Andererseits« umschrieben: Holbeins Bücher und Essays sind wie perfekt geschliffene Kristallkugeln, wunderschön anzuschauen, glitzernd, lupenrein. Aber was macht man eigentlich mit Kristallkugeln? Man kann schwerlich mehr tun, als ihre Schönheit bewundern. Sie bieten keine rechten Angriffsflächen, ruhen stets in sich selbst, haben kaum Reibung. Allerdings: Wenn das Licht richtig einfällt, können sie es fokussieren. Sie dienen dann, wie in Schusterwerkstätten zu Hans Sachsens Zeiten, der punktuellen Erhellung.

Mit den 60 Seiten seiner »Vollbesetzten Bildungslücke« wirft Holbein solch einen gebündelten Lichtstrahl auf Alltagskultur und »Volksvermögen« (P. Rühmkorf) der BRD um 1960, indem er seinen ersten Bildungsweg schildert. Der führte ihn, da er »in einfachen Verhältnissen« aufwuchs, nicht in bildungsbürgerliche Klassikerreservate, sondern in Gegenden, die von Fix und Foxi, Onkel Otto, Lurchi und dem HB-Männchen bevölkert waren. Gültige Lebensmaximen lieferten ihm nicht Goethe & Schiller, sondern Dick & Doof, Mary Poppins, die Mumins und der Schnupferich; Holbeins Weltgeist hauste im Asbach Uralt, gute Literatur waren die »Illustrierten Klassiker«, und das Licht der Aufklärung schien ihm vom Darmol-Mann.

Wie da in Holbeins Text allmählich ein allgegenwärtiges weißes Rauschen aus dem kulturellen Untergrund steigt und mit der Hochkultur ein Rückkopplungspfeifen erzeugt, das wird wohl jeder mit Holbein Gleichaltrige vergnügt und vielleicht auch etwas wehmütig verfolgen. Ich jedenfalls habe bei der Lektüre auf fast jeder Seite ausrufen können: Ach ja, richtig! Genau! So war’s!

Es war aber natürlich *auch* ganz anders. In Holbeins Mini-Bildungsroman fehlt etwas, was vielen heutigen Männern um die 40 in später Kindheit, früher Jugend wichtig gewesen sein muß: die »hobby«-Lektüre. In meiner Klasse las fast jeder Junge das »magazin der technik«, und anderswo wird es kaum anders gewesen sein. Mit einem Großteil seiner Beiträge versetzte »hobby« zwischen 1950 und 1970 seine Leser in die Zukunft – und die versprach, rundum paradiesisch zu werden: Die Menschen würden in riesigen, von vorausschauenden Architekten optimal geplanten Städten ganz ihrer Freizeit und ihren Hobbys leben, denn ihre Arbeit würde sich auf das Minimum leichter Kontrolltätigkeit reduzieren: dank bis ins letzte durchrationalisierter und automatisierter Fertigungsprozesse, dank vollautomatischer Küchen und universell im Haushalt einsetzbarer Roboter (deren Prototypen von uns bereits in den Kaufhausspielzeugabteilungen angestaunt wurden). Unbeschränkte Energie würden saubere und sichere Fusionskraftwerke liefern; auch die sich damals schon abzeichnenden Verkehrsprobleme waren in »hobby« bereits gelöst: innerstädtisch durch riesige Rohrpostsysteme und durch Fußgängerförderbänder mit gestaffelten Geschwindigkeiten; der zwischenstädtische Verkehr würde unfallfrei auf elektronisch gesteuerten Autobahnen ablaufen; der interkontinentale schließlich durch Hochgeschwindigkeitszüge in Tunnelröhren mit der U-Bahn von Moskau nach New York! Mit den Meeresalgen hätte die Menschheit unbeschränkte Nahrungsreserven (was mich allerdings damals schon nicht recht überzeugte, dafür kochte meine Mutter einfach zu gut),

und als Siedlungsraum stünden der expandierenden Weltbevölkerung der Meeresboden, ja sogar Mond und Mars zur Verfügung. Die Erde würden Weltraumstationen umkreisen, von denen aus ionengetriebene Raumschiffe ihre interplanetarischen, wenn nicht gar interstellaren Reisen antreten würden. Und die Astronauten würden das Ende ihrer alle menschlichen Raum- und Zeitmaße überschreitenden Reise sogar erleben, dafür sorgte mit einem schwer zu durchschauenden Trick schon Albert Einstein (dessen »Ätsch!«-Foto mit herausgestreckter Zunge damals noch unbekannt war).

Die Frage war nur: Würde *ich* das alles je erleben? Denn der Zugang zu diesem verheißenen Paradies war versperrt durch das Wort, mit dem damals alle Zukunftsmärchen, nicht nur die in »hobby«, anhuben: »Im Jahre 2000«. Und das war noch elendiglich lange hin. Immer wieder rechnete ich es nach, aber es wurde und wurde nicht besser: Im Jahr 2000 würde ich 48 Jahre alt sein, ein unvorstellbares, methusalemisches Alter.

Das Jahr 2000 hatte in den 50er Jahren einen geradezu magischen Glanz: Schlechthin alles, was in der Gegenwart noch mies und unvollkommen war, versprach im Jahr 2000 schön und perfekt zu sein. (Von diesem utopischen Mythos zehrt heute noch der Berliner Senat bei seiner albernen Olympia-Kampagne: Die ganze Stadt ist voll von Plakaten und Stickern, auf denen »Berlin 2000« steht – das wird offenbar als ausreichendes Argument akzeptiert.) Und das schönste war: Die Technik des Jahres 2000 kam daher als das Schwere, das leicht zu machen ist. Denn die »hobby«-Hefte stellten nicht nur Atomautos der Zukunft vor, sie gaben auch Basteltips für die elektrische Eisenbahn; sie erklärten neben der Funktionsweise des Photonenantriebs den sinnvollen Gebrauch von Laubsäge und Lötkolben, und wer geschickt genug war, konnte sich einen Geigerzähler fürs Knopfloch zusammenbauen. Der ganze Kontext der Hefte suggerierte, daß die Konstruktion eines Fusionsreaktors eigentlich nur eine höhere Form des Bastelns sei, nur ein Hobby unter vielen.

Dieser Eindruck wurde noch durch den Umstand verstärkt, daß »hobby« bei EHAPA erschien, dem Verlag der Micky-Maus-Hefte. In denen las ich manchmal Geschichten, die in der Zukunft spielten, und Entenhausen 2000 glich mit seinen Wohntürmen, Einmannhubschraubern, gläsernen S-Bahn-Röhren und Einschienenbahnen doch verblüffend genau den Visionen der Hobby-Futurologen. Und schon in Entenhausens Gegenwart gab es ja den genialen Daniel Düsentrieb, der mal eben an einem Nachmittag die umwälzendsten Erfindungen zusammenbastelte. Nun gut, das waren erfundene und gezeichnete Geschichten; so blöd war man als Kind ja nicht, das für bare Münze zu nehmen. Doch im Mittelteil der »Micky Maus« gab es Reportagen aus Disneyland mit Fotos einer futuristisch anmutenden, gleichwohl real existierenden Einschienenbahn, und an einer Modellstadt der Zukunft wurde angeblich in diesem sagenhaften Land auch schon gebaut. Das Jahr 2000 war machbar, und ich sehnte es herbei, war ich doch technikbegeistert, wie die meisten Jungs damals. Ich schaute zusammen mit meinen Freunden auf die Armaturenbretter geparkter Autos und nahm die höchste Zahl auf dem Tachometer ehrfürchtig für die auch erreichbare Höchstgeschwindigkeit. (Warum wir dann voll Sammeleifer die Autonummern in unsere Notizbücher schrieben, hätte ich vermutlich schon damals nicht sagen können.) Wir liefen zum Flughafen Tempelhof, um die ersten in Berlin montierten Photozellen zu erleben, die automatisch Türen öffnen sollten, und richtig: Wir standen so lange im Lichtstrahl und ließen die Türen tanzen, bis man uns wegjagte. (Das Paternosterfahren im Rathaus Kreuzberg war sowieso aufregender!) Den Flugzeugen auf dem Rollfeld, deren technische Daten wir längst vom Flugzeugquartett auswendig kannten, konnten wir ewig ohne Langeweile hinterherstarren. Und wie tief die blauweiße Weltkugel, die damals auf den meisten Maschinen im angeblich vom Luftverkehr abhängigen Berlin prangte, sich bei mir als Synonym fürs Fliegen schlechthin einge-prägt hatte, habe ich erst vor einem Jahr bemerkt, als ich die Zeitungsmeldung von der Pleite der PANAM las. Für den Bruchteil einer Sekunde durchzuckte es mich: »Das kann doch nicht sein, das wär' ja das Ende der Luftfahrt.«

Mein Lieblingsbuch in dieser Zeit kam aus einem (oder *dem?*) Kinderbuchverlag der DDR, die ich damals natürlich noch, wie jeder Westberliner, ›Zone‹ nannte – was in meinen Ohren überhaupt nicht herabsetzend klang, hatte ich doch in Wernigerode und bei Oma in Klein-Machnow (»bei Berlin«) die herrlichsten Sommerferien verlebt (inklusive Sackhüpfen mit den Jungen Pionieren); die wunderbarsten Johannisbeerbonbons, die je hergestellt wurden, kamen aus diesem anheimelnd nach »Zoo« klingenden Land, und die Bilderheftchen der dortigen Kinder waren nicht nur exotisch, sondern eindeutig besser als zumindest FIX UND FOXI: In FRÖSI (»Fröhlichsein und Singen«) z.B. gab es Comicstrips, die sich mit einer darübergelegten schwarzgestrichelten Plastikfolie in bewegte Wackelbildchen verwandeln ließen, und daß ich bis auf den heutigen Tag nicht nur weiß, daß der Magdeburger Bürgermeister Otto von Guericke das Vakuum erfunden hat, sondern auch noch seinen Namen richtig schreiben kann, verdanke ich einem ATZE-Heft. Außer der Weihnachtsgans, meiner elektrischen Eisenbahn und meinem Tretroller Marke »Schulflitzer« kam nun eben auch noch mein Lieblingsbuch aus der Zone: »Peter, ich und die Atome«, eine aus dem Russischen übersetzte Einführung in die Atomphysik für Kinder. Da saß zu Beginn der Ich-Erzähler mit seinem Neffen Peter bei Tisch und erklärte ihm, warum seine Suppe durch Pusten schneller kalt wurde. Am Ende wußte Peter Bescheid über Moleküle, Atome samt Kernen und Schalen, Elektronenbahnen, Elementarteilchen und über die Nutzanwendung, die in zwei Richtungen möglich war: Böse Menschen bauten aus den Atomen Atombomben, gute schenkten der Menschheit bald Strom aus Fusionskraftwerken. Ob ich dem Autor die selbstverständlich entlang der politischen Demarkationslinie verlaufende Scheidung in gute und böse Menschen abnahm, weiß ich nicht mehr. Aber ich erinnere mich noch gut, wie wir Kinder die Bedrohung durch die Atombombe empfanden:

nämlich gar nicht. Schließlich wurden die Dinger ja alle naselang auf irgendeinem Atoll (was *das* nun wieder war! Jedenfalls fing es auch mit »Ato« an) gezündet, ohne daß was passierte; und in den Schulen wurden Heftchen verteilt, in denen wir lasen, wir hätten uns, falls mal zufällig so ein Ding in unserer Nähe hochgehen sollte, zu ducken und den Schulranzen über den Kopf zu halten. Ernster wurde die Sache erst, als ich mit meinen Eltern am 13. August 1961 beim sonntäglichen Mittagstisch in die Suppe pustete und Frau Hasche vom anderen Seitenflügel quer über den Kreuzberger Hinterhof brüllte: »Habta schon jehört?: Die mauan uns ein!« Da wurde mir bald klar, wer der Böse war: der Spitzbart in Pankow, der mich daran hinderte, in meine Zone zu fahren. Wenige Monate später, als meine Mutter damit begann, bislang ungesehene Mengen an Zucker, Mehl und Fleischkonserven auf dem Dachboden einzulagern, weil der ulkige Glatzkopf, der immer mit dem Schuh auf den Tisch hieb, unbedingt seine Raketen nach Kuba bringen wollte, ergriff die Angst der Erwachsenen erstmals auch uns Kinder. Der Onkel aus Amerika, der so eine Art Regierender Bürgermeister von Berlin sein mußte und aussah wie die verehrten Helden der amerikanischen Vorabendserien, bekam die Krise aber ziemlich schnell in den Griff, und Raketen wurden uns Jungs wieder etwas zum Träumen, zumal bereits ziemlich heftig die bemannte Weltraumfahrt begonnen hatte. Wir lasen, daß Daniel Düsentrieb in Wirklichkeit Wernher von Braun hieß und daran arbeitete, die Landung des ersten Menschen auf dem Mond noch vor Ablauf dieses Jahrzehnts möglich zu machen; in »hobby« wurde auch bald die Mondrakete Saturn V vorgestellt, deren Montagehalle so riesig war, daß sich darin Wolken bildeten: Die Welt des Jahres 2000 schien langsam Gestalt anzunehmen.

Irgendwann zwischen 1962 und ‘65 durfte ich dann zum ersten Mal alleine auf die Berliner Industrieausstellung in den Messehallen am Funkturm. (Ich weiß nicht mehr genau, welches Jahr es war, jedenfalls war es die Zeit, als die Länder der 3. Welt »Entwicklungsländer« genannt wurden, ihre Sonderschau bei der Industrieausstellung aber »Partner des Fortschritts« hieß, während die Berliner Schnauzen zu den Damen und Herren an den Messeständen weiterhin gern »Bimbos« sagten.) Ausgerechnet in der Ausstellungshalle mit Technik für den Haushalt, die ich ohne Interesse auf dem Weg zu aufregenderen Attraktionen durchqueren mußte, erlitten meine Raketenträume ihre erste Bruchlandung an dem Reklameschild einer Kochgeschirrfirma. Als »neueste Errungenschaft der Weltraumtechnik« pries es in weithin lesbaren Lettern an: »Bratpfanne mit Telefon«. Ohne das Wunderding eines Blickes zu würdigen, ging ich niedergeschlagen an dem Stand vorüber. Nicht etwa die schon damals gegen die Weltraumfahrt ins Feld geführte und in diesem Fall ja in der Tat besonders miese Aufwand/Nutzen-Relation hatte mich auf den Boden geholt, sondern die Ahnung, ich würde nie wieder von einer Marsreise träumen können, ohne daß Mutti in der Kommandozentrale des Raumschiffs Buletten briet und dabei mit ihrer Freundin Inge telefonierte. Natürlich bemerkte ich ein paar Wochen später meinen Lesefehler – aber daß die Weltraumpfannen lediglich das Anbrennen der Buletten verhindern sollten, war eher noch blöder. Als dann im Fernsehraumschiff »Orion« aus einem Armaturenbrett deutlich der Griff eines Bügeleisens ragte, konnte mich das schon nicht mehr treffen, denn meine Astronautenphantasien waren bereits einer jugendlich-ernsthaften Beschäftigung mit der Astronomie gewichen. Die erste Mondlandung 1969 mit Neil Armstrongs »großem Schritt für die Menschheit« verfolgte ich natürlich noch gespannt am Bildschirm – doch bereits die nächsten Flüge waren merkwürdig faszinationslose Routine.

In den Köpfen vieler Leute begann sich vor das Jahr 2000 das Jahr 1984 zu schieben; meine Hobbys wurden Bakunin und der Explosionismus – nun, das wäre eine andere Geschichte.

Wie weit es noch bis zum Jahr 2000 ist, rechne ich auch heute noch bisweilen nach, freilich mit einem etwas anderen Gefühl als um 1960 herum. Ich frage mich dabei immer öfter, ob das bei meiner Generation gehäuft anzutreffende Gefühl von Ziel- und Zukunftslosigkeit nicht *auch* (monokausale Erklärungen gibt es für nichts auf der Welt) von früherer »hobby«-Lektüre herrühren könnte. Etwas allgemeiner ausgedrückt: von dem in den 50er Jahren verbreiteten Starren auf das messianische Jahr 2000, das nun mit Macht näher rückt, ohne daß sich auch nur eine einzige Verheißung erfüllen wird. Wäre ich Soziologe, ich tät’s untersuchen.

Bernd Rauschenbach schrieb in KONKRET 7/92 über den Zwang der Lektüre

Konkret 05/93, S. 53

Frieder Kern

Ballaballa

Dietrich Schulze-Marmeling hat ein Buch über den Fußballsport geschrieben. Um zu belegen, daß allein der proletarische Kick den Fußball adelt, begeht er schon mal ein verstecktes Foul

Wer glaubt, im Buch *Der* gezähmte Fußball inge es um Fußball, der irrt. Zwar ist fast ausschließlich von Fußball die Rede, und das über mehr als 300 Seiten, doch dient der Ball dem Autor einzig dazu, ihn zu treten, so lange zu treten, bis er in sein Weltbild paßt, das nur zwei Seiten kennt, die Arbeiterklasse, der er alles Gute zutraut und manches nachsieht, und den bösen Kapitalismus. Da der Ball aber bekanntlich rund ist, muß er ihm da reichlich Gewalt antun. Und das tut er. Er tritt ihn platt und begibt sich mit diesem Gerät, einer Art Gesinnungsdetektor, auf die Suche nach seiner Fußball-Herrlichkeit.

Die findet er in der Krise, im Abseits, im fremden Bett, in des Gegners Hälfte. Im Feindesland stöbert er ihn auf, den guten, alten Fußball - in höchst alarmierendem Zustand. Gezähmt und kommerzialisiert lümmelt er im Angestelltenmilieu herum, säuft ewig Schampus, kungelt mit den Bonzen und will, der einst wild und subversiv dem Proletariat entsprungen, partout von seiner Herkunft nichts mehr wissen. Selbst schuld, könnte man sagen, wären wir nicht die Opfer, hätten wir nicht, leidvoll, Woche für Woche die Folgen zu ertragen: Langeweile auf dem Rasen, Randale auf den Rängen und Profitdenken in den Vorstandsetagen. Doch damit nicht genug. Schulze-Marmeling prophezeit der Profibranche noch einige Jahrzehnte spielerischen Niedergangs, denn: »...der Raum für eine ästhetische Eigendynamik wird ihm für lange Zeit abgehen - dem >wilden<, subversiven Straßenfußball fehlen die sozialen Voraussetzungen, einer weitreichenden Liberalisierung die politischen. So wird im deutschen Profifußball wohl auch weiterhin tumbe Kraft über spielerische Intelligenz dominieren.«

Das sind wahrlich keine rosigen Aussichten, doch immerhin wissen wir nun, woran wir sind und was dem Fußball wieder Beine machen kann: Elend oder Rebellion, das ist, zum Wohle des Fußballs, die Frage. Wir haben die Wahl und sollten uns entscheiden. Schulze-Marmeling aber hat - mit spielerischer Intelligenz oder tumber Kraft? »bereits erste Konsequenzen für seine Stadionbesuche« gezogen. Er hat sich die Rote Karte gezeigt für den bezahlten Fußball, hat freiwillig die Last des Kreuzes auf sich genommen, wenn auch halbherzig, denn Dortmund aus Tradition, St. Pauli sporadisch und das benachbarte Holland ab und zu will er sich vorbehalten, dort will er weiterhin sündigen, ansonsten aber Heil und Hoffnung in der »unbeschwerten Kickerei der Bezirksklassen« suchen. Die Kickerei des Autors ist allerdings alles andere als unbeschwert. Bei ihm hört der Spaß beim Fußballsport auf, spätestens mit dem Scheitern der studentischen Revolte, die noch einmal erahnen ließ, dank Kumpels wie Beckenbauer, Breitner, Hoeness und Netzer, was allein ihn adelt, den Fußball: der proletarische Kick.

Rauhbeinig hält Schulze-Marmeling seinen Strafraum sauber und ist in der Wahl seiner Mittel nicht gerade zimperlich. »Spätestens seit Brian Laudrups Auftritt bei der EM 92 weiß man, daß Klavierspielen ein weitaus besserer Ausgleichssport für den Fußballer ist als das an ein Videospiel erinnernde, unkreative Tennis.«

»Eben kein Rastelli«, würde Franz Beckenbauer sagen. Von Spontaneität und Improvisationskunst nicht die Spur. Brav fügt er sich in sein vorgegebenes taktisches Konzept, das dem der verteufelten »Angestellten-Kickerei« verdächtig ähnelt, und begeht, bevor ihm der Ball zu weit vom starken linken Fuß springt, schon mal ein verstecktes Foul.

Da stehen sie, die proletarischen Schalker, 1938 im Olympiastadion, den rechten Arm stramm zum Hitlergruß gestreckt. »Das ist doch gefährliches Spiel, Herr Schiedsrichter!« Der aber überhört meinen Zwischenruf, läßt, es ist ja bloß der Arm und nicht das gestreckte Bein, weiterspielen. Und Schulze-Marmeling? Signalisiert »keine Absicht« und rettet sich, die Fankurve (taz) applaudiert beifällig, mit einem Befreiungsschlag aus der heiklen Situation. Gefragt, ob es nun ein Foul war oder nicht, wird er später schamlos in die Maschine tippen, daß dies »nicht zur völligen Zufriedenheit geklärt« werden könne und daß die Bilder »zur Beantwortung dieser Frage sicherlich nicht« ausreichten.

Kein schönes Spiel, das nicht, doch was soll's: Hauptsache, gewonnen. Beschämt verlassen die Angestellten-Kicker den Platz. Schulze-Marmeling hat sie mit ihren Waffen geschlagen: Er hat den Ball in den eigenen Reihen gehalten. Und das über die gesamte Spielzeit.

Dietrich Schulze-Marmeling: Der gezähmte Fußball, Verlag Die Werkstatt, Göttingen 1992, 336 Seiten, 32 Mark

Konkret 05/93, S. 54

Ludger Weß

Rasse, Klasse, Gene

In der US-amerikanischen Administration sind während der Bush-Ära wissenschaftliche Initiativen in Gang gekommen, die die Entwicklung neuer Sozialtechnologien zum Ziel haben, mit denen Polizei und Verwaltung die Unruhe in den innerstädtischen Slums in den Griff bekommen wollen. Dabei werden zunehmend biologische Erklärungsansätze herangezogen. An diesen Programmen sind das Justiz- und das Gesundheitsministerium, aber auch eine Reihe von universitären Forschungseinrichtungen beteiligt. Die neue Kriminalbiologie bedient sich dabei modernster Methoden, hinter denen ein ausgeprägter Rassismus steckt

Vor über hundert Jahren begründete der italienische Arzt Cesare Lombroso die Kriminalbiologie. Ausgehend von anatomischen Untersuchungen an Kriminellen und Geisteskranken stellte er die Behauptung auf, es gebe unter den Menschen Beispiele eines Rückfalls der Evolution. Solche Individuen seien von Geburt an dem Schicksal ausgeliefert, wie ein Affe oder ein primitiver Wilder zu leben. Dies mache sie in einer zivilisierten Gesellschaft zu gebore-nen Verbrechern. Seiner Meinung nach seien sie an Besonderheiten ihrer Körperform zu identifizieren, und zwar an Merkmalen, die an unsere äffischen Vorfahren erinnern: vorstehende Wangenknochen, henkelförmige Ohren, hervorgewölbte Augenbrauen und dergleichen mehr. Bei etwa vierzig Prozent aller Verbrecher, so Lombroso, handle es sich um geborene Kriminelle, bei dem Rest um Täter im Affekt oder in großer Zwangslage.

Trotz zahlreicher geradezu grotesker Behauptungen und offensichtlicher methodischer Mängel seiner Studien, die von einer Reihe zeitgenössischer Gegner bereits hervorgehoben wurden, begründete Lombroso mit dieser Theorie eine einflußreiche Disziplin. Die Kriminalbiologie beeinflußte Gesetzgeber ebenso wie Gerichte, Anwälte und Strafvollzugsexperten, indem sie ein neues Element in die Diskussion um die Strafrechtspraxis brachte: die »Natur« des Verbrechers. Die Strafe, so lautete das Anliegen der Lombroso-Schule, müsse dem Verbrecher angemessen werden und nicht seinem Verbrechen. Ein Täter, der seine Taten im Affekt oder aufgrund irgendwelcher Zwangslagen verübe, müsse milder bestraft werden als ein geborener Krimineller. Der Strafvollzug sei zu differenzieren: Zumessung mildernder Umstände und Entlassung auf Bewährung für die einen, Gefängnisstrafe auf unbestimmte Zeit für die anderen, die »geborenen Verbrecher«.

Nirgendwo wurden diese »Reformbestrebungen« der Lombroso-Schule so konsequent in die Tat umgesetzt wie in den USA – dort gibt es noch heute das System der unbestimmten Strafen: Erinnert sei an George Jackson, der wegen Diebstahls von 70 Dollar zu einer Strafe zwischen einem Jahr Gefängnis und lebenslänglich verurteilt worden war und 1971 erschossen wurde, als er nach achteinhalb Jahren Einzelhaft und insgesamt elf Jahren Gefängnis zu fliehen versuchte.

In den USA ist die Kriminalbiologie in den letzten Jahren wieder zu neuen Ehren gekommen. Im Gefolge zahlreicher sozialwissenschaftlicher, aber auch medizinischer Forschungsprogramme zur Erfassung und Bewältigung von »Risikogruppen« wurde dort in den sechziger und siebziger Jahren die Idee der Prävention zu einem zentralen Ansatzpunkt für die Entwicklung von neuen Sozialtechnologien. Insbesondere wurde versucht, Zusammenhänge zwischen aktuellen Verhaltensauffälligkeiten und künftigen Rechts- oder Regelverstößen zu ermitteln. Seit dem Ende der siebziger Jahre zogen Wissenschaftler unter dem Eindruck des Aufschwungs von Genetik und Soziobiologie – bedingt durch die Weichenstellungen der Reagan-Ära – vermehrt auch biologische Aspekte zur Erklärung von auffälligem Verhalten und Kriminalität heran.

Die Öffentlichkeit wurde auf diese Entwicklung erstmals Anfang 1992 aufmerksam, als Frederick Goodwin, Leiter der Alcohol, Drug Abuse and Mental Health Administration (eine Behörde, die dem Gesundheitsministerium untersteht und u. a. Konzepte zur Bekämpfung von Alkohol- und Drogenmißbrauch und zur Behandlung von Geisteskrankheiten entwickeln soll), bei verschiedenen Gelegenheiten biologistische Ansätze zur Erklärung von aggressivem Verhalten nachdrücklich unterstützte und eine Initiative zur Förderung und Koordinierung entsprechender Forschungsprojekte ankündigte. Auf einer Sitzung des nationalen Gesundheitsbeirats der USA machte Goodwin im Februar 1992 dabei unverhohlene Anleihen bei Lombroso: »Wenn man sich beispielsweise männliche Affen ansieht, vor allem in der Wildnis, überlebt etwa die Hälfte von ihnen bis zum Erwachsenenalter. Die andere Hälfte stirbt gewaltsam. Das ist der natürliche Weg für Männchen, sich gegenseitig umzulegen, und es lassen sich einige interessante evolutionäre Schlußfolgerungen daraus ableiten, weil die gleichen hyperaggressiven Affen, die sich gegenseitig umbringen, auch hypersexuell sind, also mehr kopulieren und sich deshalb auch häufiger fortpflanzen und so den Verlust der anderen Hälfte wieder kompensieren. Nun könnte man sagen, daß angesichts des Verlusts von sozialen Strukturen in unserer Gesellschaft, speziell in den innerstädtischen Brennpunkten mit viel Gewalttätigkeiten, der einige der zivilisatorischen Errungenschaften, die wir im Lauf der Evolution aufgebaut haben, entfernt hat – es kommt sicher nicht von ungefähr, daß wir die Innenstädte der großen Städte als Großstadtdschungel bezeichnen – , wir damit zurückgefallen sind auf einen etwas mehr natürlichen Zustand, ohne all die sozialen Kontrollen, die wir als eine Zivilisation über Tausende von Jahren im Verlauf unserer Evolution aufgebaut haben.«

Zum Beweis führte er Untersuchungen an Schulen dieser Stadtviertel an. Dort zeigten die Schulkinder, zumeist Schwarze, ähnliche Verhaltensauffälligkeiten wie Rhesusaffen, die man Stress-Bedingungen aussetzte. Gegen diese Anspielungen auf atavistische, äffische Verhaltensweisen bei schwarzen Amerikanern und die Verwendung des rassistischen Stereotyps vom überaggressiven und hypersexuellen Schwarzen legten Kongreßabgeordnete sowie Psychologen- und Sozialarbeiterverbände umgehend vehementen Protest ein. Goodwin wurde nach dieser Affäre versetzt – und zum Direktor des National Institute of Mental Health berufen, auf eine mindestens ebenso einflußreiche Position also.

Eine weitere Initiative zur Etablierung biologischer Forschung über die Ursachen von Gewalt und Kriminalität fand ebenfalls die Unterstützung der amerikanischen Gesundheitsbürokratie. Das Institut für Philosophie und Rechtsordnung der University of Maryland bereitete für Oktober 1992 einen Kongreß mit dem Titel »Genetic Factors in Crime: Findings, Uses and Implications« (Genetische Faktoren des Verbrechens: Ergebnisse, Nutzen und Auswirkungen) vor, auf der Genetiker, Ethiker, Sozialwissenschaftler und Kriminologen über die neuen Erkenntnisse und Perspektiven der Kriminalbiologie diskutieren sollten. Das National Institute of Health (NIH) hatte bereits 1991 beschlossen, die Konferenz mit 78.000 Dollar zu unterstützen, nachdem die für die ethische, rechtliche und soziale Folgenabschätzung zuständigen Experten des National Center for Human Genome Research eine positive Beurteilung abgegeben hatten.

In der Ankündigung der Konferenz war zu lesen, die sozialwissenschaftlich motivierten Umgangsweisen mit Kriminalität – Abschreckung, Ablenkung und Resozialisierung – hätten versagt und den erschreckenden Anstieg von Gewaltverbrechen in den USA nicht verhindert. Ausgehend von den Erfolgen bei der Isolierung von genetischen Markern für Alkoholismus und Schizophrenie hätten sich Humangenetiker seit einiger Zeit auch dem Studium der Genetik von gewalttätigem und triebhaftem Verhalten zugewandt. Die Genforschung stelle nunmehr »in Aussicht, Individuen, die für bestimmte Formen kriminellen Verhaltens anfällig sind, zu identifizieren, Umweltfaktoren, die dieser Anfälligkeit zum Durchbruch verhelfen, zu isolieren und einige dieser Anfälligkeiten mit Medikamenten und unaufdringlichen Therapien zu behandeln«.

Dieser Einladungstext führte wiederum zu einer Reihe von Protesten, die die Organisatoren mit dem Hinweis zu entkräften versuchten, daß auch einige Historiker und Kritiker biologistischer Positionen eingeladen worden seien. Diese seien ausdrücklich zu einem Rückblick auf vergangene und längst diskreditierte Versuche, die Erblichkeit kriminellen Verhaltens zu belegen, aufgefordert worden. Im Sommer 1992 löste dann der US-amerikanische Psychiatrie-Kritiker Peter Breggin vom Center for the Study of Psychiatry mit einem Fernsehauftritt im Black Entertainment-Kabelkanal eine Protestwelle insbesondere der Black community aus, die das NIH zwang, ihre Unterstützung zurückzuziehen. Die Konferenz wurde daraufhin auf unbestimmte Zeit vertagt.

Damit ist das Thema in den USA allerdings nicht aus den Schlagzeilen verschwunden. Der angesehene National Research Council sorgte im November 1992 für neue Unruhe, als er eine durch das Center for Disease Control und das Justizministerium mitfinanzierte Studie mit dem Titel »Understanding and Preventing Violence (Gewalt verstehen und vorbeugen)« vorlegte, in der ebenfalls – wenn auch zurückhaltender – von der Notwendigkeit biologischer Ansätze bei der Erklärung aggressiven und kriminellen Verhaltens die Rede war.

Unvergessen in der amerikanischen Öffentlichkeit ist auch der Kommentar von David Koshland, Herausgeber der renommierten Wissenschaftszeitschrift »Science«, zur Bedeutung des von den USA mit enormen Mitteln geförderten Projekts zur Entschlüsselung des menschlichen Genoms (vgl. KONKRET 2/89). Kritiker hatten das Projekt mit Blick auf die sozialen Probleme der USA als völlig verfehlte, gigantische Geldverschwendung bezeichnet. Koshland hielt dagegen, gerade die Unterprivilegierten würden davon am meisten profitieren, weil man endlich den genetischen Ursachen von Obdachlosigkeit und sozialer Verwahrlosung auf die Spur kommen werde.

Offensichtlich sind also eine Reihe von Wissenschaftlern, ebenso wie Teile der US-Forschungs- und Gesundheitsbürokratie, auf biologische Erklärungsmuster für die Gewaltausbrüche in der amerikanischen Gesellschaft der 90er Jahre eingeschworen. Verfolgt man die wissenschaftliche Diskussion der letzten zwei Jahrzehnte, läßt sich feststellen, daß die jetzt ans Licht der Öffentlichkeit gekommene Entwicklung nicht nur vom Gesundheits-, sondern auch vom Justizministerium nachdrücklich unterstützt wurde. Kriminologie und Neurobiologie sind dabei eine Synthese zu einer neuen Form der Kriminalbiologie eingegangen.

Seit den frühen sechziger Jahren ist die Kriminalitätsrate in den USA Gegenstand öffentlicher Debatten, beliebtes Wahlkampfthema und Anlaß staatlich und privat geförderter Forschung. Trotz diverser Programme stieg die Kriminalitätsrate in den sechziger und siebziger Jahren stetig an; zu Beginn der achtziger Jahre wurden daher erneut verschiedene Initiativen gestartet, um die Ursachen von Gewalt und Verbrechen zu erforschen und Präventivmaßnahmen zu entwickeln.

Eines der größten und wichtigsten Projekte wurde das 1988 begonnene Programm »Menschliche Entwicklung und kriminelles Verhalten« (Program on Human Development and Criminal Behavior), das vom National Institute of Justice und der MacArthur-Foundation unterstützt wird und an dem etwa 40 Sozialwissenschaftler, Kriminologen, Psychologen und Mediziner verschiedener US-amerikanischer Universitäten beteiligt sind. Ziel ist es, die menschliche Entwicklung von

der Geburt bis zum Alter von 25 Jahren zu erforschen. In einer aufwendigen Längsschnittstudie sollen folgende Fragen beantwortet werden: Was unterscheidet sogenannte gesellschaftsfeindliche Individuen, die eine kriminelle Karriere beschreiten, von anderen? Läßt sich eine besondere Gefährdung bzw. Gefährlichkeit voraussagen? An welchen Punkten läßt sich diese Entwicklung wie unterbrechen?

Das Programm basiert auf einer Reihe von Beobachtungen und Vorstudien, nach denen im Verlauf einer sogenannten kriminellen Karriere verschiedene prognostische Diagnosen möglich sein sollen. Beispielsweise wird als gesichert angesehen, daß Hyperaktivität von zweijährigen Kindern mit einer gewissen Stichhaltigkeit Verhaltensstörungen im Alter von acht Jahren prophezeit, diese wiederum Ladendiebstähle mit 13, diese Eigentumsdelikte mit 19 und diese schließlich Alkoholmißbrauch, Raubdelikte und Gewalt gegenüber nächsten Angehörigen im Alter zwischen 20 und 30.

Ein wichtiges Element des Forschungsprogramms besteht in der Untersuchung der frühkindlichen Entwicklung, um die Faktoren, die zur Herausbildung abweichenden oder kriminellen Verhaltens führen, in Zukunft möglichst frühzeitig prognostizieren zu können. Selbst prä- und perinatale Daten sollen dabei erhoben werden: Schwangerschaftsgeschichte der Mutter (Drogen-, Nikotin-, Alkoholgenuß), Ultraschallbefunde, Geburtsgewicht sowie weitere physiologische, funktionelle und neurologische Daten der Neugeborenen bzw. Säuglinge.

Den Hintergrund bilden biologistische Erklärungsansätze, wonach eine Schädigung des ungeborenen Kinds durch Drogenmißbrauch, Nikotingenuß, Schwermetalle, schlechte Ernährung oder der Gesundheit der Mutter zu einer gestörten Hirnentwicklung führt, die wiederum Verhaltensstörungen auslöst. Ebenso in der Diskussion sind genetische Theorien über die Erblichkeit verbaler Intelligenz, Konzentrationsfähigkeit, Temperament, Impulsivität, Schüchternheit und Aktivitätsdrang, die im Fall einer negativen genetischen Konstellation bestimmte Fehlentwicklungen nach sich ziehen sollen. Manche Genetiker halten auch schlicht das Vorhandensein bestimmter genetischer Defekte für ursächlich bei der Entstehung von Störungen der Hirnentwicklung und der daraus folgenden Persönlichkeitsstruktur.

Trotz der enormen Erkenntnisfortschritte von Molekularbiologie und Humangenetik ist die hinter dieser Suche nach biologischen und insbesondere genetischen Kausalitäten stehende Grundüberzeugung jedoch weiterhin spekulativ. Hauptstütze liefern nach wie vor Studien an Zwillingen sowie Adoptionskindern und deren Familien, eine Methode, auf die seit der Blütezeit der deutschen Kriminalbiologie von etwa 1925 bis 1945 Humangenetiker immer wieder zurückgreifen, um die Erblichkeit komplexer sozialer und psychischer Merkmale zu beweisen. In der Vergangenheit hat sich indes schon häufig gezeigt, daß bei dieser Methode falsche Ansätze verfolgt und grobe methodische Fehler oder sogar massive Fälschungen begangen wurden. Das zentrale Postulat der Zwillingsforschung, daß bestimmte Verhaltensauffälligkeiten dann erblich seien, wenn sie bei eineiigen Zwillingen häufiger gemeinsam auftreten als bei zweieiigen, ist umstritten. Noch fragwürdiger ist es, wenn bei der statistischen Bearbeitung aus den Korrelationsunterschieden sogar ein Prozentsatz für die Erblichkeit des betreffenden Merkmals errechnet wird.

Verändert hat sich durch die moderne Molekularbiologie lediglich die Ebene, auf der biologistische Ansätze heute soziales Verhalten erklären und nach Auffälligkeiten suchen. Glaubte Lombroso noch, untrügliche Merkmale der verbrecherischen Anlage im Gesichtsausdruck eines Menschen zu entdecken, so suchen die Protagonisten der modernen Kriminalbiologie diese Merkmale in der biochemischen Konstitution. Besonderes Interesse finden dabei Gene und Substanzen, die am Stoffwechsel des Gehirns und des Nervensystems beteiligt sind. Anzeichen für eine Fehlentwicklung werden dann biochemisch zu definieren versucht. Dabei wird die Konzentration von verschiedenen Hormonen und von sogenannten Neurotransmittern – Substanzen, die von Nervenzellen ausgeschüttet werden und bestimmte Nerven- oder Hirnaktivitäten hervorrufen – analysiert.

Hier trifft sich der kriminologische Blick auf die kindliche Entwicklung mit Initiativen führender US-Neurobiologen und des National Institute of Mental Health, die 90er Jahre als »Jahrzehnt des Gehirns« auszurufen: Ein entsprechendes Forschungsprogramm, das seit 1990 läuft, soll Gene für verschiedene Geisteskrankheiten und Verhaltensstörungen identifizieren, Karten über Aktivitäten von Neurotransmittern und Rezeptoren im Hirn erstellen, computerunterstützte Hirnaktivitätsstudien betreiben und – vor allem – neue Psychopharmaka entwickeln.

Es ist auffällig, daß der Neurotransmitter Serotonin im Zentrum des Interesses von Neurobiologen und Kriminologen steht und gleichzeitig eine Reihe von Medikamenten, die den Serotoninstoffwechsel beeinflussen, neu auf dem amerikanischen Markt bzw. zur Zulassung bei der Food and Drug Administration eingereicht worden sind. Dazu zählt auch ein Anti-Depressivum, das sich gegenwärtig zu einem der größten Verkaufsschlager des amerikanischen Pharma-Marktes entwickelt.

Zusammengefaßt laufen die Vorstellungen von Forschungskoordinatoren aus diversen US-Behörden darauf hinaus, bereits Klein- und Grundschulkinder mit Hilfe von Lehrern und Ärzten auf Anzeichen von Verhaltensauffälligkeiten auszulesen und weiterer Diagnostik sowie gegebenenfalls spezieller Behandlung zuzuführen: Goodwin sprach von 12 bis 15 Prozent der Grundschüler in Problemvierteln, die psychiatrisch überprüft werden müßten. Man hofft, mit Hilfe derartiger »Triage-Operationen« (Goodwin) diejenigen herauszufinden, die aufgrund »neurobiologischer Marker« besonders anfällig für

»kriminelle Karrieren« sind. Diese Kinder müßten dann medizinisch-psychiatrisch behandelt werden, Hospitalisierung und medikamentöse Behandlung eingeschlossen.

Mit der Verlagerung der Ursachen von Gewalt und Kriminalität in den USA auf biochemische und genetische Störungen stehlen sich Regierung, weiße Oberschicht und weiße Intelligenz aus der Verantwortung für die katastrophalen sozialen Zustände in weiten Teilen des Landes. Es sei nur daran erinnert, daß ganze Landstriche in Alabama und Mississippi ebenso wie Stadtviertel in New York oder Washington zu Hungerregionen gehören, in denen Menschen an Krankheiten, die auf Ernährungsmangel zurückzuführen sind, leiden und sterben. Etwa 60 Mio. Amerikaner leben am Rand oder unterhalb der offiziellen Armutsgrenze, etwa 20 Mio. müssen hungern.

Der Zynismus, mit dem von der Verantwortung für die sozialen Ursachen von Gewalt abgelenkt wird und die massive Vorurteilsbeladenheit der Kriminalbiologie zeigen sich schon bei der thematischen Beschränkung auf die Erklärung von Eigentumsdelikten und Gewaltverbrechen. Die Studien konzentrieren sich nämlich ausschließlich auf Delikte und sogenannte »gesellschaftsfeindliche Persönlichkeitsstörungen« (antisocial personality disorders), die mit bestimmten ethnischen Gruppen, vor allem den Bewohnern der Großstadtslums, in Verbindung gebracht werden und interessieren sich selbstverständlich nicht für die Ursachen der nicht minder gesellschaftsfeindlichen politischen Verantwortungslosigkeit oder von White-collar-Verbrechen wie Steuerhinterziehung, Wirtschafts- und Computerkriminalität.

Hinzu kommt, daß die Kriminalitätsstatistiken, die die amerikanische Mittel- und Oberschicht so beunruhigen, in den Medien größtenteils nur unvollständig oder verfälscht kolportiert werden. Nicht nur verurteilte Täter, sondern auch Opfer von Gewaltverbrechen gehören überproportional zu rassischen Minderheiten und zur Unterschicht. Gewaltsamer Tod ist die häufigste Todesursache für schwarze Männer im Alter von 15 bis 44 Jahren; Schwarze oder Hispanier laufen sechsmal größere Gefahr als Weiße, ermordet zu werden, dreimal größer ist ihre Gefahr, ausgeraubt zu werden, das Risiko schwarzer und hispanischer Frauen, vergewaltigt zu werden, ist viermal größer als das der weißen Frauen.

Wendet man sich den Tätern zu, so gibt es durchaus Untersuchungen, die belegen, daß schwarze Jugendliche aus der sozialen Unterschicht kaum häufiger Gewalttaten begehen als weiße Jugendliche aus der Nachbarschaft. Letztere geraten aber viel weniger ins Visier der mit extrem rassistischen Vorurteilen operierenden Polizei, haben leichteren Zugang zu einem Rechtsbeistand und finden häufig mildere Richter. Hinzu kommt, daß Schwarze, Hispanier und andere nationale Minderheiten der USA überproportional der Unterschicht angehören und äußerst prekären Lebensbedingungen ausgesetzt sind.

All diese Faktoren führen dazu, daß die Hälfte aller männlichen Gefängnisinsassen der USA schwarz ist und ein Schwarzer statistisch gesehen eine achtmal größere Chance hat, im Gefängnis zu landen als ein Weißer. Das gleiche Bild zeigen die psychiatrischen Institutionen: Über ein Drittel aller Zwangseingewiesenen sind schwarz; Diagnosen, Aufenthalte und Medikamentendosierung fallen bei Schwarzen drastischer aus als bei weißen Insassen.

Die Zahlen belegen auch, daß die Lombroso-Lösung des Wegschließens an ihre Grenzen gekommen ist – eine ganze Generation läßt sich nicht einsperren. Aber anstatt diesen Ansatz endlich auf den Müllhaufen der Geschichte zu werfen und sich ernsthaften Lösungen der drückenden sozialen Situation und des ausweglosen Zustands der Wirtschaft zuzuwenden, hat die amerikanische Administration und die tonangebende Intelligenz der Ära Reagan/Bush ihn weiterentwickelt und modernisiert. Ins Auge gefaßt wurde dabei die chemische Behandlung von Minderheiten, die die Regierung als gefährlich ansieht. Die kritische Öffentlichkeit ist erst im letzten Moment darauf aufmerksam geworden, daß medizinische Lösungen der sozialen Frage auf verschiedenen Ebenen angebahnt wurden. Man wird die Ergebnisse der jetzt laufenden Recherchen und die weitere Entwicklung unter der Clinton-Administration genau beobachten müssen.

Ludger Weß schrieb in KONKRET 7/91 über den Film»Daedalus«

Konkret 05/93, S. 58

Robert Gernhardt

Verletzte Verletzer

Böll gegen Henscheid, Engholm gegen »Titanic«, Höhler gegen KONKRET – Flüchten oder Rand halten?

Am 17. Juni 1990 wars, da hielt ich im Herzen von Schleswig-Holstein einen Vortrag, ohne doch ahnen zu können, wie hochsymbolisch sich das alles Jahre später verzahnen und ineinander verbeißen sollte, der Schauplatz, das Thema, das Beispiel, der Zuhörer ...

»Von der Nestbeschmutzung zur Menschenverachtung – Satirekritik im Wandel der Zeiten« – unter dieser Überschrift hatte ich in der Rendsburger VHS davon berichtet, was ich in gut dreißig Jahren Mitarbeit bei den Satirezeitschriften »Pardon« und »Titanic« sowie als Beiträger und Leser anderer Zeitungen erlebt und beobachtet hatte: daß die Satire nicht mehr von der wie immer rechten Obrigkeit, sondern vorzugsweise von geistesverwandten, wie immer linken Bewegungen kritisiert werde. Daß man ihr nicht länger vorwerfe, sie vergreife sich mit der Kritik an den Taten und der Person des Betroffenen unverzeihlicherweise auch an dessen Funktion und symbolischer Bedeutung – »Majestätsbeleidigung« – , sondern daß im Gegenteil alle satirische Kritik an Symbolen oder Taten in einen Angriff auf das schiere Sein des bzw. der Kritisierten umgemünzt werde, in »Frauenfeindlichkeit« z.B. oder »Menschenverachtung«.

Ich reihte Beispiele aneinander, verweilte dann jedoch längere Zeit bei der Leserbriefseite der »taz« vom 4.1.1989 – die ist mit ihren neunzehn Leserbriefen zu *einem* Anlaß eine bis auf den heutigen Tag unübertroffene Musterkarte der Neuen Satirekritik geblieben. Der Anlaß: Eine weihnachtliche Bildergeschichte der Zeichnerin Elisabeth Kmölninger; die hatte den kleinen Jesus sabbernd samt Dornenkrone und Nabelschnur aus Marias gut sichtbar geöffneter Vagina rutschen lassen.

Grund genug für Pastor Heinrich Albertz aus Bremen, sein »taz«-Abo wg. »Judenfeindlichkeit« zu kündigen – »... blanker Haß gegen Jesus von Nazareth und seine Mutter – übrigens beide Juden«.

Veranlassung für Carmen und René Böll aus Bonn, den folgenden Aufschrei zu Papier zu bringen: »Die in der ›taz‹ abgedruckten ›Karikaturen‹ zur Geburt von Jesus sind mit das ekelhafteste, frauen- und kinderverachtendste, was wir je gesehen haben ... Der Vorgang der Geburt – sicher eines der schönsten Erlebnisse für Mann und Frau – wird in widerlicher Weise in den Schmutz gezogen.«

»Geburtsverachtend« hatte ich kommentiert und Gelächter geerntet; im Anschluß an den Vortrag gab es freilich auch Kritik. Vor allem von Eckhard Henscheid, der nicht einsehen mochte, warum ich Kmölningers Bildergeschichte derart breit in Schutz genommen hatte – die sei doch reichlich platt gewesen.

Gegen diese Art von Kritik müsse man noch die platteste Satire verteidigen, hatte ich erwidert: Wer die Kritik am Markenzeichen einer Interessenvertretung – dem Jesus der Kirchen – zum Angriff auf den Menschen und Juden Jesus verfälsche, wer Kritik für Schmutz halte und den Kritiker zum Feind erkläre, der werde es bei Worten nicht bewenden lassen: Ich sage nur Rushdie, Rushdie, Rushdie ...

Einer der ersten, die das zu spüren bekamen, war Eckhard Henscheid. 1991, im Periodikum »Der Rabe«, nannte er den *Schriftsteller* Heinrich Böll u.a. »steindumm« und »talentfrei«; der Sohn René aber empfand diese Worte als heinrichfeindlich und böllverachtend, er klagte. Mit Erfolg: In der letzten Märzwoche dieses Jahres befand das Bundesverfassungsgericht, Henscheid habe mit seiner »Schmähkritik« die »Menschenwürde Heinrich Bölls, die auch über den Tod fortwirkt, verletzt«.

Fast zeitgleich traf es die Zeitschrift »Titanic«. Erst wurde ihr in einem Entschließungsantrag des gesamten Schleswig-Holsteinischen Landtages vorgeworfen, das Titelbild der April-Ausgabe – es zeigt Engholm in einer Badewanne – verletze »die Menschenwürde des Ministerpräsidenten Engholm und seiner Familie«. Dann stellte der SPD-Landesvorsitzende Willi Piecyk fest, die Darstellung verletze auch »die postmortale Menschenwürde Uwe Barschels«: »Das, was Sie hier sehen können, ist Schmutz total.« So sah es auch der Vertreter der CDU, Thorsten Geißler: »Dieses Titelbild einer eher links orientierten Zeitschrift ist von menschenverachtendem Zynismus.« Das Landgericht Hamburg schließlich erließ auf Antrag Björn Engholms eine einstweilige Verfügung: »Es wird dem Titanic-Verlag verboten, die Ausgabe Nr. 4 zu verbreiten.«

Und da aller schlechten Dinge drei sind, traf es Eckhard Henscheid in der gleichen Woche gleich ein zweites Mal: Eine Hamburger Anwaltskanzlei forderte von ihm und von der Zeitschrift KONKRET »eine strafbewehrte Unterlassungserklärung«, da sein Beitrag im Märzheft »Sie muß verrückt sein« »das Persönlichkeitsrecht unserer Mandantin auf unverschämteste Weise verletzt«. Außerdem wurden ein Schmerzensgeld angedroht und die Erklärung verlangt, Gremliza/Henscheid würden »sämtliche unserer Mandantin durch ihre vorsätzlich rechtswidrige Veröffentlichung entstehenden Schäden und Kosten tragen«.

Die Mandantin ist Frau Professor Gertrud Höhler; der Anlaß für Henscheids Diagnose war die sagenwirmal hochbefremdliche Art und Weise gewesen, in welcher sie und ihr Sohn für eine American Express-Anzeige posiert hatten: Mutter Gertrud sitzt in Reitstiefeln breitbeinig dominierend auf dem Schreibtisch, Sohn Abel liegt hingegossen, wie geschmolzen auf dem Teppich – : Es müßte einer schon völlig vernagelt sein, käme er bei diesem schwülen Arrangement nicht auf schlimme Gedanken: Ticken die beiden noch richtig?

Keiner der drei Fälle betrifft mich, trotzdem gehen mich alle etwas an, und nicht nur mich. Die da vor Gericht ziehen und die Verletzung ihrer Menschenwürde bzw. ihrer Persönlichkeitsrechte beklagen, sind ja keineswegs Opfer, sondern Täter: Sie haben angefangen. Lassen wir den toten Böll mal beiseite, der dem eifernden Sohn bei Lebzeiten vermutlich in den rächenden Arm gefallen wäre – : War es nicht Ministerpräsident Engholm, der meine Würde als intelligibles Wesen dadurch verletzt hat, daß er seinen Namen während der unsäglichen Barschel-Pfeiffer-Jansen-Nilius-Geschichte unentwegt mit H-A-S-E buchstabierte? Hat nicht die Frau Professor mein Schamgefühl mit Schaftstiefeln getreten, als sie mir den tiefenpsychologischen Einblick in die makabren Mysterien ihres Familienlebens – nein: nicht gewährte – aufzwang, da die weitverbreitete Anzeige nicht zu übersehen war? Sowenig der Engholm und die Höhler sonst gemein haben mögen, zweierlei eint sie: Auf ihre Namen reimt sich nichts, und beide gehen gerichtlich dagegen vor, daß es jemand wagt, sich einen Reim auf ihre Taten zu machen. Wie aber diesem Reim entgehen, wenn die Vorgabe lautet: Jeder zwischen Rhein und Neisse / sieht: Die beiden bauen ...? Und was tun, wenn weiterhin jede vorgebliche Verletzung mit dem real existierenden Paragraphenhammer beantwortet wird – : Flüchten oder Rand halten?

Robert Gernhardt veröffentlichte zuletzt den Erzählungsband »Lug und Trug« (Haffmans Verlag)

Konkret 05/93, S. 59

Sabine Horst

Überleben im Verteilungskrieg

Filme, in denen in drastischer Weise Gewalt dargestellt wird und die bislang in Off-Kinos und der Videoszene als Geheimtip kursierten, sickern in die Mainstream-Filmkultur ein. Die antwortet mit einer Debatte, in der wie gewohnt das gesellschaftliche Substrat der gewalttätigen Bilder aus dem Blick gerät

In Quentin Tarantinos *Reservoir Dogs* stirbt ein Mann über die Dauer des gesamten Films – sichtbar, fast fühlbar sickert sein Blut aus einer Bauchwunde und vergrößert die Pfütze auf dem Boden. In John McNaughtons *Henry. Portrait of a Serial Killer* kann der Zuschauer das grauenhafte Geräusch hören, das entsteht, wenn einem Menschen das Genick gebrochen wird. Ebenso in *Mann beißt Hund*, dem Debüt dreier belgischer Filmstudenten, das einen Berufsmörder bei der Arbeit zeigt. Christoph Schlingensief zeigt *Terror 2000* und richtet in der deutschen Provinz eine veritable Metzelei an. In der Schweizer Produktion *Benny's Video* schließlich dreht ein Teenager seine eigene Reality-TV-Show, und dabei kommt ein Mädchen vor laufender Kamera zu Tode.

Die *Reservoir Dogs*, von denen zuerst die Rede war, erreichten im letzten Jahr nur wenige deutsche Kinos, von der Kritik aber wurde Tarantinos Erstling als Meisterwerk gehandelt. Um McNaughtons *Henry*, der bereits 1986 entstand, rankten sich jahrelang Legenden. Die amerikanische Produktion wurde auf Underground-Festivals herumgereicht und kursierte als Video in der Szene; inzwischen hat sich der Film hüben wie drüben Meriten erworben – der Rezensent, der ihn verreißt, muß seine Meinung schon gut begründen. Einen offiziellen Kritikerpreis – den von Cannes nämlich – gab es für *Mann beißt Hund*. Der neue Film von Schlingensief wurde im öffentlich-rechtlichen Fernsehen diskutiert, wobei es dem Regisseur in der Debatte mit Rolf Hochhuth und Günter Wallraff sichtlich schwer fiel, seinen Ruf als Enfant terrible des deutschen Films zu bestätigen: Die anderen wollten ihm den Furor nicht so recht abnehmen. Und über *Benny's Video* hieß es in der »Neuen Zürcher Zeitung«, daß es sich nicht einfach um einen Gewaltporno handle, sondern um einen ästhetisch genau gezielten Schlag – Adolf Muschg hat kürzlich über diesen Fall in der »Frankfurter Rundschau« geschrieben.

Oberflächlich betrachtet und rein phänomenologisch trifft fürs Kino durchaus zu, was Kulturkritiker und Soziologen in Tagespresse und Nachrichtenmagazinen derzeit beklagen: Die Akzeptanz von graphisch expliziter Gewalt und rüden Schock-Effekten wächst. Dabei sind die Bilder selbst, die da auf uns einstürzen, gar nicht mal so neu. Signifikant ist eher, daß Filme, die – wie *Henry* – eigentlich zu einer Existenz im Off-Off-Sumpf verdammt schienen, die einschlägigen Kontrollinstanzen passieren und in den Feuilletons Anerkennung finden. Und daß die Topoi oder Motive, die ehemals das B-Picture kennzeichneten, unaufhaltsam ins Mainstream-Kino einsickern, daß das Widerständige, das ihnen ursprünglich innewohnte, zum bloßen Schauwert herabsinkt – erfolgreiche Thriller wie Lynes *Verhängnisvolle Affäre* oder Demmes *Schweigen der Lämmer* haben die Accessoires des anrüchigen Slasher-Films zum Bestandteil westlicher Lebensart gemacht.

Mittlerweile kann eine amerikanische Großproduktion wie Frank Marshalls *Überleben* (ab Mai in Ihrem Kino) mit einer gewissen Nonchalance abgenagte Skelette in der Landschaft rumliegen lassen und Menschenfleisch als Häppchen servieren; die Geschichte von jenem Flugzeugabsturz in den Anden, der 1972 Schlagzeilen machte, weil die Überlebenden sich wochenlang von den Leichen der Verunglückten ernähren mußten, legitimiert sich schlicht über die »Authentizität« des Dargestellten. Marshall befindet sich damit schon in einer Gesellschaft, die er eigentlich fragwürdig finden müßte. Schon das Kinoplakat zu Tom Hoopers Kannibalismus-Klassiker *The Texas Chainsaw Massacre* (Blutgericht in Texas) warb Anfang der Siebziger mit den Sätzen: »Who will survive and what will be left of them?... What happened is true. Now the motion picture that's just as real.«

Ob erst die böse Wirklichkeit da war, oder ob die Filme das hervorbringen, was sie abzubilden vorgeben – darum kreist heute wieder die Debatte, als ob's ein Stück aus dem Zensurstreit wäre, der nach dem Siegeszug der Videotechnik mit Vehemenz geführt wurde. Den *Großangriff der Zombies* bemüht der »Spiegel« noch immer, um vorzurechnen, wie viele »casualties« ein modernes Medienkind verkraften muß. Die ersten Filme der harten Welle, die boshaft-apokalyptischen Visionen einer trostlosen Welt, die amerikanische Regisseure wie Romero und Hooper entwarfen, waren seinerzeit tatsächlich eine Reaktion auf real erfahrene Gewalt und strukturelle Misere: auf die Berichte, die aus Vietnam kamen, auf die Auseinandersetzungen im Gefolge der Bürgerrechtsbewegungen, auf die Erkenntnis, daß die entwickelte Konsumgesellschaft eben doch nicht alle teilhaben läßt. Damals ließ sich ein ähnlicher Prozeß beobachten wie der, den wir zur Zeit im Zusammenhang mit Reality-TV und Pornographie erleben: Das neue Sub-Genre, dessen frühe Produkte in obskuren Mitternachtskinos vor eingeweihten Fans liefen, wurde vom Videomarkt aufgesogen und kommerzialisiert – zugleich aber traten die Jugendschützer und Moralisten auf den Plan. Eine Gesellschaft, die mit dem Grauen Kasse macht und zugleich die Übeltäter ausdeutet, verhält sich ungefähr so wie ein Unternehmen, das einen Profikiller anheuert und ihn nach vollzogenen Job wieder loszuwerden versucht: »They all hate the gun they hire.«

Die Filmemacher der 90er können also einerseits mit dem Bedürfnis nach außerordentlichen Seh-Erlebnissen rechnen, das sich etwa in den Mystifikationen aussprach, mit dem der Kassen- und Kritikererfolg *Das Schweigen der Lämmer*

journalistisch begleitet wurde: Das Böse erscheint aus dieser Sicht als etwas Archaisches – und wenn es wirklich zur Conditio humana gehörte, würde es sich wohl kaum je austreiben lassen. Andererseits wird der Prozeß der gesellschaftlichen Brutalisierung als allgemeiner Werteverfall, als Sinnverlust beklagt: Es ist opportun geworden, die Gewalttätigkeit der Verhältnisse wahlweise einer delinquenten Jugend, der Pop-Kultur, den politisch-pädagogischen Emanzipationsbestrebungen der 70er Jahre, den Medien, oder, wie Hans Peter Duerr es im »Spiegel« tat, den neuen Hedonisten, den »obsessiven Lustgewinnlern« der Me-Decade, anzulasten. Allemal gerät dabei die Frage nach dem tatsächlichen gesellschaftlichen Substrat der gewalttätigen Bilder aus dem Blick.

Der einzige Film des neuen Trends – sofern es sich denn um einen Trend handelt – , der sich weder sozialpädagogisch auf Nebenschauplätzen müht noch der Faszination seines spektakulären Sujets verfällt, ist bezeichnenderweise derjenige, der unsere Kinos mit Verspätung erreicht hat, nämlich John McNaughtons *Henry*. Die Geschichte lehnt sich vage an die Vita des notorischen Serienmörders Henry Lee Lucas an, der sich selbst Anfang der 80er unzähliger bizarrer Delikte beschuldigt hatte, später aber alle seine Geständnisse widerrief, und dessen Fall trotz eines 1985 ergangenen Todesurteils nach wie vor ungeklärt ist. Das »true crime«-Moment bleibt dem Film freilich äußerlich: Schon im Vorspann distanziert sich der Regisseur mit Bedacht vom bloß vorgefundenen Stoff, und obwohl die Inszenierung so klinisch-distanziert wie kunstlos wirkt, kann von einem dokumentierenden Blick nicht die Rede sein.

McNaughton, der auch als Autor verantwortlich zeichnet, nimmt mit einer kalkulierten Beiläufigkeit all die Argumente und Deutungsmuster vorweg, die die gegenwärtige Debatte beherrschen. Die Konzeption der eigentlichen Hauptfigur evoziert zunächst die Vorstellung jenes absoluten, undurchschaubaren Bösen, dem wir im Kino der letzten Jahre so häufig begegnet sind – Henry ist ein Soziopath, dessen Taten sich offenbar nicht der geringste Sinn abringen läßt; er tötet nicht um Geld oder Liebe; er empfindet bei seinen zahllosen Frauenmorden nicht einmal ein wie immer geartetes Vergnügen, sondern er begeht sie mit der beiläufigen Routine eines Handwerkers; psychologisierende Erklärungen schließlich bemüht der Film bloß, um sie ironisch zu hintertreiben.

Henrys Freund Otis, der nach und nach in die hohe Kunst der Grausamkeit eingeführt wird, dabei aber nie die entsetzliche Effizienz seines Lehrers erreicht, ist einer jener klassischen Fälle von Delinquenz, über die sich Therapeuten gerne in Betroffenheit beugen – der Typ des Hooligans, der wie in einem Laborversuch explodiert, sobald eine Mischung aus sozialer Zurücksetzung und sexueller Frustration ihre kritische Masse erreicht hat. Im Vergleich der beiden Figuren wird deutlich, daß *Henry* keineswegs darauf abzielt, die Ursachen der Gewalt zu externalisieren; die Opposition charakterisiert vielmehr den kontrollierteren Henry als einen, dessen Defekt nicht einem Zuwenig, sondern einem Zuviel an Moral entspringt. Während *Mann beißt Hund* seinen Mörder von vornherein im kriminellen Halbwelt-Milieu verortet und Christian Schlingensief in *Terror 2000* den faschistischen Gewalttäter zum »Perversen« verzeichnet – als Entgleisung entfaltet die schiere Brutalität in diesen Filmen gelegentlich noch einen etwas anrüchigen Glamour – , spürt McNaughton den konformistischen Zügen des Verbrechens nach: Sein Protagonist ist ein angepaßter, höflicher junger Mann, der konventionelle Umgangsformen pflegt und ein durchaus traditionelles Weltbild hat, ein etwas depravierter Nachfahre *Peeping Toms* und des Heckenschützen in Bogdanovichs *Targets*.

Die Regie trennt über weite Strecken den Mörder von seiner Tat, und wenn vor den Augen des Publikums getötet wird, dann hat dieser Akt nichts von einer Grenzüberschreitung, nichts von dem Effekt, mit dem die Splatter-Filme der ersten Generation kokettieren konnten, weil es noch Tabus zu brechen gab und die Abnutzung der Bilder nichtabzusehen war. *Henry* illustriert an seinem Helden eher jene bedrückend-mechanische Gewalttätigkeit, die Max Horkheimer zu anderen Zeiten als Merkmal autoritärer Gesellschaften beschrieben hat: »In der perversen Pornographie der Sade und Masoch vermag Grausamkeit bewußt als Phantasie sich auszuleben und zum Genuß zu kommen. Die reale Schandtat macht von der Rationalisierung Gebrauch. In Zeiten des Kriegs, der solche Rationalisierung liefert, wie in Führerstaaten, verstummt die Perversion, die ihrer mächtig ist. Grausamkeit gegen den Feind, wie gegen die eigene Person, vermag sich auszuleben, wenn auch nicht zur Befriedigung zu kommen. Ihres sexuellen Wesens nicht bewußt, erstreckt sie gleichsam sich ins Unendliche, wird unersättlich.«

Wenn man *Henry* glauben darf, dann braucht der zeitgenössische Staat keine äußeren Konflikte mehr, um seine Subjekte derart zu formieren – der Verteilungskampf im Innern hat längst die Züge eines Krieges angenommen. »Dezimier' eine Sardinenbank, und sie helfen dir, sie einzudosen«, heißt es in *Mann beißt Hund* plakativ. McNaughton überläßt es dem Zuschauer, die Opfer zu zählen und nach Statusgruppen zu sortieren – wenn man sich die Mühe macht, zeigt sich, daß Henrys Wahl keine zufällige ist ...

McNaughtons Film, so scheint es, hat über Gewalt noch etwas Vernünftiges zu sagen, aber er ist keineswegs mehr repräsentativ, konterkariert er doch die Vorstellung, daß die Grausamkeit, so wie wir sie heute inden westlichen Gesellschaften vorfinden, sich einem Mangel an Affektkontrolle verdanke. Genau die fordern jene Kulturpessimisten ein, die das Scheitern des »Zivilisierungsprogramms« schlechthin proklamieren und nach Sicherheiten, nach Autorität, Zensur oder freiwilliger Selbstbeschränkung des Rezipienten verlangen. Zwischen den neuen Moralisten, einem Markt, der immer stärkere visuelle Reize fordert, und einer Szene, für die Horrorvideos das Signum der »Hipness« geworden sind, finden

sich die zeitgenössischen Filmemacher allerdings in einer problematischen Position. Und sie sehen sich zuweilen denkwürdigen Konstellationen gegenüber – wie beispielsweise Christoph Schlingensief. Die Berliner Autonomen, die ungewollt die Arbeit der Tugendwächter verrichteten und seinem *Terror 2000* ein Autodafé bereiteten, haben den Regisseur vielleicht nicht mehr als Repräsentanten der Gegenkultur erkannt, weil er einmal zu oft in Talkshows aufgetreten ist. Wahrscheinlicher aber möchte es sein, daß ihnen einfach das Kreuzberger Sputnik-Kino näher lag als der Zoo-Palast oder das Europa-Center, wo zur gleichen Zeit vermutlich *Bodyguard* lief.

Sabine Horst ist Journalistin und Kulturkritikerin. Sie lebt in Frankfurt

Konkret 05/93, S. 62

Hermann L. Gremliza

Gremlizas express

Reißmüller, Ehrenustasche und bosnischer Honorarmuezzin, hat den angeblichen Maßgeblichen das Maß angegeben, nach dem zum dritten Mal in diesem Jahrhundert Deutschland in den Krieg zieht. Nun, da der Herausgeber der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« dort unten, wo es zum dritten Mal gegen die Serben geht, nicht mehr gebraucht wird, weil deutsche Soldaten kämpfen, wo er sie hingeschrieben hat, und die Herstellung einer Ordnung, die ihm und anderen Frankfurtern gefällt, nur noch eine Frage von Megatonnen ist, kommandiert er sich im Laufschritt marsch an die Heimatfront. Denn wer wie er seinen Augen und Ohren kein Wahrnehmungsverbot erteilt, riecht förmlich, daß die eigenen Landsleute noch üblere Schurken sind als sogar die Serben, denen nicht einmal er hatte vorwerfen können, sie seien ohne Licht Rad gefahren oder hätten ihre nationalen Pflichten, insbesondere das Massenvergewaltigen, durch privates Telefonieren im Dienst vernachlässigt. Mag dort unten ethnisch gesäubert werden, es ist das saubere Ländchen hier oben, wo akademisch gebildete Autofahrer ihre Zigarettenkippen in die Ökologie werfen. Und die deutsche Polizei? Sie antwortet stets nur: »Siehe oben!«

Mögen die Serben, wie Reißmüller schrieb, ein Volk sein, das es nicht verdient hat, nach Europa hereingelassen zu werden □ die verkommeneren Kanaillen sind doch die Deutschen. Jedes nachher nicht mehr dastehende unabgeschlossene Fahrrad könnte davon ein leuchtendes Beispiel geben, hätte sein Besitzer nicht dafür gesorgt, daß noch der Dieb ohne Licht dasteht. Ob auch die Serben die Versorgung Sarajevos mit Kalaschnikows und anderen Medikamenten behindern, nicht Tschetniks sind es, die gebrechlichen Herausgebern im Wartezimmer den Stuhl streitig machen. Am besten hat□s Srebrenica getroffen. Es ist bloß umstellt von Serben und nicht, wie der Reißmüller, umzingelt von ungezählten Makroorganismen laternenzerschlagender, telefonbücherzerfetzender, bahnpolsteraufschlitzender, glasscherbenstreuender, wiesenpfadschändender, pöbelhaft herumschreiender und herumprozessierender, geschwätziger, analphabetischer, rauschgiftsüchtiger, trinkender, verwahrloster, dicker, dummer, arbeitsscheuer und gefräßiger Ladendiebe, Straßenräuber und städtischer Kulturamtsbediensteter, die, statt zu begehren des Nachbars Gruß, sich mit der Dürre in Uganda oder der Dicken aus Dingsda selbstverwirklichen, das eine wie das andere von der zu Hilfe gerufenen Polizei, siehe oben, mit einem resignierten »Siehe oben!« quittiert.

Was, fragt Reißmüller sich und uns, nützt uns der schönste Krieg, wenn doch seine Granaten die Makroorganismen nicht plattmachen und kein Bombenhagel von allem erlöst, was den Alltag eines Frankfurter Herausgebers, beginnend mit der senilen Bettflucht am Morgen und endend mit dem Entsichern der Alarmanlage um Mitternacht, zu einer Hölle macht, mit der verglichen Sarajevo ein Kurort ist? Wäre es, da wir die Amis, Engländer undsoweiter mit unseren hirnrissigen Parolen und abstoßenden Krakeleien endlich so weit gebracht haben, daß sie die restlichen Jugoslawen auch ohne deutsche Hilfe totmachen können, nicht angezeigt, der Bundeswehr größere Aufgaben zu stellen? Sie hat genug Leute, sie ist nicht überlastet, sie könnte all das tun, wovon Reißmüller träumt. Ja, sie könnte dazwischenhauen, daß kein Verkäufer beiderlei Geschlechts es in diesem Jahrtausend noch einmal wagt, einen Frankfurter Herausgeber auch nur scheel anzusehen, vom Stehenlassen zum Zweck langwierigen Streites untereinander, von der Verabschiedung zum Wochenende am Donnerstag, falschem Deutsch in aushängenden Texten, vom Prozessieren bis zur Erschöpfung, Radfahren ohne Licht, Nichtgrüßen des Nachbarn, von der Freiheit des einzelnen und anderem Auffälligen mal gar nicht zu reden.